

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 20. Mai 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 2,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Belegungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gemeinnützige Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Eine Revue der Schmach.

(Fortsetzung.)

„Unter weiblichen Handarbeiten versteht man im allgemeinen: Feinnähen, Sticken, Spitzen Klüppeln, Frivolitäten Haspeln usw. Das würden für meine Tagelöhner nicht standesgemäße Kenntnisse sein und gegen die Lehre derselben muß ich als eine verderbliche protestieren.“
Herr von Besser-Drausen.

„Die Kinder sollen Lesen, Schreiben und Rechnen lernen, für weitergehende Dinge aber sehe ich kein dringendes Bedürfnis.“
Hr. v. Hammerstein 1896.

„Wir fordern Einschränkung des Elementarunterrichts, damit sich nicht im ersten Keim eine Ueberbildung entwickelt, die in jungen Gemüthern nur Unzufriedenheit erzeugt und zum Streben über Stand, Vermögen, Anlagen hinaus- und hinaufstreibt.“
Herr v. Gippel 1870.

„Ich möchte empfehlen, das schulpflichtige Alter um ein Jahr zu vermindern. Man könnte dadurch der Landwirtschaft eine Menge jugendlicher Arbeiter zuführen.“
Hr. v. Camp-Rassauen 1899.

„Den Vorschlag, die Schulzeit zu verkürzen, finde ich ganz angemessen. Es ist kein Fehler, wenn man die jungen Leute frühzeitig einem gesunden Erwerbleben zuführt.“
Graf von Vallestrem, 1899.

„Für den Weislichen ist das Recht zu fordern, zu entscheiden, ob ein Schullind schon mit dem 11., 12. oder erst mit dem 14. Lebensjahre entlassen werden kann.“
Graf Felig von Los, 1893.

„Die Lehrer haben ein so bequemes Dasein, sie wissen gar nicht, was arbeiten ist.“
Herr von Köller-Kantzed, 1899.

„Der Guts herr wird weniger Gewicht darauf legen, ob der Lehrer das St oder S kalligraphisch schön male, sondern darauf sehen, ob die Bewerber imstande sind, die Autorität des Guts herrn zu schätzen, ihm beizustehen und ihn in christlich-monarchischem Sinne im Dorfe zu unterstützen.“
Herr von Burgsdorff.

„Es wuchert unter den Schullehrern ein entsetzliches Unkraut. Sie sind aufgeblasen wie die Feuerkröten und müssen, da sie aus frevelhaftem Hochmuth die Kirche nicht über sich dulden wollen, vom Aente gejagt werden, daß sie die Schuße verlieren, und wie Galgenvögel muß man sie aus dem Lande peitschen.“
Graf Valentin Pfeil.

„Es fehlt vielen Lehrern die völlige Hingabe an den Beruf, ferner die Achtung vor den weltlichen und kirchlichen Vokalautoritäten. Sie sehen es vielfach für ihre Aufgabe an, sich in den Vordergrund des öffentlichen Lebens zu drängen. ... Es ergibt sich aus den Berichten, daß die Zahl der zur Kenntnis der vorgesetzten Behörden kommenden disziplinarischen und gerichtlichen Straffälle größer ist, als selbst bei Anlegung eines nachsichtigen Maßstabes der Fall sein dürfte. Die bedenklichen Erscheinungen und Strömungen nehmen an Intensität nicht ab, wie man doch meinen sollte, nachdem soviel für die äußere Verbesserung des Lehrstandes geschehen ist, sondern sind anscheinend im Steigen begriffen. Es ist meine amtliche Aufgabe, fast täglich die Organe der sogenannten Lehrerpresse zu verlustrieren, und da geschehe ich ganz offen, neben manchem Sachverständigen und Rühlichen findet sich in der Wehrzahl — ich sage nicht in allen, aber in der Wehrzahl — dieser Preßorgane doch vorwiegend eine höchst einseitige Ueberschätzung der eigenen Leistungen, ein sehr absprechendes Urtheil über Anderdenkende und andere Meinungen, ein völlig einseitiger und unberechtigter Standpunkt in der Vertretung der eigenen Interessen und was die pädagogischen Resultate betrifft, so muß ich sagen, daß ich in den meisten Artikeln in der Wehrzahl der Organe dieser Presse immer gefunden habe, daß die Herren in vielen Fällen wenig, in den meisten Fällen aber gar nichts von der Sache verstehen, sondern daß alle ihre großartigen Argumentationen und Vorschläge, mit welchen sie in bezug auf Verbesserungen im innern und äußern Wesen der Schule uns beglücken, doch nur Zeugnis davon geben, daß sie besser daran täten, sich auf die Aufgaben zu beschränken, die ihnen der Beruf anweist.“

Wenn ich das Gesamtfazit ziehe von allen diesen erzenteischen Erscheinungen im Lehrstande (d. h. in der Presse und in den Vereinen), so muß ich auf den Satz zurückkommen, er läte besser — ich spreche selbstverständlich vom Volksschullehrerstande, meine Herren — die Sorge für die großen Gesichtspunkte, deren er sich auch annehmen zu müssen glaubt, seinen Vorgesetzten zu überlassen und sich auf die Sphäre zu beschränken, die sein Beruf ihm anweist.“

Minister von Puttkamer, 1880.

Ein Attentat auf die Menschenrechte der Bergarbeiter.

Stark und wüchtig steht die Vereinigung der Ruhrgrubenbesitzer, das Kohlenyndikat, in seiner geschlossenen Phalanx den Bergarbeitern gegenüber.

Die Herren dulden nicht die geringste Regung unter den Bergflaven. Unnachlässig fliegt jeder aus der Arbeit, der seine Menschenwürde, sein Recht wahren will. Wer sich die Grobheiten und Beschimpfungen der Beamten verbittet, wer sich dagegen wehrt, die Bergbehörde hinter sich zu führen, wer sich den Grubenverwaltungen überhaupt irgendwie unbequem macht, kann sicher sein, daß am 14. des Monats ein Beamter kommt und sagt: „Wenn Sie morgen nicht selbst kündigt, werden Sie gekündigt.“ Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Bergarbeiter es nicht wagen dürfen, der Grubenverwaltung, bei der sie in Arbeit stehen, vor das Berggewerbegericht zu laden.

Doch nicht genug damit, daß die Arbeiter von ihrer Arbeitsstätte gejagt werden, haben die Grubenbesitzer stets nach neuen Mitteln gesucht, um die ihnen unangenehmen Arbeiter noch besser mit der Hungerpeitsche treffen zu können. Schon jahrelang leiden die Bergarbeiter unter der Sperre. Es gelang den Bezeichneten doch meistens, wenn auch nach längerer oder kürzerer Arbeitslosigkeit, noch irgendwo unterzuklüpfen. Das hat aber den Herrenmenschen nicht gepakt und da sie, im Gefühl ihrer Macht, sich bitter wenig um Gesetz und Recht kümmern, haben sie einen Geheimbund gegründet, der unter völliger Mißachtung der Gesetze sich die Aufgabe gestellt hat, die mißliebigen Bergleute in der rückständigsten und brutalsten Weise je nach Laune drei bis sechs Monate am Hungertuche nagen zu lassen.

In aller Stille haben die Grubenbesitzer einen Verband gegründet, der Tausende von Arbeitern in Verruf erklärt, der unbehagliche Bergleute arbeitslos von Zeche zu Zeche heßt, einen Verband, der sich die Aufgabe stellt, schwarze Listen mit Namen von Tausenden von Arbeitern anzufertigen und für deren Arbeitslosigkeit zu sorgen.

Wir bringen hiermit die Satzungen des Sechengeheimbundes zur Kenntnis der Öffentlichkeit.

„Satzungen für den Secherverband.
Beschl. in der konstituierenden Generalversammlung am 22. Januar 1908.
Essen.“

§ 1. Name und Sitz des Verbandes.
Der Verband führt den Namen Secherverband und hat seinen Sitz in Essen.

§ 2. Zweck des Verbandes.
Der Verband bezweckt einen engeren Zusammenschluß der im rheinisch-westfälischen Bergbaubezirk belegenen Bergwerke und ihrer Nebenanlagen zur Wahrung gemeinsamer Interessen in Arbeiterfragen.

Ferner hat der Verband den Zweck, den von einem Ausstande betroffenen Mitgliedern eine Entschädigung zu gewähren.

§ 3.
Der Verband wird vorläufig auf fünf Jahre, beginnend mit dem 1. Februar 1905 abgeschlossen. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4. Mitgliedschaft.
Mitglied des Verbandes können die im rheinisch-westfälischen Bergbaubezirk belegenen Bergwerke werden, sofern sie dem Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund angehören.

Mit dem Antrage um Aufnahme in den Verband haben sich die Werke gleichzeitig schriftlich zu verpflichten, den Satzungen und den gemäß den Satzungen ergehenden Anordnungen der Verbandsorgane Folge zu leisten. Ueber die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Jedes neu eintretende Mitglied unterwirft sich bei seinem Eintritt aller von dem Vorstande oder den früheren Hauptversammlungen gefassten noch gültigen Beschlüssen, von denen ihm Kenntnis gegeben ist.

§ 5.
Unter den gleichen Bedingungen können auch Privatkolerien, Wrikettfabriken und ähnliche mit Verbandsanlagen in Verbindung stehende Anlagen dem Verbands beitreten. Die Aufnahme dem Bergbauverein nicht angehörender Zechen und sonstiger Betriebe in den Verband kann der Vorstand auf Antrag beschließen, falls eine dreiviertel Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder sich dafür ausdrückt.

§ 6.
Der Austritt kann nur auf Grund schriftlicher Auffündigung mit einhalbjähriger Frist zum Jahresschluß erfolgen. Auch nach erfolgter Kündigung ist jedes Mitglied verbunden, den Satzungen, den Beschlüssen und Anordnungen der Verbandsorgane bis zu seinem wirklich erfolgten Austritt Folge zu leisten.

Der Ausschluß eines Mitgliedes kann durch Beschluß des Vorstandes erfolgen, wenn das Mitglied die Verbandszwecke gröblich schädigt, wenn es sich weigert, die Satzungen oder die gemäß den Satzungen ergehenden Anordnungen der Verbandsorgane zu befolgen, oder wenn es trotz Mahnung sich weigert, die beschlossenen Beiträge oder Strafen zu zahlen.

Zu dem Beschluß auf Ausschließung des Mitgliedes ist dreiviertel Mehrheit sämtlicher anwesenden Stimmen erforderlich. Gegen den Beschluß des Vorstandes ist binnen zwei Wochen nach der Aufstellung die Berufung an die Hauptversammlung zulässig. Zur Bestätigung der Ausschließung durch die Hauptversammlung bedarf es ebenfalls einer dreiviertel Mehrheit sämtlicher anwesenden Stimmen.

Ausgeschiedene oder ausgeschlossene Mitglieder haben keinen Anspruch auf das Vermögen des Verbandes. Eine Rückzahlung der eingezahlten Beiträge findet nicht statt.
Der Verband besteht auch nach Ausscheiden von Mitgliedern unter den übrigen Mitgliedern fort.

§ 7.
Jedes Mitglied hat beim Beginn jedes Geschäftsjahres einen Jahresbeitrag von 1 M. für den Kopf der im Vorjahre durchschnittlich beschäftigten Arbeiter zu leisten. Die Arbeiterzahl wird der amtlichen Produktionsübersicht entnommen. Die Hauptversammlung ist berechtigt, im Bedarfsfalle einen höheren Jahresbeitrag festzusetzen. Eine Erhöhung über 2 M. für den Kopf des im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeiters ist nur mit dreiviertel Mehrheit der anwesenden Stimmen zulässig.

Die im Laufe des Jahres neu hinzutretenden Mitglieder sind verpflichtet, den vollen Jahresbeitrag für das betreffende Jahr zu leisten.
Außerdem haben neu hinzutretende Werke einen Eintrittsbeitrag zu zahlen, dessen Höhe in jedem Falle durch Vorstandsbeschluss festgesetzt wird.

§ 8. Verpflichtung der Verbandswerke.

- Die Verbandswerke übernehmen folgende Verpflichtung:
1. Während der Dauer eines Ausstandes auf einem Verbandswerke und während drei Monaten nach Beendigung des Ausstandes darf kein Arbeiter dieses vom Ausstande betroffenen Verbandswerkes angenommen werden; für die gleiche Zeit darf ein vom Ausstande betroffenes Werk keinen Arbeiter von einem anderen Verbandswerke annehmen.
2. Arbeiter, die vereinzelt unter Vertragsbruch die Arbeit auf einem Verbandswerke niedergelegt haben, dürfen während sechs Monaten von einem anderen Verbandswerke nicht angenommen werden. Hat eine Werkleitung erst nach der Annahme eines vertragsbrüchigen Arbeiters von dem Vertragsbruch erfahren, so hat sie seine Kündigung zu veranlassen, es sei denn, daß das nach dem Vertragsbruch begründete Arbeitsverhältnis schon länger als drei Monate besteht.
3. Ist in einem anderen Bergbaubezirk ein Ausstand ausgebrochen, so kann der Vorstand mit vierfünftel Mehrheit der anwesenden Stimmen beschließen, daß während der Dauer des Ausstandes und während drei Monate nach Beendigung des Ausstandes kein Arbeiter aus dem betreffenden Bezirke angelegt wird; vorausgesetzt, daß die Werke jenes Bezirkes die gleiche Verpflichtung dem Verband gegenüber übernommen haben.
4. Unternehmer, welche auf einem Verbandswerk mit bergmännischen Arbeiten beschäftigt werden, sind zu verpflichten, die vorgenannten Bestimmungen einzuhalten. Dem Verbandsgegenüber haftet das Verbandswerk für Innehaltung der Verpflichtung.
5. Jedes Verbandswerk ist verpflichtet, von einem Ausstande der Geschäftsführung sofort Kenntnis zu geben.

§ 9.

Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Satzungen oder gegen die von der Hauptversammlung sachgemäß mit vierfünftel Mehrheit der anwesenden Stimmen gefassten Beschlüsse verfällt das zuwiderhandelnde Verbandsmitglied in eine an den Verband zu zahlende Strafe bis zu tausend Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung, sofern nicht die Ausschließung des Verbandsmitgliedes beschlossen wird.

Ueber die Verhängung der Strafen entscheidet auf Antrag der Geschäftsführung der Vorstand mit dreiviertel Mehrheit der anwesenden Stimmen, gegen dessen Entscheidung binnen zwei Wochen nach der Aufstellung des Beschlusses Berufung an die Hauptversammlung mittels eingeschriebenen Briefes an die Geschäftsführung des Verbandes zulässig ist. Die Hauptversammlung entscheidet ebenfalls mit dreiviertel Mehrheit der anwesenden Stimmen.

§ 10. Leistungen des Verbandes.

Diejenigen Verbandswerke, welche ohne ihre Schuld von einem Ausstande ihrer Belegschaft betroffen werden, erhalten für den ihnen aus einem solchen Ausstande erwachsenen Schaden Ersatz, für dessen Anerkennung und Berechnung der Rechtsweg ausgeschlossen ist. Für die Gewährung von Entschädigungen sollen die folgenden Bestimmungen maßgebend sein:

- 1. Eine Entschädigung seitens des Verbandes wird nur dann gewährt:
a) wenn mehr als ein Drittel der Belegschaft einer selbständigen Schachtanlage in den Ausstand getreten ist und solange von dem Vorstande der Widerstand des betreffenden Verbandswerkes gegen die von der ausständigen Belegschaft erhobenen Forderungen als berechtigt anerkannt worden ist. Gegen die Entscheidung des Vorstandes ist Berufung an die Hauptversammlung binnen zwei Wochen zulässig, die endgültig unter Ausschluß des Rechtsweges entscheidet.
b) wenn der Vorstand auch ohne daß die Voraussetzungen unter a) vorliegen, mit dreiviertel Mehrheit der anwesenden Stimmen dies beschließt.
Nimmt der Ausstand den Charakter eines Generalausstandes an, so ist die Entschädigungsmöglichkeit für die Dauer des Generalausstandes nicht gegeben. Ein Generalausstand im Sinne dieser Satzungen ist anzunehmen, wenn die Zahl der auf den Verbandswerken ausständigen Arbeiter größer ist, als ein Drittel der Gesamtbelegschaft aller Verbandswerke. Die Entschädigungsmöglichkeit tritt jedoch wieder ein, sobald ein Generalausstand im Sinne dieser Satzungen nicht mehr als vorliegend festgestellt wird.
2. Eine Entschädigung wird nicht gewährt, wenn die Beendigung des Ausstandes dadurch herbeigeführt wurde, daß das vom Ausstande betroffene Werk die von der Belegschaft erhobenen Forderungen, deren Ablehnung den Ausstand veranlaßte, nachträglich vollständig oder im wesentlichen ohne Willigung des Vorstandes anerkannt hat. In der beigefügten Anweisung ist niedergelegt, was als ausständiger Arbeiter anzusehen ist.

Aus dem Wahlkampf.

Wenn Blockbrüder plaudern.

Die liberale Presse, besonders die „Freisinnige Zeitung“, ist wiederholt in die stärkste Entrüstung geraten, wenn wir uns erlauben, über die Illusionen der liberalen Wahlrechtsfreundschaft auf die Vorgänge in Schleswig-Holstein hinzuweisen, wo in einer Reihe von Stadtgemeinden mit liberaler Hilfe, zum Teil auf liberale Initiative, der Jensus erhöht, d. h. das Wahlrecht noch mehr verschlechtert wurde, als die von der preussischen Regierung sanktionierte Städteordnung mit ihrem gesetzlich festgelegten Minimalzensus verlangt. Die Freisinnigen in Schleswig-Holstein haben nicht nur das Wahlrecht verschlechtert, sie haben auch systematisch jede Herabsetzung des bestehenden Jensus hintertrieben. Dafür steht uns jetzt aus einem Ort, der in der Leporelloliste des schleswig-holsteinischen Freisinnigen nicht an letzter Stelle rangiert, ein geradezu klassischer Zeuge zur Verfügung.

In Elmshorn pflegen, wie in den übrigen Jensuskommunen der Provinz, unsere Parteigenossen von Zeit zu Zeit Anträge auf Herabsetzung des Jensus bei den städtischen Kollegien einzubringen, unbeschadet der todsicheren Erwartung, daß dort, wie sonst in den Stadtgemeinden der Provinz, in denen die Arbeiter nicht vertreten sind, ihre Eingaben auch nicht einmal der Beratung für würdig erachtet werden. Wer an diesem typischen Schicksal sozialdemokratischer Wahlrechtsanträge schuld ist, kam nun dieser Tage in Elmshorn in einer von freikonservativer Seite einberufenen Wahlversammlung ans Tageslicht. Die erschienenen freisinnigen Vorkämpfer — der Wahlkreis ist im Reichstag durch den Abgeordneten Carstens von der Freisinnigen Volkspartei und war im Landtage durch den freikonservativen Grafen Wolke vertreten — setzten sich dem freikonservativen Kandidaten gegenüber auf's hohe Pferd mit der lauterer Wahlrechtsfreundschaft des Freisinnigen. In die Enge getrieben behauptete der Vorsitzende des freisinnigen Vereins, Herr Carstens' eifrigster Adjutant, der Stadtverordnete Schwarz, die Jensusherabsetzung sei seinerzeit lediglich auf das Drängen der Regierung erfolgt. Daraufhin mußte sich der Herr Stadtverordnete Schwarz von dem in der Versammlung anwesenden Elmshorner Bürgermeister Anz sagen lassen, daß „die Stadtvertretung eben nicht das nötige Rückgrat besessen“ habe. Als Schwarz mit liberalem Geldanpathos erklärte, die Freisinnigen hätten auf dem Rathaus stets „voll und ganz“ ihre Schuldigkeit getan, rügte der Bürgermeister mit der Entbällung heraus, daß im Elmshorner Stadtparlament gerade die Freisinnigen wiederholt die Beratung der sozialdemokratischen Jensusanträge verhindert hätten. Jetzt sah der Fruch in der Falle.

Derselbe Freisinnführer Schwarz hatte übrigens ein paar Tage vorher, freilich in einer ländlichen Wählerversammlung, den Ausspruch getan, das allgemeine Wahlrecht werde für die Kommunen von keiner bürgerlichen Partei verlangt. Also bald so, bald so, wie's trifft. Aber es ist entschieden einer der unverkennbarsten Vorzüge des Wlods, daß man zuweilen, wenn sich die Brüder in die Haare geraten, Geschichten erzählt, die man sonst nicht erfahren hätte.

Bauern gegen die Arbeiter im Zentrum.

Jüngst hatte die zentrumsagrarisches „Rheinische Volksstimme“ in einer Besprechung des Wahlaufsatzes der preussischen Zentrumsfraktion gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen sich ausgesprochen und dabei auch die „übertriebene“ Arbeitersorge bemängelt. Das veranlaßte die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, dem Blatt der Zentrumsbauern den Text zu lesen und es der sozialen Verhetzung und der Schädigung der Zentrumsfrage zu beschuldigen. Darauf erwidert nun die „Rheinische Volksstimme“ in sehr gereizter Zone. Sie hält zunächst ihre Neuheiten über die Sozialpolitik und das Wahlrecht aufrecht und tut dann die Behauptung der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“, daß die Zentrumsbauern in diesen Dingen anders dächten als die „Volksstimme“ wie folgt ab:

„Es genügt wohl, darauf hinzuweisen, daß der rheinische Bauernverein, hinter dem nahezu 60 000 rheinische Bauern stehen, mit seinem verdienten Präsidenten Freiherrn Klomann von See an der Spitze, zu wiederholten Malen und noch in letzter Zeit klar und unzweideutig erklärt hat, daß die soziale Gesetzgebung den Arbeitern sehr viel, den Bauern nichts gebracht hat; daß eine Änderung des Landtagswahlrechts in dem Sinne einer Erhebung durch das Reichstagswahlrecht für die Bauern undiskutabel ist; daß eine Ausdehnung des für die gewerblichen und industriellen Arbeiter gerechtfertigten Koalitionsrechts auf die Landarbeiter nie in Frage kommen kann; daß eine Abschaffung des Seuchengesetzes durch erweiterte Zulassung des ausländischen Viehes unter keinen Umständen geduldet werden darf. Das sind ja wohl die Hauptpunkte, in denen die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ nicht mit uns übereinstimmt. Wird sie angesichts der Tatsache, daß die mächtige Organisation des rheinischen Bauernvereins in allen erwähnten Fragen den Standpunkt der „Rheinischen Volksstimme“ teilt, uns die Legitimation zur Vertretung der rheinischen Zentrumsbauern noch absprechen?“

So unangenehm der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ die Feststellung auch ist, daß der agrarische Teil des Zentrums, der für die Politik dieser Partei den Ausschlag gibt, wirtschaftlich und politisch in der ärgsten Reaktion und Interessensucht steht, so läßt sich gegen diese Feststellung doch nichts einwenden. Die Zentrumsbauern wissen, was sie in ihrer Partei geteilt, und deshalb darf die „Rheinische Volksstimme“ spotten über das „gekränkte Wärtchen“ aus M. Glöckner, das sich vergebens bemühe, die Parteileitung gegen das Organ der rheinischen Zentrumsbauern mobil zu machen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Mai 1908.

Die „loyale“ Ausführung des Vereinsgesetzes in Mecklenburg.

Die mecklenburgischen Ausführungsbestimmungen zum Vereinsgesetz sind — mit einigen Tagen Verspätung — erschienen. Zum § 6 bestimmen sie:

Die öffentliche Bekanntmachung hat in der Woche, in welche der Versammlungstag fällt, oder in den dieser vorausgehenden zwei Wochen, spätestens aber am zweiten Tage vor dem Tage der Versammlung, in einem derjenigen öffentlichen Blätter zu erfolgen, welche am Orte der Versammlung durch die zuständige Polizeibehörde herausgegeben werden. Erscheint ein solches Blatt nicht, so ist die Bekanntmachung in der Zeitung „Mecklenburger Nachrichten“ zu veröffentlichen.

Die Anzeige, die die Versammlungssammlung überflüssig machen soll, muß danach also mindestens 48 Stunden vor Beginn der Versammlung erscheinen. Die Anzeige bei der Polizeibehörde braucht erst 24 Stunden vorher zu erfolgen. Der § 6 soll eine Erleichterung

An Stelle des Herrn Stadt Kam Herr Holle. Wer war Herr Holle? Ein Unbekannter zwar, aber ach, kein Liberaler. Man tröstete sich, er sei wenigstens ein „unbeschriebenes Blatt“. Die Liberalen hofften, sie würden das „unbeschriebene Blatt“ schon beschreiben. Sofort war wieder die „Deutsche Tageszeitung“ auf dem Plage und schrieb am 2. August 1907:

„Wenn der neue Kultusminister Bahnen einschlagen wollte oder sollte, die den konservativen Politikern ungangbar oder gefährlich erscheinen müßten, so wäre dadurch der Block mindestens ebenso gefährdet, wie er nach linksliberaler und freisinniger Auffassung durch das Fortarbeiten in den bisherigen Bahnen gefährdet werden würde. . . . Unsere Freisinnigen, die den ersehnten „neuen Geist im Kultusministerium“ nicht erwarten können, sondern mit peinlicher Regelmäßigkeit wöchentlich oder doch monatlich einmal danach rufen, bekunden damit eine krankhafte Nervosität, die nicht gerade den Eindruck der Stärke macht.“

Heute ist Herr Holle kein „unbeschriebenes Blatt“ mehr. Heute weiß man, daß er die Prophesieungen der „Deutschen Tageszeitung“ nicht nur erfüllt, sondern sogar übertroffen hat. So z. B. hat er den berüchtigten Bremserlach des Herrn Stadt ruhig weiter handhaben lassen. Aber überdies hat er noch der liberalen Gesellschaft für Volksbildung die Werke von Darwin, Hädel und Bölsche verboten!

So sieht eine der am lautesten gerühmten „liberalen Errungenschaften“ der Blockpolitik aus!

Die indische Reformbewegung.

London, 16. Mai.

Seit ungefähr zwölf Monaten ist die Reformbewegung in Indien zu einem ernstlichen Faktor in der Politik des britischen Reiches geworden. Das Vorhandensein einer Reformbewegung darf als ein Beweis dienen, daß diejenigen Teile des indischen Reiches, in denen die Bewegung Wurzel gefaßt hat, sich im wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Aufschwunge befinden. Denn eine elende, unwissende und verkommenen Bevölkerung kann keine Reformbewegung erzeugen oder stützen. Schon der Ruf nach Swadeschi (eigener oder nationaler Wirtschaft) zeugt vom Vorhandensein von lebendigen, regen ökonomischen Kräften; ebenso darf man aus dem Programm der Swaradschi (eigener oder nationaler Verwaltung) den Schluß ziehen, daß das politische Leben der gebildeten Kreise Indiens kräftig pulsiert. Diese Bemerkungen dürfen indes nicht so verstanden werden, als ob die Klagen über das indische Elend unbegründet wären. Die englische Verwaltung hat dort, teils durch Unwissenheit, teils durch Ausbeutung viel Unheil angerichtet, aber rein negativ war sie nicht. Sie hat auch moderne Bildung verbreitet, freiheitliche Auffassungen des Westens in die Köpfe einer großen Zahl indischer junger Leute eingepflanzt und die verschiedenen Völkerschaften zum friedlichen Verkehr miteinander angehalten.

Man darf überhaupt sagen: wo sich bei einem Volke der nationale Gedanke und nationale Bestrebungen zeigen, da ist auch ein gewisses Maß von allgemeinem Fortschritt zu finden. Der nationale Gedanke ist keine übernatürliche Offenbarung, sondern der Ausdruck greifbarer Kulturbedürfnisse. Und um eine nationale Bewegung handelt es sich in manchen Teilen Indiens, besonders in Bengalen und Gandhar, also im Norden Indiens.

Die Reformbewegung hat mit zwei Schwierigkeiten zu kämpfen: Erstens mit der englischen Verwaltung, die die Bewegung nicht ernst nimmt; zweitens mit inneren Zwistigkeiten. Durch Traditionen an die Auffassung gewöhnt, daß die Hindu minderwertig seien, können sich die Briten nicht dazu entschließen, mit den politischen Bedürfnissen der gebildeten Schichten der ihnen anvertrauten Völkerschaften zu rechnen. Es geht im Kampfe der Rassen nicht anders zu wie im Kampfe der Klassen. Die Forderungen einer bislang unterdrückten, aber sich im Aufschwunge befindlichen Klasse werden doreist von den Herrschenden nicht ernst genommen; es bedarf der Organisation und der Proteste, um ernste Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Die diese Proteste sich äußern, hängt von den Umständen, dem Bildungsgrade und dem Temperamente der Unterdrückten ab, ebenso vom Grade der Verstoßtheit der Unterdrückten. Die Proteste können die Form von Flugblättern, Zeitungsaufstellungen, Versammlungsdreden, Streiks, Boykotts und schließlich von Attentaten annehmen. Alle diese Protestmittel wurden bereits von den indischen Reformern versucht. In den letzten Wochen wurden mehrere Dynamitattentate in Indien unternommen, scheinbar als Protest gegen einen englischen Richter, der agitierende Studenten körperlich züchtigen ließ, in Wirklichkeit aber aus Verzweiflung oder Ungebuld über den langsamen Fortschritt der Reformbewegung. Im vergangenen Jahre haben englische Parlamentsabgeordnete, die sich besonders für das Wohlergehen Indiens interessieren, den Staatssekretär für Indien über die körperliche Züchtigung von indischen Studenten kurz interpelliert, aber der rhablale Mr. Morley, jetzt Viscount Morley of Blackburn, konnte keine befriedigende Antwort geben.

Was die indischen Reformer wollen, haben sie auf ihren Kongressen klar ausgesprochen. Sie verlangen

„eine Regierungswelle, die derjenigen der selbständigen britischen Kolonien ähnlich ist, ebenso die Anteilnahme am britischen Reich mit den gleichen Rechten und Pflichten wie jene Kolonien. Diese Ziele sollen durch konstitutionelle Mittel erreicht werden durch die Einführung von Reformen in die herrschende Verwaltung, durch Förderung der nationalen Einheit, durch die Pflege des politischen Bewusstes und durch die Entwicklung und die Organisation der geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes.“

Das ist das Endziel der indischen Reformbewegung. Es ist ohne Zweifel loyal und durch schrittweise einzuführende Reformen ausführbar. Und was ist die Antwort Englands auf diese Forderungen? Die englische Regierung gewährte im vergangenen Jahre folgende Reformen: 1. Ernennung von zwei Hindu als Berater des Staatssekretärs für Indien (also in London); 2. Einsetzung einer Kommission, um über einen Plan der Dezentralisation Indiens zu beraten, das heißt, um den indischen Gemeinden und anderen lokalen Körperschaften größere Verwaltungsbefugnisse zu gewähren; 3. Schaffung von Adelskammern zur Beratung des Vizerois (Statthalters von Indien) und der Provinzregouverneure; 4. Vergrößerung der obersten und der provinziellen Legislativräte. Die erstere Reform hat einen gewissen Wert, da die Staatssekretäre für Indien gewöhnlich nichts von ihrem Kessort verstehen. Die zweite Reform ist vorläufig noch in Kommissionberatung. Die übrigen Reformen sind reaktionär.

Diese Antwort der englischen Regierung auf die Forderungen der Reformer hat auf Indien eine erbitternde Wirkung ausgeübt. Sie zeigt, daß man die Bewegung noch lange nicht ernst nimmt. Die Zeitungsaufstellungen, Versammlungen, Boykotts und Streiks haben vorläufig nichts genügt. Die längerer und temperamentvollerer Köpfe greifen deshalb — nach russischem und persischem Muster — zu Explosivstoffen. Die Verzweiflung muß schon sehr groß sein, wenn die geduldigen Hindu zu Dynamit greifen.

Soweit nach Vorstehendem eine Entschädigung gezahlt wird, wird ein Betrag von 1 M. für den Kopf der ausländischen Arbeiter und für den Arbeitstag zugewilligt. Dabei bleibt es dem Vorstand überlassen, in besonders begründeten Fällen eine höhere Vergütung für den Kopf des Arbeiters zu gewähren. Zu einem solchen Beschluß ist jedoch dreiviertel Mehrheit der anwesenden Stimmen erforderlich. Eine Aufsetzung dieses Beschlusses des Vorstandes ist durch die Berufung an die Hauptversammlung binnen 14 Tagen zulässig. Diese entscheidet endgültig mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmen unter Ausschluß des Rechtsweges.“

Wie leicht ist nicht der Staatsanwalt zu finden, wenn Arbeiter nicht mit Streikbrechern zusammen arbeiten wollen! Wie manches Urteil ist wegen Verurteilung, Boykott, Erpressung und Nötigung gegen Gewerkschaften und Arbeiter ergangen! Wird jetzt der Staatsanwalt auch hier unverzüglich eingreifen zum Schutze der hungernden Kinder, die durch die Maßregelung ihrer Väter körperlich und geistig noch mehr verkümmern müssen?

Dem Vergarbeiter steht das Recht zu, die Arbeit ohne Einhaltung der Kündigungsfrist zu verlassen, wenn er von einem Beamten gröblich beleidigt wird. Verläßt der Vergarbeiter in diesem Falle die Arbeit, sperrt ihn der Zechenverband sechs Monate aus. Also muß der „Stumpel“ sich bücken oder hungern. Verläßt der Vergarbeiter ohne Kündigung das Werk, werden ihm sechs Schillingen wegen Kontraktbruch vom Lohn einbehalten. Der Zechenverband gibt sich mit dieser Strafe nicht zufrieden, der Mann muß noch sechs Monate arbeitslos gemacht werden! Der Absatz 2 des § 8 bestimmt es so! 1000 M. Strafe sind sonst dem zuwiderhandelnden Unternehmer sicher.

Der Absatz 3 des § 8 bestimmt, daß Vergarbeiter, die aus einem anderen Vergarbezirk, wo ein Streik ausgebrochen ist, zuwandern, nicht angelegt werden dürfen.

Also auch die Freizügigkeit der Vergarbeiter soll im Falle eines Streiks beseitigt werden.

Der Zechenverband hat mit der Drangsalierung der Arbeiter schon fräftig eingegriffen, wie das nachfolgende Schriftstück beweist.

Zechen-Verband Offen-Ruhr
Tagebuch Nr. 184 — 1908
Rundschreiben Nr. 5
Betrifft Kontraktbrüche Arbeiter.

Essen, den 21. März 1908.

An die Verbandszweigen!

Unter Bezugnahme auf § 8 Absatz 2 der Verbandsatzungen überenden wir Ihnen in der Anlage ein Verzeichnis der Arbeiter, die unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt haben.

Sollte ein dem Verband als kontraktbrüchig mitgeteilter Arbeiter von seiner bisherigen Verwaltung wieder angelegt werden, so bitten wir ergebenst, der unterzeichneten Geschäftsführung hiervon umgehend schriftlich Mitteilung zu machen, da vermeiden werden muß, daß der betreffende Arbeiter nach später ordnungsmäßig erfolgter Ablehr den übrigen Verbandsverleuten noch als kontraktbrüchig bekannt ist.

Gläubig!

Die Geschäftsführung des Zechenverbandes
v. Löwenstein.

Eine schwarze Liste, die das Datum vom 28. März 08 trägt, enthält die Namen von 586 Personen, die Liste vom 4. April 08 enthält 825 Namen und die Liste vom 5. Mai 08 deren 1058. Wie uns mitgeteilt wird, soll eine neue Liste über 2000 Personen als ausgesperrt bezeichnen!

Aus den Listen ergibt sich, daß die Unternehmer eine große Anzahl Personen als kontraktbrüchig angeführt haben, die ordnungsmäßig von der Zechen abgehert sind.

Da Name, Geburtsdatum und die Knappschäftsnummer der ausgesperrten Vergarbeiter genau auf den Listen angegeben ist, außerdem der Zeitpunkt, bis welchem die betreffenden ausgesperrt sind, dürfte der Zechenverband wohl zum Schadenerlass an die ausgesperrten Vergleute verurteilt werden. Da sich die Zechenpächter außerdem nach der gegen die Arbeiter angewendeten Judikatur strafrechtlich verhalten haben, fragen wir nochmals: „Was tut jetzt der Staatsanwalt?“

Eine „liberale Errungenschaft“ der Blockpolitik.

In unserer schnelllebenden Zeit, wo die Deffektivität angelegentlich Fälle neu andringender Ereignisse oft schon von einer Woche zur anderen das alte vergißt, ist es gut, von Zeit zu Zeit einen Rückblick auf das Vergangene zu werfen. Denn häufig ist es sehr lehrreich, sich zu vergegenwärtigen, was aus den Hoffnungen, Prophezeiungen, Versprechungen von damals geworden ist.

Im Frühling des vorigen Jahres hatten die Liberalen eine monatelang dauernde Hege gegen den damaligen preussischen Kultusminister Herrn Studt inszeniert. Er wurde — der Wahrheit gemäß — als ein Ausbund reaktionären Denkens und Luns hingestellt und seine Entlassung wurde von der freisinnigen Presse als unumgängliches Erfordernis bezeichnet, wenn die Regierung auf ein Zusammenarbeiten mit dem Freisinn irgend welches Gewicht lege. Wer nicht gerade ein politisches Kind war, wußte natürlich den Wert dieses Schalles zu würdigen. Herr Studt war schon damals ein recht alter Mann, und es war klar, daß er schon seines hohen Alters wegen in absehbarer Zeit auf alle Fälle würde aus dem Amte scheiden müssen. Nun erhoben die Liberalen ihr Geschrei gegen ihn, um den Ansehen zu erwecken, als ob seine bevorstehende Entlassung eine Konzession an den Liberalismus sei, eine liberale Errungenschaft der Blockpolitik. Uebrigens war die konservative Presse grausam genug, ihren liberalen Blockbrüdern diese Maske ohne weiteres abzureißen. So schrieb die „Deutsche Tageszeitung“ am 28. Mai 1907:

„Glaubt die liberale Presse allen Ernstes, es stehe nach dem Abgang des Herrn Dr. v. Studt ein völliger Umschwung in unserer Schulpolitik in Aussicht? Dann möchten wir sie doch darauf hinweisen, daß diese Schulpolitik im allgemeinen die Politik einer seit langen Legislaturperioden vorhandenen festen Landtagsmehrheit ist. . . . Der Nachfolger des Herrn v. Studt mag im einzelnen eine Politik treiben, die den Gegnern des derzeitigen Kultusministers sympathischer ist, die Schulpolitik der Minderheit wird auch er nicht machen können.“

Weiter werden die Liberalen von dem agrarisch-konservativen Blatt höhnend gefragt, wer ihnen denn eigentlich ein Versprechen gegeben habe, daß Studt entlassen werden solle!

Natürlich gingen die Liberalen darauf nicht ein, sie spielten ihre Komödie weiter, denn sie brauchten sie ja zur Wiederholung ihrer Wähler. Und als dann Ende Juni v. J. Studt wirklich ging — wobei übrigens der König ihm in einem eigenen Hand schreiben „für die treuen Dienste“, die er „dem Vaterlande geleistet“, dankte und ihn als Anerkennung dafür auf Lebenszeit ins Herrenhaus berief — da erschien in der liberalen Presse ein Freudengeheul ob dieser „liberalen Errungenschaft“.

für die Verfassungsbekämpfer sein. Die mecklenburgische Regierung legt das „Iohal“ dahin aus, daß sie die Erleichterung durch erschwerende Bedingungen so gut wie aufhebt!

Ein Niedergekehrter?

Aus München kommt die verblüffende Nachricht, daß Major Donat dem Peters eine zwar bedingte, aber immerhin doch eine Art Ehrenerkklärung abgegeben habe. Major Donat hat an den Rechtsbeistand des Peters, Dr. Rosenthal, folgenden Brief gerichtet:

„Angesichts der drei später ergangenen nachstehenden gerichtlichen Urteile:

1. Nürnberg, 30. November 1907. Behauptungen, welche das subjektive Schuldgefühl betreffen, wurden zu Gunsten Dr. Peters widerlegt; 2. Köln, 22. Januar 1908. Die Frage, ob Dr. Peters sich für berechtigt und verpflichtet halten konnte, die Todesstrafe auszusprechen, ist zu bejahen; 3. Breslau, 14. März 1908. Peters hat in dem Bewußtsein, sein gutes Recht auszuüben und das Wohl der ihm anvertrauten Station zu wahren, also nicht aus ehelosen Motiven gehandelt“.

Hat sich meine am 30. Juni und 10. Oktober ausgesprochene Ueberzeugung modifiziert, so daß ich die mir damals entsprochenen Behauptungen gegen Dr. Peters bedauere. Donat.“ Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Majors v. Donat wurde die beiden Verurteilungen, der Strafantrag sowie die Privatklage, die am 19. Mai zur Verhandlung kommen sollten, zurückgezogen.

Wenn die diversen Petersprozesse der letzten Zeit bei ihren schneidenden Enthüllungen über Kolonialbestialität und Herrenmenschenwahnsinn auch etwas Verfühnlisches boten, so war es die Tatsache, daß sich doch auch ein ehemaliger höherer Offizier fand, der seinem Abscheu vor den Bestialitäten der Petersschen Kolonialmethode den ehrlichsten und fruchtigsten Ausdruck gab. Es gab also doch einen Repräsentanten des Militarismus in Deutschland, dem die Empörung über die Verbrechen des Peters die Hornesröte ins Gesicht trieb!

Und diese letzte einsame Säule ist jetzt geborsten! Major Donat hat revoziert! Und wie revoziert! Er, der Dhrzenzeuge der ekelhaften Renommisterei dieses modernen Conquistadors, be ruht sich auf gewisse Stellen von Gerichtsurteilen! Nicht auf das Ergebnis der Beweiserhebung dieser Prozesse, sondern auf das Urteil! Freilich, wenn Herr Donat, der so unerwartet und so unerhört kluglich Zusammengebrochene, sich auf die Ergebnisse der Beweiserhebung des wichtigsten dieser Prozesse, des Kölner Prozesses bezogen hätte, so hätte er ja immermehr sein Urteil über den Peters „modifizieren“ können!

Der unglaubliche Widerruf des Majors Donat wird für den künftigen Kulturhistoriker ein denkwürdiges Blatt bilden: das Dokument hoffnungslos moralischen Verfalls der herrschenden Klasse der deutschen Nation!

Die „Freisinnige“ gegen die freisinnigen Arbeiter.

Die „Freisinnige Zeitung“ ist darüber entrüstet, daß wir in der Sonntagsnummer das Lob der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Stellung der „Freisinnigen“ zum Klassenkampf niedriger gehängt haben. Sie schreibt: „Wir stellen demgegenüber fest, daß von dem Artikel, den der „Vorwärts“ und unterschreibt, kein einziges Wort in der „Freisinnigen Zeitung“ gestanden hat.“ Das Erinnerungsvermögen der „Freisinnigen Zeitung“ müßten wir etwas auffrischen. In der „Norddeutschen Allgemeinen“ vom 17. Mai (Hauptblatt Sp. 4) heißt es wörtlich:

„Zum Verkauf und über die Verantwortung des Kranken-Lassenkongresses, der in dieser Woche zu Berlin tagte, entnehmen wir einer Betrachtung in der „Freisinnigen Zeitung“ das Folgende: (Folgen die von uns auszugeweiht wiedergegebenen Angriffe gegen das Selbstwertungsrecht und Verböhrungen des Kongresses.)“

Dann schließt der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen“ wörtlich:

„Wir haben nochmals hervor, daß diese Ausführungen von einem links stehenden Organ herrühren.“

Das ist, denken wir, deutlich. Glaubt die „Freisinnige Zeitung“, das Zitat der „Nordd. Allg.“ sei eine Unterschlebung, und ist sie — das allein ist wesentlich — mit dem Inhalt der von der „Nordd. Allgem.“ als Auslassungen der „Freisinnigen Zeitung“ zitierten, von uns wiedergegebenen Anempfehlungen der Klassen nicht einverstanden, so möge sie, statt den Schein sittlicher Entrüstung gegen uns mobil zu machen, die „Nordd. Allgem.“ berichtigen oder desavouieren! Das hat sie wohlweislich bis heute offensichtlich deshalb unterlassen, weil sie mit den von uns zitierten Anwürfen gegen die Arbeiter einverstanden ist. Aus demselben Grunde hat sie die Feststellung der „Täglichen Rundschau“ am 13. d. M. schweigend mit Dank quittiert, daß die Freisinnigen mit dem von uns niedriger gehängten Plan der Beseitigung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen einverstanden sind und daß die der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen feindliche Stellung der bürgerlichen Parteien wesentlich das Verdienst des Dr. Mugdan sei! Statt klipp und klar zu erklären: Was die „Tägliche Rundschau“ von den Freisinnigen, die „Norddeutsche Allgemeine“ von der „Freisinnigen Zeitung“ behauptet, ist inhaltlich unrichtig, die Freisinnigen sind nicht der von diesen beiden Blättern ihnen zugedachten Ansicht, ich weigert die „Freisinnige Zeitung“ sich über den Inhalt der von diesen beiden Blättern ihr gemachten Unterstellungen aus und poltert gegen den „Vorwärts“ los, weil der der Frage die Schellen angehängt hat. Kann diese Kampfesweise berechtigt zu der von uns bereits gestellten Frage: „Welcher verständige Arbeiter kann einer solchen Partei noch die Stimme geben, deren vertrautester Wortführer betonte: früher hätten sie noch Grundsätze gehabt, und der selbst von der „Tägl. Rundschau“ als Vorläufer für die Vernechtung der Selbstverwaltung auf dem Versicherungsgebiet gefeiert wird?“

Die mecklenburgische Arbeiterschaft und die Verfassungsreform.

Seit dem 15. Mai hat auch die mecklenburgische Arbeiterschaft das Recht, sich zu politischen Vereinigungen zusammenzuschließen und öffentliche politische Versammlungen abzuhalten. Am letzten Sonntag und Sonntag benutzte die sozialdemokratische Partei Mecklenburgs dieses neue Recht, um in 30 öffentlichen Volksversammlungen zu dem Entwurf einer neuen „Verfassung“, der zurzeit dem in Schwerin tagenden außerordentlichen Landtage vorliegt, Stellung zu nehmen.

Die Versammlungen waren durchweg gut besucht, viele waren überfüllt, besonders in Rostock, Wismar und Güstrow. Aber auch kleinere Landorte wiesen einen überraschend zahlreichen Besuch auf. In vielen Orten wurden im Anschluß an die Versammlungen Ortsgruppen der politischen Organisationen gegründet. In allen Versammlungen wurde nachstehende Resolution angenommen:

Die Versammlung erklart in dem von der mecklenburgischen Regierung dem außerordentlichen Landtage vorgelegten Entwurf einer Verfassungsreform eine Mißachtung aller auf Einführung

einer zeitgemäßen Verfassung gerichteten Forderungen und Bestrebungen des mecklenburgischen Volkes.

Der Entwurf ist völlig unzeitgemäß. Er zeigt insbesondere durch das Wahlsystem, auf dem der künftige Landtag ausgerichtet werden soll, daß, wie bisher, nur die Klasse des Geldsacks an der Gesetzgebung teilhaben, die große Masse des mecklenburgischen Volkes aber rechtlos bleiben soll.

Für die Rechte des Volkes ist von den Beratungen des jetzigen Landtages über den Regierungsentwurf nichts zu erwarten. Die Versammlung erklart deshalb für Pflicht jedes fortschrittlich und freibeitlich Gesinnten, sich der sozialdemokratischen Organisation anzuschließen, der Organisation jener Partei, die allein mit aller Kraft auf eine zukünftige, zeitgemäße Verfassung für Mecklenburg hinwirkt. Für das Volk; gegen die Volksentrichter.

Herrn v. Dierken zur Beachtung.

Die „Köln. Ztg.“ bringt einen Auszug aus dem letzten Geschäftsbericht der Kruppischen Pensionskasse. Darin heißt es:

Der Rückgang der wirtschaftlichen Konjunktur hatte eine Verringerung des Bestandes der Mitglieder zur Folge; die Zahl der Mitglieder war am Schlusse des Jahres 1907 auf 31 623 (gegen 34 715 im Vorjahre) zurückgegangen. ... Anzahlungen von Beiträgen beim Ausscheiden aus der Mitgliedschaft der Kasse sind durch die Satzungen ausgeschlossen. Die Firma hat aber wiederholt, besonders in Fällen, wo andauernde Krankheit der Anlaß des Austritts war, Unterstufungen ungefähr in der Höhe der geleisteten Beiträge bewilligt.

Wid der Junfer Dierken nun immer noch den Mut haben, zu erklären, er habe die Wahrheit gesagt und der „Vorwärts“ die Unwahrheit?

Die „National-Zeitung“.

Die „Post“ enttäuscht sich über die gestern von uns wiedergegebene Nachricht des „Verl. Tagebl.“, daß die „National-Zeitung“ mit der „Post“ fusioniert und dem Chefredakteur der letzteren, dem Herrn Wilhelm Kronsbain, zur Bearbeitung des politischen Teiles der „National-Zeitung“ ein Unterredakteur gestellt werden soll. Mit der ihm eigenen feinen Unterscheidung schreibt das Kronsbainische Blatt:

„Nachdem die früheren Mutmaßungen seit 14 Tagen verstummt, scheint das Spiel jetzt von neuem wieder loszugehen. Es ist nicht richtig, daß dem Chefredakteur der „Post“ die politische Redaktion der „National-Zeitung“ unterstellt werden soll. Solche unheimlichen Gedanken werden den Besitzern der beiden in Frage kommenden Zeitungen von den Gegnern der geplanten rein geschäftlichen Maßnahmen zur Diskreditierung der zur Verhandlung stehenden Aktion unterworfen. Es ist auch nicht richtig, daß nur ein politischer Unterredakteur angeheißt werden soll. Ebenso steht noch nicht fest, welche Ressorts gemeinsam sein werden und welche nicht. Alles, was nach dieser Richtung hin verlautet, beruht nur auf Mutmaßungen. Unter allen Umständen wird die „National-Zeitung“ ihre volle politische Selbstständigkeit beibehalten, so sehr dies auch in böswilliger Absicht bestritten wird. War das Schicksal des „Verl. Tagebl.“ besiegelt, als es eine Fusion mit der „Berliner Volkszeitung“ einging? Man mache sich doch nicht lächerlich mit solchen Prophezeiungen.“

Im Grunde genommen bestätigt die „Post“ nur, was das „Verl. Tagebl.“ gemeldet hat. Sie gibt zu, daß beide Blätter fusioniert und gewisse Ressorts gemeinsam sein sollen, nur die politische Redaktion der „National-Ztg.“ soll, wie das Scharfmacherblatt behauptet, selbständig bleiben — vielleicht unter Herrn Kronsbains Oberleitung.

Obgleich wir in die Fusionseheimmisse der Geldgeber beider Blätter nicht eingeweiht sind, haben wir gestern gleich die Ansicht ausgesprochen, die „National-Ztg.“ werde voraussichtlich in den Dienst jener großindustriellen Claque gestellt werden, die im Zentralverbande deutscher Industriellen dominieren. Tatsächlich scheinen wir richtig vermutet zu haben, denn die „Verl. Volksz.“ berichtet: „Der Chefredakteur der „Post“ ist inzwischen demütigt gewesen, zugunsten der „National-Ztg.“, als deren Geschäftsführer und redaktioneller Leiter er nach dem Uebergange des Blattes fungieren wird, einen Garantiefonds zusammenzubringen. Er hat dieserhalb unter anderem eine Reise in das Großindustriellenrevier des Westens unternommen, anscheinend mit dem gewöhnlichen Erfolge, so daß die Vergütung des von Herrn Wartling in die „National-Zeitung“ hineingesteckten Kapitals von etwa 600 000 Mark sichergestellt, zugleich aber auch die „National-Zeitung“ endgültig der Leitung des Chefredakteurs Kronsbain von der freikonser vativen „Post“ überantwortet wird. Nach der von den bisherigen Redakteuren der „National-Zeitung“ abgegebenen Erklärung ist nicht anzunehmen, daß auch nur einer von ihnen sich der Leitung des Herrn Dr. Kronsbain unterstellen wird.“

Zur Eulenburg-Affäre.

Wie einige Blätter zu berichten wissen, bessert sich das Befinden des Fürsten Eulenburg immer mehr, so daß die Ueberführung des Fürsten nach dem Moabitler Untersuchungsgefängnis noch in diesem Monat erfolgen dürfte. Vorausgesetzt, daß der Gesundheitszustand des Fürsten gut bleibt, soll die Verhandlung gegen den Fürsten in der Weimarschloßstraße noch vor Eintritt der Gerichtsferien stattfinden.

Die betreffenden Blätter scheinen an übermäßigem Optimismus zu leiden. Wir zweifeln nicht daran, daß sich zu gelegener Zeit der Gesundheitszustand Sr. Durchlaucht wieder verschlechtern wird. —

Oesterreich-Ungarn.

Der bewiesene Hungerstreik.

Der bekannte polnische Dichter Henryk Sienkiewicz mußte sich in den letzten Tagen vor dem Wiener Schwurgericht wegen Verleumdung verantworten. Ihn hatten fünf russische Studenten verklagt, weil Sienkiewicz behauptet hatte, der Hungerstreik der wegen der Demonstrationen an der Vemberger Universität verhafteten russischen Studenten sei nur eine Komödie gewesen. Die „Hungernden“ hätten sich in Wirklichkeit Broten und Wein, den ihre Bekannten gebracht hätten, recht gut schmecken lassen. In der Verhandlung wurde aber festgestellt, daß die Studenten wirklich alle Speisen zurückgewiesen hätten. Der Gefängnisarzt mußte bei vielen Streikenden Erschöpfungszustände konstatieren. Vermutlich wurden die Streikenden deshalb auch aus der Haft entlassen. Sienkiewicz wurde schließlich zu 300 Kronen Geldstrafe event. 30 Tagen Arrest sowie zur Tragung der Kosten verurteilt.

Gegen die tschechischen Nabaubrüder.

Wien, 19. Mai. (B. Z. N.) Abgeordneter Ramec. Vor Schluß der Sitzung brachte der Sozialdemokrat Ramec den gestern abend in Prag auf den böhmischen Sozialdemokraten Svoboda von den tschechischen „Nationalsozialen“, die den Abgeordneten Mlojac zur Wahl brachten, unternommenen Ueberfall zur Sprache. Mehrere böhmische Sozialdemokraten stürzten sich gegen die Bank, auf der Mlojac sich befand, und versuchten, auf ihn einzudringen. Es gelang jedoch, Täuschlichkeiten zu verhindern. Nach einer langen tumultuarischen Szene sprach Präsident Weiskirchner sein tiefstes Bedauern über den Vorfall sowie darüber aus, daß politische Kämpfe nicht mit den Waffen des Geistes ausgetragen werden. Er erklärte, den Fall der Obmannkonferenz unterbreiten zu wollen und an sie zu appellieren.

auf die Klubgenossen im Sinne des Friedens und der Versöhnung einwirken zu wollen. Mlojac erklärte, er sei gegen Feinde nicht loyal gewesen. Er habe den Vorfall selbst mißbilligt.

Frankreich.

Freundschafts Abbitte.

Paris, 19. Mai. Deputiertenkammer. Gauthier de Clagny (Nationalist) interpellierte wegen der Unter schrift des Ministers Briand unter dem Aufruf der sozialistischen Vereinigung der Loire, der die kollektivistischen Grundsätze empfiehlt. Minister Briand erinnerte daran, daß er schon erklärt habe, niemand sei befragt gewesen, seine des Ministers Unterschrift unter diesen Aufruf zu setzen. Schließlich wurde die einfache Tagesordnung durch Handaufheben angenommen. — Dann nahm die Kammer die Erörterung über die Einkommensteuer vor. Lage wieder auf. Pelletan bekämpfte die Freilassung der Rente von der Steuer.

Italien.

Der Agrarstreik.

Troß mehr als 14tägiger Dauer währt der Streik der Landarbeiter in der Provinz Parma ungebrochen fort. Die Streikenden haben, um länger aushalten zu können, ihre Kinder zu Arbeiterfamilien nach Liguria und Venetien geschickt. Der Präsekt hat zwar im Einverständnis mit Giolitti einen Schiedsgerichtsvertrag ausgearbeitet, der auch die Zustimmung der sozialistischen Kammerfraktion gefunden hat, aber die Einigung ist vorläufig wieder gescheitert.

Unterdessen gewinnt die Bewegung neue Ausdehnung. In der Provinz Piacenza haben die Landarbeiter gleichfalls den allen gemeinsamen Ausstand erklärt. Es handelt sich um einen Sympathiestreik. Die Besten haben nämlich zahlreiche Arbeitskräfte nach der Provinz Parma geschickt, um den dortigen Gutsbesitzern Hilfe zu leisten. —

England.

Die Unterrichtsbill.

London, 18. Mai. Im Unterhause beantragte der frühere Präsident des Unterrichtsamts, jetzt Erster Lord der Admiralität, Mr. Kenna die zweite Lesung des Unterrichtsge setzes, welche drei Tage dauern soll, und erklärte, daß die Regierung ernstlich eine Einigung über das Gesetz wünsche.

Gegen den Fleischtraß.

London, 18. Mai. Im Unterhause fragte Boverman (Arbeiterpartei) an, ob es richtig sei, daß die Armour Company in Chicago eine Million Pfund neues Kapital einberufen wolle, um in London und in der Provinz Geschäfte für den direkten Fleischverkauf an die Konsumenten einzurichten und so die Marktgebühren in Smithfield zu vermeiden, und ob die Regierung beabsichtige, vorbeugende Maßnahmen gegen diesen Plan zu ergreifen, der das Geschäft der englischen Schlächter und Fleischverläufer zerstören würde. Handelsminister Churchill erwiderte, er höre von der Armour Company, daß sie kein neues Kapital einberufen und nicht die Absicht habe, Kleinverkaufsstellen in London oder in der Provinz einzurichten.

Rußland.

Die deutsche Polizei — Stolypins Ideal!

Petersburg, 18. Mai. Die Reichsduma verhandelte heute über die Interpellation betreffend Finnland. Ministerpräsident Stolypin wies in längerer Rede, die häufig von stürmischem Beifall des Zentrums und der Rechten unterbrochen wurde, auf die komplizierte historische Entwicklung der finnländischen Verfassung hin und erklärte, die Komplikation liege darin, daß die Finnländer ihre vom Kaiser Alexander I. proklamierten Rechte als Recht eines selbständigen Reiches, nicht aber ausschließlich im Sinne innerer Autonomie auslegen. Aufgabe und Bestreben der Regierung sei, zusammen mit der Reichsduma, Finnland als in das russische Reich einberleibte und von ihm untrennbare Provinz zu festigen, gleichzeitig jedoch Finnlands innere Gesetzgebung unantastbar aufrecht zu erhalten. In Rußland gehe Gewalt nicht vor Recht (!), Rußland und Finnland hätten aber eine einheitliche Regierung.

Im übrigen drachte Stolypin ganz nach der Manier der Czaren alle möglichen Beschuldigungen gegen Finnland vor, um so für die geplante Unterdrückung der finnländischen Freiheiten Stimmung zu machen. Er beschuldigte die finnländische Polizei, den russischen und finnländischen Revolutionären viel zu große Freiheit gewährt zu haben und erklärte — wie wir denken mit Recht — die deutsche Polizei sei viel eher bereit, die russische Polizei zu unterstützen als die finnländische.

Die Rede fand bei der reaktionären Dummheit viel Anklang. Die Diktatoren waren so entzückt, daß sie ihre Interpellation zurückzogen. Sogar die Rechte, die in der Rede mit Recht eine Ankündigung neuer Einschränkungen der Selbstständigkeit Finnlands erblickte, war befriedigt.

Die Mafseier.

Soweit Nachrichten vorliegen, wurde die Mafseier in folgenden Städten durch Arbeitseinstellung be gangen:

Petersburg. Die Gesamtzahl der Streikenden belief sich auf ca. 40 000. Es streikten fast alle Fabriken an der Moskauer Fronte, auf der Wyborger Seite, die Sestroretskwerke, die Fabriken von San-Galli, Tillmans, Westinghausen, Artur Koppel, „Phönix“ usw.

Moskau. Es streikten alle Druckerien, mit Ausnahme der reaktionären „Moskowskaja Bedomost“. Keine Zeitung ist erschienen. Die Zahl der streikenden Fabrikarbeiter ist noch nicht festgestellt.

Nach Angaben der offiziellen Telegraphenagentur fanden Arbeitseinstellungen statt: in Rebal, Saratow, Smolensk, Nowosibirsk, Wologda. In Drenburg streikten mehrere Fabriken und die Eisenbahnwerkstätten, in Simferopol — ein bedeutender Teil der Arbeiter, in Kerisch — die Arbeiter der Fabrik von Duschtab.

Türkei.

Die Armenier.

Konstantinopel, 19. Mai. Nach einer konsularbesuche aus Ban vom 17. Mai hat sich die kritische Lage dortselbst verschärft. Die türkischen Beamten, welche die letzten Passafers verschuldet haben und deren Entfernung von russischer und englischer Seite angetrieben worden ist, wurden bisher nicht entsetzt. Der Vozar ist gesperrt. Der armenische Stadtrat wurde von Truppen eingeschlossen. Man verlangt die Auslieferung der Komitatshis und der Waffen.

Indien.

Der Grenzriegel.

Die „Strafexpedition“, die die Engländer gegen die aufständischen Mohmands unternommen haben, fordert große Opfer. Der Grenzriegel in dem gebirgigen Terrain bietet den ausgegriffenen Bergklammen zahlreiche günstige Gelegenheiten zu erfolgreichen Ueberfällen. Dazu kommt, daß unter den englischen Truppen die Cholera ausgebrochen ist und bereits 27 Todesopfer gefordert hat. Heute kommt auch die Nachricht von neuen Kampferlusten. Aus London, 19. Mai wird telegraphiert:

Wie das Reutersche Bureau aus Kalka meldet, rückte die Brigade des Generals Barrett bis zum Vohodag-Tale vor und stieß dabei auf hartnäckigen Widerstand. Die Verluste betragen 20 Mann.

Marokko.

Die Pariser Gesandten.

Paris, 19. Mai. Die hier weilenden Abgesandten Mulay Hafids beabsichtigen, heute der Botschaft der Vereinigten Staaten, sowie auch den Botschaften Portugals und Schwedens ein Schreiben zu überreichen, in dem die in fest erfolgter Ausdrucksform Mulay Hafids zum Sultan bekannt gegeben wird.

Spanier und Franzosen.

London, 19. Mai. „Morningleader“ meldet aus Tanger: Gerüchlicherweise verlautet, daß ein neuer Zusammenstoß zwischen spanischen Soldaten und französischen Spahis stattgefunden hat, wobei drei Spanier, darunter ein Kapitän, getötet worden seien.

Die Stellung Englands zu Mulay Hafid.

London, 19. Mai. Unterhaus. In der heutigen Sitzung fragte Ashley (L.), ob Gesandte Mulay Hafids im auswärtigen Amt um eine Audienz nachgesucht hätten. Grey erwiderte, daß es nicht der Fall gewesen sei. Ashley hat ferner um Auskunft darüber, ob es die Absicht der Regierung sei, Mulay Hafid als Sultan anzuerkennen, wenn dieser, der bereits Marokko in Besitz habe und sich auf dem Wege nach Fes befinde, in Fes seinen Einzug halte. Der Staatssekretär entgegnete, er sei nicht davon unterrichtet, daß irgendein Ereignis eingetreten sei, um es zu rechtfertigen, daß die Regierung einem derartigen Plan näher trete. Schließlich fragte Ashley noch, mit wem der Staatssekretär verhandeln wolle, wenn es notwendig werden sollte, mit der Regierung von Marokko in Unterhandlungen zu treten, und wenn er mit Hafid nicht verhandle. Der Staatssekretär erwiderte, England könne nicht mehr als einen Herrscher auf einmal anerkennen. (Gelächter.)

Gewerkschaftliches.

Praktische Sozialpolitik im Verein für Unfallverletzte!

Ueber dieses Thema sprach am Montag in einer Allgemeinen Bürstenmacher-Versammlung, die im „Englischen Garten“ stattfand, der Branchenleiter Schmalbach. Zu dieser Versammlung war auch der Vorstand des Vereins, dem unter anderem auch die Herren Ragistratrat v. Schulz und Regierungsbaumeister Eisner angetreten, eingeladen, aber nicht erschienen. Der Referent schilderte die Entwicklung des Vereins und hob hervor, daß die Bürstenmachergesellen in den ersten Jahren gegen die Tätigkeit des Vereins nichts einzuwenden hatten, da ja laut Arbeitsordnung der bestehende Tarif bezahlt wurde. Diese Verhältnisse haben sich aber in den letzten beiden Jahren zu Ungunsten der beschäftigten Unfallverletzten als auch der in den andern Betrieben arbeitenden Bürstenmacher geändert. Die Akkordpreise wurden nach und nach bei einigen Artikeln bis zu 40 Prozent herabgesetzt. Die fertige Ware wird dann zu äußerst niedrigen Preisen an einen Unternehmer (Schächter, Warschauer Straße) geliefert. Da in Berlin nur etwas über 100 Bürstenmacher solche Waren anfertigen, wie sie von circa 30 Unfallverletzten hergestellt werden, ist es ohne weiteres klar, daß der Verein für Unfallverletzte einen großen Einfluß auf die Verhältnisse in der Berliner Bürstenindustrie hat.

Auch in hygienischer Beziehung bleibe dort viel zu wünschen übrig, so müssen die Leberkleider frei in den Arbeitsräumen hängen, die Waschelegenheit sowie die Abortverhältnisse lassen viel zu wünschen übrig.

Die Behandlung der Arbeiter hat sich ebenfalls im Laufe der Jahre verschlechtert. Ein Arbeiterausschuß, der vor mehreren Jahren gewählt wurde, ist wieder aufgehoben worden, weil er den Erwartungen des Herrn Regierungsbaumeisters Eisner nicht entsprochen hat, das heißt, nicht zu allem Ja und Amen sagte. Habe von den Unfallverletzten einmal jemand Einwendungen zu machen, dann wird ihm erklärt, wenn's nicht paßt, der kann gehen. Diese Zustände entsprechen durchaus nicht dem, was man von einem humanitären Verein, an dessen Spitze Männer wie Herr v. Schulz stehen, erwarten sollte. Im Oktober v. J. kam es sogar soweit, daß 15 Unfallverletzte die Arbeit niederlegten, weil ihnen, als sie wegen der vorgenommenen Abzüge vorstellig wurden, Herr Regierungsbaumeister Eisner erklärte: Wenn's nicht paßt, der möge doch gehen. — Erst nach 12tägigem Streit war es möglich, die Leute wieder in die Werkstatt hineinzubringen, allerdings ohne irgendwelche nennenswerten Zugeständnisse erreicht zu haben. Nachdem im Februar dieses Jahres von Seiten des Branchenleiters Rücksprache mit dem Vorstand des Vereins genommen war, wurde den Bürstenmachern eine Verbesserung der Verhältnisse in Aussicht gestellt, am 21. April wurde der Branchenleiter aber in einem Schreiben mitgeteilt, daß diesem Wunsch auf Grund eines Beschlusses der Hauptversammlung des Vereins nicht entsprochen werden könne.

Der Referent sprach sein Bedauern über das Verhalten des Vorstandes aus und forderte die Versammlung auf, die Branchenleitung in ihrem Bestreben, die Verhältnisse im Verein für Unfallverletzte so zu bessern, daß man ihn auch als einen wirklich humanitären Verein ansehen könne, zu unterstützen. In der Diskussion bestätigten mehrere Unfallverletzte die Angaben des Referenten. Den Herren Arbeitgebern, von denen ebenfalls einige anwesend waren, schien es unglaublich, daß derartige Zustände wissentlich vom Vorsitzenden des Vereins, Herrn v. Schulz, gebuldet werden könnten. Herr Fabrikant M. Herz meinte, daß der Tarif für die minderereverbsfähigen Unfallverletzten viel zu niedrig sei, man könne nur dann von humanitären Grundätzen des Vereins reden, wenn er höhere Preise, als der Tarif vorsieht, bezahle. Gegen die Minderbezahlung müsse von allen Beteiligten energisch protestiert werden.

Es gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die allgemeine Branchenversammlung der Bürstenmacher Berlins verkennt keineswegs den humanitären Charakter des Vereins für Unfallverletzte, mißbilligt aber die Verhältnisse in der Werkstatt des Vereins und erblickt in der Minderbezahlung der dort Beschäftigten eine schwere Schädigung aller Beteiligten unseres Berufes. Die Versammelten erwarten vom Vorstand des Vereins, daß er die Verhältnisse bessert und die Lohnverhältnisse nach dem örtlichen Tarif vom 4. Dezember 1906 regelt.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifrage bei den Kohlegern.

Eine sehr gutbesuchte Mitgliederversammlung der Kohleger und Helfer des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschäftigte sich am Sonntag im großen Saal des Gewerkschaftshauses mit der Tarifrage. Der Referent Handke führte unter anderem dazu aus: Da zum 1. September dieses Jahres der Tarif abläuft, so sei es notwendig, daß wir uns als organisierte Kohleger und Helfer damit beschäftigen. Das sei auch schon von den Kollegen gewünscht worden, und zwar um so mehr, als von anderer Seite (Wiesenthal usw.) schon lange, bevor die Kollegen es wünschten, die Tarifrage behandelt worden sei. Unsere Agitationskommission als auch unsere Ortsverwaltung habe gewichtige Gründe gehabt, mit Vorschlägen, die Stellungnahme zum Tarif betreffend, nicht allzu früh hervorzutreten. Er erinnere an die

Verhandlungen im Wägenwerke, die sich lange hingogen, und daran, daß der Himmel dort lange voll trüber Wolken war. Man wußte nicht, ob es zum Abschluß eines Tarifs oder zum Kampf im Wägenwerke komme, und das hätte doch für unsere Stellungnahme zum Tarif wenigstens mitbestimmend sein können. Aber auch noch andere Gründe seien maßgebend gewesen. Man habe, bevor man nicht kurz vor der Kündigungsfrist stand, keine Veranlassung gehabt, in irgendeiner Weise den Arbeitgebern, das heißt den wirtschaftlichen Gegnern, unsere Mittel zu erkennen zu geben. Damit habe man im Interesse der Organisation gehandelt. — In der Vertrauenskörperschaft und in Kollegenkreisen sei der Gedanke aufgetaucht, daß wegen der Verteuerung aller Lebensbedingungen die materielle Lage durch den Tarif für die Kollegen bedeutend gebessert werden müsse. Das sei durchaus verständlich, wobei auch noch zu beachten sei, daß in einer ganzen Anzahl von Branchen der Bauarbeiter höhere Löhne gezahlt würden, als den Kohlegern und Helfern. Eine Reihe von Paragraphen seien verbesserungsbedürftig. Zweifellos treffe das zu auf die Verdienste, welche § 4 vorsehe. Auch werde es notwendig sein, präzisere Vorschriften über die Arbeitszeitverlängerung in schlechter Geschäftszeit zu treffen. — Die Arbeitgeber glaubten augenscheinlich, Nutzen ziehen zu können aus der Zersplitterung der Arbeiterschaft im Kohlegewerbe. Von der Innung in Charlottenburg, von der Innung in Berlin und vom Arbeitgeberverband zu Berlin seien bei der Geschäftsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Ortsverwaltung Berlin) unter dem 8. und 9. Mai Tarifrundungen eingelaufen. Es sei klar, daß die Leitungen dieser Arbeitgebervereinigungen sich gegenseitig verständigt hätten. Und klar sei es auch, daß die Arbeitgeber darin einig seien, durch die Kündigung des Tarifs Vorteile für sich herauszuschlagen. Wenn die Zersplitterung im Kohlegewerbe nicht vorhanden wäre, hätten es sich die Arbeitgeber nicht nur einmal, sondern zweimal überlegt, ob sie kündigen sollten oder nicht. Sicher habe auch beigetragen zu der Entschlußfassung der Arbeitgeber der Umstand, daß der Allgemeine Verband (Wiesenthal) ihnen Vorteile gewissermaßen auf dem Präsentierteller in Form von Vorschlägen für einen Akkordtarif entgegenbringe. Das habe die Unternehmer auch ermutigt, unter allen Umständen zu versuchen, eine Verschlechterung der Lage der Kollegen herbeizuführen. Die Herren vom Wiesenthalschen Verband, die solche taktische Unklugheit begangen hätten, spielten sich als die eigentlichen Vertreter der Kollegen auf. Redner wüßte nur, sie und die Arbeitgeber könnten diese zahlreich besuchte Mitgliederversammlung der Kohleger und Helfer des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht. Ende des Jahres 1907 habe der Verband 1430 zahlende Mitglieder aus dieser Branche gehabt, inzwischen seien noch etwa 300 hinzugekommen und die Zahl der Leberkleider aus dem Allgemeinen Verband sei noch lange nicht abgeschlossen. Alle Versuche des Allgemeinen Verbandes, Vertreibung zu erzielen, seien erfolglos. — Was nun die Kündigung der Unternehmer und die Stellungnahme des Verbandes betreffe, so sei zu beachten der § 30 des Tarifs, wonach sofort nach Kündigung des Tarifs die Schlichtungskommission einen neuen Tarif vorzubereiten habe. Mit der Anerkennung des Tarifs sei auch dieser Paragraph anerkannt worden. Aus diesem Grunde sei es nötig, daß jetzt erst Beratungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern eintreten müßten. Da werde man ja hören, was die Arbeitgeber beabsichtigten. Nach einer Berichterstattung darüber könne sich dann die Kollegschaft entschließen. Das aber könne er schon heute namens der Agitationskommission und der Organisationsleitung versichern, und es sei keine Phrase: Man werde alles daran setzen, Verschlechterungsversuche der Arbeitgeber abzuwehren und im Gegenteil einen besseren Tarif zu erringen, wenn die Kollegschaft geschlossen hinter der Organisation stehen wolle. — Es sei auch jetzt noch Zeit, die infolge der Zersplitterung Organisationsunlustigen zum Verband heranzuziehen. — Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Namens der Vertrauensmännerkonferenz und der Agitationskommission empfahl der Referent folgende Resolution:

Die Versammlung der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Kohleger und Helfer Berlins und Umgegend nimmt Kenntnis von der Kündigung des Tarifs seitens der Arbeitgeber und beauftragt die Schlichtungskommission, in geeigneter Weise auf Grund des § 30 des gegenwärtigen Tarifs Verhandlungen mit der Organisation der Arbeitgeber anzubahnen. Wenn die Arbeitgeber zwecks Abschlußes eines neuen Tarifs bereit sind, mit unserer Vertretung der Kohleger und Helfer zu verhandeln, dann muß von der Agitationskommission respektive der Ortsverwaltung eine Versammlung einberufen werden, wo eine diesbezügliche Vorlage unterbreitet oder die Absicht der Arbeitgeber mitgeteilt wird. Sollten die Arbeitgeber etwaige Verhandlungen ablehnen und keine Verbesserungen zubilligen, sondern Verschlechterungen beabsichtigen, dann verpflichten sich die Versammelten, mit aller Energie derartige Verschlechterungen zu verhindern, und lehnen die Verantwortung für etwa aus der Haltung der Arbeitgeber sich ergebende Folgen ab.

Es fand eine lebhafteste Diskussion statt, die sich im wesentlichen in den Bahnen des Referats bewegte. Herr u. a. hob noch hervor, daß der Allgemeine Verband (Richtung Wiesenthal) es sogar schon so weit gebracht habe, sich mit den Christlichen zu paaren. Man habe sich dort eine Tarifrundung gewählt und in dieser habe ein Vertreter der Christlichen. Und die Christlichen hätten ein Flugblatt herausgegeben, das sich gegen den Deutschen Metallarbeiterverband mit allerlei Verdrehungen und Unrichtigkeiten wende; wenn man das Blatt ansehe, dann komme man zu der Ueberzeugung, es sei in der Uckerstraße geschrieben. — Verschiedene Redner ermahnten die Mitglieder, Versammlungen der Wiesenthalschen Richtung nicht mehr zu besuchen, aber an allen Werkstatteversammlungen teilzunehmen, von welcher Seite sie auch einberufen würden. Cohen, der Vorsitzende der Ortsverwaltung, bemerkte dazu noch: Wenn von irgendeiner Seite Werkstatteversammlungen einberufen würden, dann sollten die dort beschäftigten Mitglieder sofort ihren Branchenvertreter oder das Bureau benachrichtigen, entweder persönlich oder telefonisch, damit ein Vertreter ihrer Richtung zugegen sein könne. Der Redner betonte im Laufe seiner Ausführungen: Den Kollegen, die sich vertrauensvoll dem Deutschen Metallarbeiterverband angeschlossen haben, werde dieser beweisen, daß sie sich in ihrem Vertrauen nicht getäuscht hätten.

Die Versammlung nahm die oben wiedergegebene Resolution einstimmig an und beschloß einstimmig noch folgendes:

Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Erklärungen des Kollegen Dannenberg, daß die Wiesenthalsche Schlichtungskommission die einzige maßgebende Körperschaft sei, welche beauftragt wäre, einen Lohnstarif für die Kohleger und Helfer abzuschließen. Die Versammelten erklären, daß die Wiesenthalsche Schlichtungskommission ihr Vertrauen nicht mehr besitzt und daß im Gegenteil die Leute durch ihr Verhalten in den letzten Monaten und durch das Zusammengehen mit den Christlichen gezeigt haben, daß sie nicht mehr auf dem Boden der Klassenbewußtsein organisierten Arbeiterschaft stehe.

Zur Ergänzung der Agitationskommission wurden Cordts und Hein gewählt.

Die Bewegung der Glaser.

Der Zentralverband der Glaser nahm in einer Mitgliederversammlung, die am Montag im Gewerkschaftshaus stattfand, Stellung zu den Vorschlägen der Unternehmer, einen neuen Tarifvertrag betreffend. (Die Vorschläge sind in dem Bericht über die Tarifverhandlungen von der Lohn- und Schlichtungskommission im „Vorwärts“ bereits veröffentlicht worden.) Der Vorsitzende Jah n erstattete Bericht über die Verhandlungen und eröffnete die Diskussion über den Tarifvertrag, die er von den Unternehmern vorgelegt worden ist. Die Verschlechterungen in der Vorlage wurden scharf kritisiert. Manche Kämpfe habe es gefostet, die so schädliche Akkordarbeit zurückzubringen und jetzt solle sie sogar tariflich festgelegt werden. Sehr bedauerlich sei

es schon, daß so viele Kollegen unter den jetzigen Verhältnissen Akkordarbeit leisten. Daß nun aber sogar die Akkordarbeit der „freien Vereinbarung“ überlassen bleiben soll, das sei unmöglich gutzuheißen. Der Abschluß des Vertrages zum 1. April 1910 müsse bekämpft werden, weil gerade die Konjunktur zu dieser Zeit sehr schlecht sei und die Unternehmer dadurch eine zu große wirtschaftliche Uebermacht gewinnen. Einige Redner waren gegen die Akkordarbeit auch dann, wenn ein annehmbarer Akkordtarif festgesetzt würde, weil sich immer wieder Kollegen finden, die unter diesen Preisen arbeiten würden; auch sei voranzusehen, daß die Zahl der arbeitslosen Kollegen sich dadurch vermehren werde.

Eine Lohnreduktion, die in der neuen Stoffelung liegt und in der Forderung der Mindestlohnleistung von 20 Quadratmetern pro Tag, könne man sich nicht gefallen lassen. Verschlechterungen des alten Tarifs dürfen unter keinen Umständen stattfinden.

Die Beteiligung an der Diskussion war eine sehr rege, aber nicht erschöpfend genug, um der Kommission Gelegenheit zu geben, die Ansicht der Mitglieder kennenzulernen und danach ihre Vertretung in der nächsten Sitzung der Lohn- und Schlichtungskommission einzurichten.

Der Vorschlag, eine öffentliche Versammlung aller Glaser Berlins zum nächsten Sonnabend einuberufen und gemeinsam den neuen Tarif zu beraten, fand allseitige Zustimmung.

Hervorgehoben wurde noch, daß wieder eine sehr energische Agitation entfaltet werden müsse, um die Organisation unter den Gläsern in Berlin zu stärken und wenn möglich einheitlich zu gestalten.

Das gesamte Personal der Buchdruckerei „Deutscher Verlag“, in deren Eigentum sich das „Deutsche Blatt“ befindet, hielt die Tage eine Versammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Von allen Abteilungen wurde Klage geführt über das wenig einträgliche Verfahren der Geschäftsleitung, die Löhne auf ein möglichst niedriges Niveau zu drücken. Sehr häufig auch mühten Klagen angebracht werden, um das Geschäft zur Innehaltung der mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossenen Tarife zu bewegen. Es wurde in der Versammlung Mitteilung davon gemacht, daß die Geschäftsleitung auch in diesem Jahre wieder abgelehnt hat, dem Personal Ferien zu gewähren. Im „Deutschen Blatt“, dessen Leser zum großen Teil in der Arbeiterschaft zu suchen sind, wird den Ferien für die Arbeiter warm das Wort geredet, aber im eigenen Hause — ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes. Von der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der sie ihr Bedauern darüber ausdrückt, daß die Geschäftsleitung dieser großen sozialen Frage so wenig Verständnis entgegenbringt. Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit der ungünstigen Arbeitszeit, die noch in den meisten Abteilungen besteht. Sie beträgt mit Pausen 10½ Stunden. Rechnet man dazu je 1 Stunde für den Weg zum und vom Geschäft, so bleibt für die Familie und für Weiterbildung oder sonstige Betätigung keine Zeit mehr übrig. Der Arbeiterausschuß wurde von der Versammlung beauftragt, bei der Geschäftsleitung wiederholt vorstellig zu werden, die englische Arbeitszeit einzuführen. Nachdem noch einige Mißstände in sanitärer Beziehung zur Sprache gebracht worden, besonders die unzureichenden Vorrichtungen zur Lüftung der Arbeitsräume, wurde die Versammlung geschlossen.

Deutsches Reich.

Eine faule Streifbrotfabrik.

Als im Jahre 1905 in Magdeburg ein Tischlerstreik ausbrach, arbeitete der unorganisierte Tischler August Neubauer weiter. Nach Beendigung des Streiks strengte Neubauer gegen den Holzarbeiterverband eine Entschädigungsklage auf 1137,50 M. an. Er behauptete, in einer Versammlung des Holzarbeiterverbandes und später auch an anderen Orten sei erklärt worden, daß man die Streifbrotfabrik aus der Arbeit bringen würde, sobald die Tischlermeister wieder in voller Arbeit ständen. Besonders habe man ihn, Neubauer, aufs Korn nehmen wollen. Die dahingehende Tätigkeit des Bevollmächtigten des Holzarbeiterverbandes habe denn auch zur Folge gehabt, daß er mehrfach seine Arbeit bei verschiedenen Meistern verloren und andere dauernde Arbeit nicht wieder gefunden habe.

Das Landgericht Magdeburg wies Neubauer mit seiner Klage ab und das Oberlandesgericht Naumburg hat sich dieser Entscheidung angeschlossen. Der Kläger habe nicht nachzuweisen vermocht, daß der Bevollmächtigte des Holzarbeiterverbandes gegen die guten Sitten verstoßen habe, obwohl in einigen Fällen festgestellt worden sei, daß er, Kläger, infolge der Tätigkeit des Bevollmächtigten seine Arbeit wieder ausgeben mußte. Daraus lasse sich zwar entnehmen, daß dem Kläger die Wertverwertung seiner Arbeitskraft erschwert worden sei, aber die Erschwerung war nicht derartig, daß sie einer Verurteilung oder auch nur Gefährdung seiner wirtschaftlichen Existenz gleichkam. Besonders befähigt werde das durch das Zeugnis eines Tischlermeisters, der Neubauer vier Monate beschäftigt und nur entliehe, weil er oft zur Arbeit zu spät kam und zu faul war. Neubauers Klage sei daher ungerechtfertigt und insolge dessen abzuweisen.

Zur Tariffbewegung im Malergewerbe.

Eine am Sonntag in Essen abgehaltene Konferenz des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Linder und Weichbinder (Bezirk IV) nahm zu dem unter der Leitung der Herren v. Schulz, Dr. Bremer und Dr. Wiedfeldt zustande gekommenen „Normal-Tarifvertrag“ Stellung. Insbesondere hatte sich die Konferenz mit der Tarifdauer zu beschäftigen, da verlangt wird, daß alle in Deutschland nach dem 1. Mai 1908 ablaufenden Tarife ohne jede Aenderung bis zum 1. Dezember 1909 zu verlängern sind. Da der im Jahre 1907 für Rheinland und Westfalen abgeschlossene Tarifstarif am 31. Dezember 1908 abläuft, hängt es von der Verlängerung ab, ob alle in diesem Jahre abgeschlossenen Tarife bis Ende 1909 Gültigkeit haben.

Eingehend berichtete der Bezirksleiter über die in Berlin stattgefundenen Verhandlung und erläuterte die Gründe, welche die Organisationsleitung veranlassen, die Verlängerung zu empfehlen. Nach einer regen, scharf einsetzenden Debatte wurde durch namentliche Abstimmung beschlossen, die Verlängerung der Tarife bis Ende 1909 in den zu diesem Zwecke einuberufenen Mitgliederversammlungen den Kollegen zur Annahme zu empfehlen. Für die Annahme stimmten 26 Delegierte, welche 2991 Mitglieder vertraten und dagegen stimmten 18 Delegierte mit 1144 Mitgliedern.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Drei Verweise.

Berlin, 19. Mai. (W. S.) Vor dem Ehrengericht der hiesigen Börse fand heute die Verhandlung gegen den Finanzschriftsteller Bruno Buchwald und die beiden Mitangeklagten William Karunkelstein und Otto Schabrock statt. Die Angeklagten sollen bekanntlich mit materiellen Mitteln Angestellte von Kurwmaklern zur Mitteilung der an der Börse getätigten Umsätze veranlaßt und diese Mitteilungen nachher schriftstellerlich verwerthet haben. Sämtliche Anklage erhielten nach längerer Verhandlung einen Verweis.

Die Pest in Venezuela.

Paris, 19. Mai. (W. S.) „New York Herald“ berichtet aus New York:

Der amerikanische Gesandte in Venezuela, welcher nach New York zurückgekehrt ist, erklärt, die durch den Ausbruch der Pest in Caracas geschaffene Lage sei schlimmer, als man vermute. Man spreche von 50 bis 70 Toden in La Guayra. Ebenso werden drei Pestfälle aus Caballo gemeldet. Trotzdem behauptet die venezolanische Regierung, daß die hygienischen Verhältnisse im Lande befriedigend seien.

Zu Demonstrationen in Schweden.

Washington, 19. Mai. (W. S.) Eine angesehene Persönlichkeit teilte mit, daß er erwäge, im Falle seiner Wahl den Vorkämpfer Hill als Staatssekretär an die Spitze des Kabinetts zu stellen.

Parteigenossen!

Achtung! Am Sonntag, den 24. Mai, von früh 8 Uhr an, findet an allen Orten Groß-Berlins (mit Ausschluß des Landtagswahlkreises Ober- und Nieder-Barnim eine

Flugblattverbreitung

von den bekannten Stellen aus statt. Es versteht sich von selbst, daß kein Parteigenosse bei dieser so wichtigen Aktion fehlt, damit die Arbeit prompt und rasch erledigt wird.

Der Zentralvorstand.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 16. Mai 1908.

Geschäftsbericht des Rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats. — Steigerung des Brennmaterialienverbrauches der Hüttenwerke. — Bedrückung der reinen Werke. — Verschlechterung am Arbeitsmarkt. — Rückgang des Verbandes des Stahlverbandes im April 1908. — Lebensmittelverteuerung.

Das Rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat hat dieser Tage seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1907 veröffentlicht. Wenn auch die Gesamtproduktionsziffern des vergangenen Jahres für Beurteilung der augenblicklichen Marktlage weniger in Betracht kommen, haben sie doch ein größeres volkswirtschaftliches Interesse; sodann gibt die Verschiebung im Absatz einen interessanten Beitrag zu den jetzt im Vordergrund der Diskussion stehenden Streitfragen zwischen reinen und gemischten Werken. Zunächst geben wir hier die Hauptzahlen aus dem Bericht.

Ende 1907 betrug die Gesamtbeteiligung der Syndikatsmitglieder 76 376 457 (i. B. 76 275 834 Tonnen), die rechnermäßige Beteiligung, d. h. die Gesamtsumme der den Syndikatsmitgliedern während der einzelnen Monate des Berichtsjahres zustehenden Beteiligungsdanteile belief sich in 1907 auf 76 468 610 Tonnen (i. B. 76 275 834 Tonnen). Für Köln betrug Ende 1907 die Gesamtbeteiligung 13 977 060 Tonnen (i. B. 12 981 933 Tonnen) und für Brielitz 3 212 810 Tonnen (i. B. 2 815 710 Tonnen), und die rechnermäßige Beteiligung besaßerte sich in 1907 für Köln auf 13 551 414 Tonnen (i. B. 12 618 494 Tonnen), sowie für Brielitz auf 2 988 150 Tonnen (i. B. 2 810 296 Tonnen). An Kohlen wurden von den Mitgliedern des Kohlen-Syndikats insgesamt 80 155 904 Tonnen (i. B. 76 631 431 Tonnen) gefördert. Davon wurden versandt 48 190 341 Tonnen, gingen in den Selbstverbrauch für Kokerien und Brikettanlagen über 30 240 171 Tonnen, dienten für eigene Betriebszwecke 3 552 083 Tonnen und für den Selbstverbrauch der eigenen Hüttenwerke 8 104 328 Tonnen. Der Koksabfall des Syndikats betrug 12 969 779 Tonnen (i. B. 11 812 246 Tonnen) und der Brikettabfall 2 792 390 Tonnen (i. B. 2 506 918 Tonnen). Die Gesamtzufuhr des Syndikats in Kohlen (Koks und Briketts in Kohlen umgerechnet) stellte sich in 1907 auf 12 446 371 Tonnen (i. B. 13 356 430 Tonnen).

Wesentlich des Selbstverbrauchs für eigene Hüttenwerke, der wie bereits vorstehend angegeben 8 104 328 Tonnen (im Vorjahre 8 308 314 Tonnen) betrug, wird in dem Jahresbericht hervorgehoben, daß hierbei die Mengen nicht berücksichtigt sind, welche die Hüttenzechen zwar für Hüttenwerke verbraucht, aber vom Syndikat zurückgekauft haben, weil sie andernfalls ihre Verpflichtung zur Lieferung der Beteiligungsziffer verletzt hätten. Unter Zuzurechnung dieser Mengen beträgt der Verbrauch der Hüttenzechen für eigene Hüttenwerke in 1907 9 433 022 Tonnen (i. B. 8 308 314 Tonnen).

Mit der letztjährigen Förderung von 80 1/2 Millionen Tonnen beherrschte das Syndikat 56 Proz. der gesamten Kohlenförderung Deutschlands. Im Jahre 1908 machte die Förderung des Syndikats erst 46 1/2 Proz. der Kohlenförderung im Deutschen Reiche aus.

Wie der Bericht erkennen läßt, ist der Verbrauch der Hüttenwerke wesentlich gestiegen, von 8 308 314 auf 9 433 022 Tonnen. Während die Gesamtförderungszunahme nur 4,6 Proz. beträgt, verbrauchten die Hüttenwerke, das heißt die mit Zechen verbundenen

Stahlwerke, gegen 1906 mehr: 1 124 708 Tonnen. Das ist eine Verbrauchssteigerung von 13 1/2 Proz. Zudem hat aber auch der Selbstverbrauch für die Kokerien und Brikettfabriken um fast zwei Millionen Tonnen zugenommen. Obwohl die Förderung der Syndikatszechen gegen das Vorjahr um 3 1/2 Millionen Tonnen stieg, brachten sie nur ganz geringe Mengen mehr an den freien Markt. Darin beruht zu einem guten Teil die Ursache des von den reinen Werken und anderen Verbrauchern so oft beklagten Kohlenmangels. Eine Vergleichung der Zahlen des Vorjahres mit denen von 1906 und 1908 ergibt dieses Bild:

Table with 3 columns: Year (1903, 1906, 1907), Item (Selbstverbrauch für Kokerien und Brikettfabriken, Selbstverbrauch der Hüttenwerke), and Value in 1000 Tons.

Gegen 1908 ist im letzten Jahre der Selbstverbrauch für Kokerien und Brikettfabriken um 45,5 Proz., und für die eigenen Hüttenwerke um 36 Prozent gestiegen. Von dem Mehrverbrauch für Kokerien und Brikettfabriken geht aber auch noch ein erheblicher Teil auf die Hüttenwerke.

Diese Verschiebung illustriert die Entwicklung in der Eisenindustrie. Die gemischten Werke drängen siegreich vor. Der Mehrverbrauch der Hüttenwerke an Brennmaterial ist größer als die Zunahme der Eisenproduktion in Deutschland; diese stellt sich für 1907 auf nur 30 Prozent gegenüber 1903. Die reinen Werke werden immer mehr zurückgedrängt und zwar nicht in freier Konkurrenz, mit der Waffe der überlegenen Technik und der wohlfeileren Produktion, sondern mit Hilfe der durch die Kohstoffverbände erlangten Macht. Die gemischten Werke haben für ihre Brennmaterialien, soweit sie nicht vom Syndikat zukaufen müssen, für diese wichtigen Rohmaterialien nur die Selbstkosten in ihre Gestehungskostenrechnung für Eisenerzeugnisse einzustellen, die gemischten Werke dagegen müssen die hohen Kohlen- und Kokspreise zahlen, wodurch ihr Selbstkostenkonto gegenüber den Hüttenwerken schon sehr ungünstig belastet ist. Durch den Stahlverband distillieren die gemischten Werke den Abnehmer ihrer Halbzeuge aber auch noch Preise, die, speziell bei niedrigerer Konjunktur, mit den Preisen von Fertigerzeugnissen nicht im Einklang stehen. Und es sind wieder die gemischten Werke, die, in Konkurrenz mit ihren Abnehmern von Halbzeug, die Preise für fertige Walzprodukte bestimmen. Kurzum sind die Verhältnisse so arg geworden, daß die reinen Werke die Ankerbetriebslegung ihrer Anlagen erwägen; falls ihnen nicht auf irgend eine Weise Hilfe wird, soll die Stilllegung alsbald erfolgen. So ohne weiteres dürfte es jedoch wohl nicht zur Ausführung des Gedankens kommen, denn für die Mehrzahl der reinen Werke würde die Betriebsauslegung nichts weniger bedeuten als: Torschluss für immer! Wie verlaunbar, haben die reinen Werke eine Aktion zugunsten einer Zollrevision ins Auge gefaßt. Die Zölle auf Eisen- und Stahlhalbzeuge sollen ermäßigt oder aufgehoben werden, um auf diese Weise der Auslandskonkurrenz die Einfuhr zu erleichtern und damit den Stahlverband zu zwingen, die Rohmaterialpreise besser den Fertigpreisen anzupassen. Wenn die reinen Werke nach dieser Richtung große Hoffnungen hegen, werden sie bittere Enttäuschung erfahren.

Vom Standpunkt des Arbeiterinteresses müßte eine plötzliche Stilllegung außerordentlich bedauert werden, denn sie würde die Beschäftigungslosigkeit vermehren, das Angebot auf dem Arbeitsmarkt anschwellen lassen. Hier haben sich ohnehin die Verhältnisse noch verschlechtert. In der Kleinereisenindustrie ist der Arbeitsstod zusammengeschnitten und neue Aufträge kommen nur wenig herein.

Der Bericht des Stahlverbandes über den Verlauf im Monat April bestätigt nun auch, daß die allgemeine Lage ungünstiger geworden ist. Der Versand in Produkten A, der im April 1907 481 934 Tonnen betrug, ist auf 371 956 Tonnen im vorigen Monat zurückgegangen. Gegen März d. J. beträgt der Minderbestand sogar 114 512 Tonnen gleich 23,5 Proz. Der stärkste Rückgang zeigt sich bei Formeisen. Folgende Zahlen zeigen das. Es wurden versandt:

Table with 3 columns: Item (Halbzeug, Formeisen, Eisenbahnmateriale), and Values for April 1902, April 1908, and in 1908 weniger.

In dem starken Rückgang bei Formeisen spiegelt sich die Unruhe am Baumarkt. Hier bleibt die Tätigkeit, trotz des zwischen Arbeitern und Unternehmern im Baugewerbe geschlossenen Friedens, hinter der vorjährigen zurück. Die Hoffnungen, den wirtschaft-

lichen Rückgang bald überwunden zu sehen, schwinden immer mehr. Ja es ist sogar zu befürchten, daß auch jetzt der Tiefstand noch nicht erreicht ist.

Zu der wenig erfreulichen Lage am Arbeitsmarkt gesellt sich nun eine weitere Verteuerung von Lebensmitteln. Nicht nur haben die Getreidepreise erneut angezogen, auch Schweinefleisch ist wieder teurer geworden. Ferner sind für andere Marktartikel die Preise gegen das Vorjahr gestiegen. Nach dem amtlichen Bericht der Berliner Markthallen-Direktion geben wir folgende Zusammenstellung über die Preisverschiebung bei verschiedenen Artikeln. Die Preise stellten sich wie folgt:

Table with 3 columns: Item, Price 1907, Price 1908. Lists various food items like Schweinefleisch, Rindfleisch, etc.

Demnach sind die Preise jetzt teilweise erheblich höher als im Vorjahre. Und gerade bei Schweinefleisch und der billigen Futterforie sind die Steigerungen am stärksten. Das hindert die kapitalistischen Spiegeleisler natürlich nicht, ungeübt über die Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu fabulieren.

XIII. Generalversammlung des Zentralverbandes der Lederarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 17. Mai 1908. (Eig. Ber.)

Im hiesigen Gewerkschaftshause wurde heute der 13. Verbandstag des Zentralverbandes der Lederarbeiter und Arbeiterinnen eröffnet, der eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hat.

Geschäfts- und Kassenbericht.

Die Berichte der Redaktion, der Preiskommission und des Verbandsauschusses liegen in einer 142 Seiten starken Broschüre gedruckt vor. Die Berichte erstrecken sich für die Zeit vom 1. Januar 1905 bis 31. Dezember 1907, also für drei Jahre.

In der Berichtsperiode fanden insgesamt 171 Bewegungen statt, und zwar 55 (32 Proz.) Streiks und Aussperrungen und 116 (68 Proz.) Bewegungen ohne Arbeitseinstellung. Die Gesamtzahl der Bewegungen hat sich gegen die vorige Berichtsperiode mehr als verdoppelt. Von den Streikenden und Aussperrten waren 2384 verbeitet und 5048 hatten schulpflichtige Kinder zu ernähren. Die Streiks und Aussperrungen erforderten für den Verband die enorme Ausgabe von 264 107 M. Durch die Streiks und Aussperrungen wurden erzielt: für 951 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 4468 Stunden pro Woche, oder für eine Person eine Arbeitszeiterhöhung von 4,6 Stunden pro Woche; 1807 Personen erhielten eine Erhöhung des Lohnes um 2174 M. pro Woche, was für eine Person eine Lohnerhöhung von 1,35 M. in der Woche oder 22,5 Pf. pro Tag macht.

Von den erwähnten 116 Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen waren 99 (85 Proz.) Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und 17 (15 Proz.) zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. In diesen Bewegungen waren insgesamt 7826 Personen beteiligt und wurden durch sie erzielt: für 6475 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 18 439 Stunden pro Woche, oder für eine Person um 3,3 Stunden wöchentlich; für 5069 Personen eine Lohnerhöhung um 6901 M. pro Woche, oder für eine Person um 1,36 M. wöchentlich, was einer Erhöhung des Lohnes um 22,8 Pf. pro Tag gleichkommt. Eine geplante Verschlechterung des Lohnes wurde für 104 Personen um 135 M. wöchentlich und eine Arbeitszeiterhöhung für 167 Personen um 601 Stunden pro Woche abgewehrt. Für 11 Personen trat eine Herabsetzung des Lohnes

mehr als einmal ist Valzac diesen Rettungspfad hinabgeschritten, um den drängenden Gläubigern oder den lästigen Besuchern der Verleger auszuweichen. Das kleine Antwesen sollte nun abgerissen werden und moderne nächtliche Bauten sollten an dieser Stelle, da Valzac seine „Arcule Mirouet“, seine „Robeste Rignon“, seine „Bayans“, seine „Splendeurs et Misères des Courtisanes“, seine „Cosine Bette“, seinen „Cousin Pons“ schuf, ehe er mit seinen beiden Töchtern auf kurze Zeit Paris verließ. Noch lebt, als Greis, die frühere Besitzerin des Antwens, die damals als kleines Mädchen den Dichter kannte und manchen Weg für ihn besorgte. Von ihr wurde das Haus erworben, in dem nun alle Valzac-Reliquien, seine Manuskripte und alles, was an das Leben des Dichters erinnert, vereinigt werden sollen.

Humor und Satire.

— Reue. Ein Bauer zum andern: „Herrgott... Herrgott! fakra, und grad i hält' vor sunsarzwanzg Jahr als Rnecht nach Staruberg kemma kinna!“

— Berliner Andacht. Am Golf von Neapel findet sich eine Gruppe zusammen, um den Sonnenuntergang über dem Meere zu beobachten.

Alles ist von dem großartigen Schauspiel hingerissen, und schweigend folgt man dem niedertauenden Sonnenball, bis er in den Fluten versunken ist. Auch dann noch waagt keiner, durch einen Ausbruch des Entzückens die Feier des Augenblicks zu stören. Lautlos will man einander anschauen — da hört man die Stimme des Rentiers Wasche aus Berlin: „Alles was recht ist, im Sonnenuntergang sin se uns über.“

— Rückkehr der Marokkaner aus Berlin: „O, mächtiger Allah, vergebens war leider unsere Bitte um Weistand, denn dort sieht's noch schlimmer als hier in Marokko! Bei uns haust nur der Nordbrenner Franzose, doch Deutschland straft Allah mit Wülow, Agrariern und preußischen Richtern!“

(„Simplizissimus“.)

Notizen.

— Zola in Japan verboten. Ein ungewöhnlicher Vorfall hat sich in Japan ereignet: Die Stellung des Premierministers ist erschüttert worden und er hat seinen Abschied nehmen müssen, weil er für ein Werk Zolas eingetreten ist. Der japanische Premierminister hatte eine besondere Vorliebe für Zola gefaßt. Als nun eine japanische Uebersetzung von „Paris“ erschienen sollte, schrieb der Minister eine Vorrede dazu, die in ein hohes Lob für Zola ausklang. Stumm aber war das Buch erschienen, so wurde auf persönlichen Befehl des Mikado von dem Minister des Innern die sofortige Unterdrückung des Werkes angeordnet, da in der Veröffentlichung dieses Werkes eine Gefährdung für die Ordnung und das Gemeinwohl“ zu erblicken sei. Der Premierminister mußte seine Entlassung verlangen, die ihm auch gewährt wurde. — In Preußen kann so etwas nur deswegen nicht vorkommen, weil es hier keine Minister gibt, die Zola lesen oder aar empfehlen.

Kleines feuilleton.

Die Herrscherjugenden Mulay Hafid. Deutschland ist nicht bloß das große Vaterland aller Bedientenseelen, es hat an dem Ruhme nicht genug, in der Fürstenbeiwandererei es mit den stärksten Vorbildern aller Zeiten anzunehmen, nein, wir haben eine so große Heberproduktion in dieser nationalsten aller unserer Industrien, daß wir exportieren müssen. Wir erstehen in dem Vorrat und der täglichen Förderung. Wir müssen Byzantinismus exportieren, so gut wie Koli, Zucker und Spielwaren. Aber der Absatzmarkt ist beschränkt. Die bekannteren monarchischen Länder sind längst von uns versorgt, die republikanischen Präsidenten, ja, die Bürgermeister von Orten mit mehr als 10 000 Einwohner genießen bei uns einen Kultus, den sie zu Hause vergeblich suchen würden, die letzten legitimen und illegitimen Sprößlinge sämtlicher abgelegter, ausgefallener oder sonstwie abhängig gewordener Dynastien sind hierzulande noch immer mit dem Glorienzlanze von einstmalig umgeben. Wir sind das unabhängige Volk der Welt, das Volk fürstlicher Verehrung schlechthin. Wir stroyen vor Untertänigkeitsbedürfnissen. Unsere Historiker erschaffen uns immer neue Abflüsse dafür in die entlegensten Zeiten, zu den fernsten Völkern. Die Weltgeschichte ist für uns ein ununterbrochener Prozeß fürstlicher Heldenverehrung, raffiniert und unfaßender als der verwegenste Heiligentum. Und immer bleibt noch das unstillbare Verlangen des treuen, deutschen Gemüths nach mehr.

Erfreulicherweise gibt uns die Verdoppelung der marokkanischen Sultane eine der langgesuchten Gelegenheiten, unsere schönste Nationaltugend aufs neue zu betätigen. In der Tat, welch ein Glück! Wir haben jetzt fast ein ganzes Großes, zu dem wir während ebendieser Stunden können, ihrer zwei. Und der neue Heros Mulay Hafid ist am Himmel des deutschen monarchischen Bewußtseins aufgegangen mit einer Pracht, die alles Heimische überstrahlt: die nächst verehrungswürdigste Sache — Schar-Harts Leseverein — mitgerechnet. In allen Häusern wird bald kein Bildnis prangen, und fast fürchten wir: es wird das alte Nationalalaster der Fremdsüchtigkeit auf Kosten der Haussehnen wieder ersehen.

Der „Deutschen Marokkorezension“ verdanken wir die welt-historisch bedeutsame Entdeckung der unbegreiflichen Tugenden, Vorzüge und Vorbildlichkeiten dieses Fürsten, Menschen, Gelehrten, Dichters, Antrogers. Ihr deutschen Lehrer, merkt euch den Namen, schreibt ihn in die Lesebücher, ihr deutschen Dichter erhebt ihn zu den Sternen, ihr zu Bett gehenden Mädchen schließt ihn in euer Gebet!

Abdul Afis, so versichert uns die besagte Korrespondenz aufs glaubwürdigste, stammt von Ali, dem Schöngewer Mohammeds. Schon mit fünf Jahren bezog er die Hochschule zu Oad-Hammar (unsere Prinzen kommen erst mit 18 Jahren auf die Hochschule). Er lernte zwar keine europäischen Sprachen, um so besser aber seine Muttersprache, das Arabische, und wurde ein gelehrter Araber, der den Koran auswendig kennt (und der ist schwieriger als die Arnee-Klangliste). Er studierte sämtliche Wissenschaften und ist heute in Poesie und

Literatur eine Autorität. Nicht nur das, als Interpret und Kommentator mohammedanischer Weisheit genießt seine Sultänigkeit besondere Wertschätzung. Er dichtet, ja er denkt so gut wie ein Philosoph. Seine Werke werden demnachst in Kairo (vielleicht auch bei Neclan) erscheinen.

Mulay Hafid betrieb seine akademischen Studien, wie das bei vornehmen Personen vorkommt, nicht nur sportmäßig. Er blieb 30 Semester auf der Hochschule, bestand alle Prüfungen und erhielt, obwohl er damals ein ausschließliches Prinze war, mehrere Diplome. Als Antreger und Mäcen pflegt er noch heute Gelehrte um sich zu sammeln, mit denen er sich über die wissenschaftlichen Zeitfragen unterhält. Selbst bei den Mahlzeiten hat er Weisheit und Papier zur Hand, um Verse und Einfälle aufzuschreiben. Trotz all dieser überragenden Eigenschaften ist die angebende scherzliche Majestät frei von Stolz und Hochmut, leutselig und alles einnehmend. Auch als Hypnotiseur würde sie großes leisten, dem durchdringenden Blicke seiner schwarzen Augen hält selten jemand stand. Wie geistig, so ist Mulay auch körperlich „safi ein Hine“. An den Schläfen trägt er kleine schwarze Pöchen (hebr. pajes). Seine Muskelkraft müßte jeden Athleten beglücken und seine Mäßigkeit alle antialkoholischen Ansprüchliche befriedigen. Daß er nicht raucht, gefaßt dem deutschen Wesen freilich weniger. Dafür ist er aber ein „Fogenannter hübscher Mann“ und ein strenger Vater vieler Kinder. Anhänger des Sports, ausgesprochener Anhänger von Paraden und Reitskünsten, passionierter Jäger, aber trotzdem menschenliebend und Kosmopolit. (Er würde also zweifellos den Daager Kongreß befehlen, so gut wie Nikolaus.) Alle Welt kann das Beste von ihm erwarten.

Soweit der ungeschminkte Bericht. Wenn Mulay Hafid auch noch Christ wäre, wir wüßten nicht, welchen europäischen Thron er nicht zieren würde.

Ein Balzac-Museum in Paris. Das kleine Hänschen Balzac, in dem der große Romanarbeitssteller Ruhe suchte zu seiner Arbeit, das er von 1842 bis 1848 bewohnte und in dem eine Reihe seiner größten Meisterwerke entstanden, ist nun von der Gefahr errettet, unterzugehen. Ein Verchter Balzacs hat den kleinen Besitz angekauft, am Sonntagabend wurden Haus und Garten eingeweiht. In Paffy erhebt sich in der Rue Ragnouard Nr. 47 ein ernst dreinschauendes Gebäude. Dahinter, in einem stillen, lauschigen Garten, steht ein niedriges, einfaches Hänschen. Nur ein Stodwerk, von einem alten Zinddach gekrönt. Es ist der Zufluchtsort Balzacs nach den Tagen, die er mit der Sand in der Rue Cassini verlebte hatte. Hier, inmitten von Blumenbeeten, im Schatten von Schrympfensträußern und zwischen tausenden Weinreben suchte der Bedrängte Frieden vor seinen Gläubigern. Aus allen Winkeln wehen einem alte Erinnerungen entgegen. Es ist der ideale Zufluchtsort für einen Schriftsteller, ein sicheres Versteck und zugleich ein stiller reizender Erdwinkel. Schlingende Ranken ringsum, aber man kann über sie hinwegsehen und die lästigen Besucher schon beizeiten erkennen. Die kleine Tochter des Besitzers übernahm es dann, die Fremden zu führen und in einem Labyrinth von Treppen und Treppchen hin und her zu geleiten. Treppen? sie sind überall, selbst unter dem Mosaitboden des Arbeitszimmers. Ein kleiner Weg leitet hinaus zur Rue Bourbon;

um 15 M. pro Woche ein, was die einzige Verschlechterung ist, die die Unternehmer durchgesetzt haben.

Die durch Streiks und Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellungen von dem Verband erzielten Erfolge sind: Es erzielten insgesamt 6426 Personen eine Arbeitszeitverkürzung um 22 000 Stunden pro Woche (eine Person im Durchschnitt 3,5 Stunden) und 6666 Teilnehmer eine Lohnsteigerung um 9075 M., oder für eine Person durchschnittlich 1,36 M. pro Woche und 22,6 Pf. täglich.

Die Ertragschaften des Verbandes, die eine intensive Tätigkeit bedingten, werden noch deutlicher gezeigt durch den genauen Nachweis, in welcher Höhe sich die erzielten Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen bewegten:

Es hatten eine Arbeitszeitverkürzung um:

1/2 Stunde pro Woche	280	Beteiligte
1	45	"
1 1/2 Stunden pro Woche	193	"
2	290	"
2 1/2	66	"
3	8707	"
3 1/2	191	"
4 1/2	31	"
5	485	"
6	1208	"

Bei 56 Proz. von diesen insgesamt 6426 Beteiligten wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden pro Tag erreicht.

Eine Erhöhung des Lohnes hatten:

bis 0,50 M. pro Woche	868	Personen
um 0,50 M. bis 1,00	653	"
1,00 " " 1,50	8143	"
1,50 " " 2,00	952	"
2,00 " " 2,50	57	"
2,50 " " 3,00	943	"
4,50 " " 5,00	15	"

Aus diesen Feststellungen geht zweifelsohne hervor, daß der Verband in der verfloffenen Berichtsperiode positive Arbeit geleistet und für die Mitglieder gewaltige Vorteile auf dem wirtschaftlichen Gebiete errungen hat.

Die Agitation war in der Berichtszeit eine sehr intensive. Das Reich wurde in 10 Gauen eingeteilt, und für Hessen und Rheinland ein besonderer Gauleiter angestellt, der neben den Mitgliedern des Hauptverbandes und den übrigen Gauvorständen seine ganze Kraft der Agitation widmete. Der Zentralvorstand hatte die für die Agitation erforderlichen Geldmittel stets zur Verfügung gestellt, es wurden 11 023,96 M. hierfür aufgewendet. Durch die Agitation wurden 10707 Mitglieder gewonnen. Die Fluktuation in der Mitgliedschaft ist aber leider sehr groß, so daß in der Berichtszeit nicht weniger als 8611 wieder ausgetreten sind oder getrieben werden mußten. Die eigentliche Mitgliederzunahme beträgt daher nur 2096 oder 36,03 Proz. Am Schluß des vierten Quartals 1904 war der Mitgliederstand 5778, bis Ende 1907 stieg er auf 7874, inklusive 159 weiblicher Mitglieder. Die Zahl der Mitgliedschaften erhöhte sich um 8, der Verband hatte am 31. Dezember 1907 118 Jahreshellen.

Die Kassenverhältnisse hatten in der Berichtszeit unter den schweren Lohnkämpfen stark zu leiden. Diese Kämpfe nahmen einen verhängnisvollen Umfang an, daß die Ausgaben dafür die Mittel des Verbandes überstiegen, so daß zu Darlehen (50 000 Mark), Sammlungen und Extrasteuern gezwungen werden mußte. Für die Lohnbewegungen, Ausfahrungen usw. wurden Unsummen aufgewandt. In der vorigen vierjährigen Geschäftsperiode sind für Streik- und Gemahregeliten-Unterstützung im ganzen aus der Verbandskasse 30 850,77 M. ausbezahlt worden, also durchschnittlich pro Jahr 7712,69 M.; in der diesmaligen dreijährigen Geschäftsperiode wurde dagegen die Summe von 291 214,76 M. hierfür aufgegeben, was für das Jahr 90 071,58 M. macht. Es wurden demnach in den letzten drei Jahren durchschnittlich pro Jahr fast zwölfwmal soviel für die Lohnkämpfe aufgewendet, als in einem Jahre der vorigen Geschäftsperiode. Nicht allein auf dem Gebiete des Lohnkampfes wurden große Anforderungen an den Verband gestellt, auch die übrigen Unterstützungsgebiete stellten größere Anforderungen an die Kasse, vor allem das Jahr 1907 mit seinem schlechten Geschäftsgang. So wurden ausgegeben für: Reiseunterstützung 25 193,55 Mark, Ortsunterstützung 78 460,23 M., Familienunterstützung 1229,30 M., Umzugsunterstützung 13 621,76 M., Kostlosenunterstützung 1648 M. Trotz dieser großen Anforderungen wurde durch die Erhebung von Extrabeiträgen usw. erreicht, daß sich das Verbandsvermögen nicht sehr verminderte. Am 1. Januar 1906 betrug es in der Hauptkassa und in den Jahreshellen zusammen 80 415,75 M., am 1. Januar 1908 57 964,60 M. Die Gesamterlöseinnahmen in der Berichtszeit betragen 548 967,73 M., die Nettoausgaben dagegen 571 418,87 M.; sie überschritten folglich die Nettoeinnahmen um 22 451,15 M. Am besten kann man die Entwicklung des Verbandes durch die erzielten Summen von Beitragserlösen erkennen. So wurden im Jahre 1904 an Beiträgen nicht ganz 83 000 M., im Jahre 1907 aber über 180 000 M. eingenommen, also fast zweifach soviel wie 1904.

Die internationalen Beziehungen sind keine zufriedenstellenden und haben sich auch in der verfloffenen Berichtsperiode nicht gebessert. Mit Oesterreich und Ungarn sind die alten Beziehungen aufrechterhalten worden. Mit Italien, England und Amerika besteht absolut keine Verbindung. Von Frankreich kamen nur einige Schreiben um materielle Unterstützung bei Streiks. Die Generalversammlung liegen nun verschiedene Anträge vor, die eine Ausdehnung des internationalen Gegenständigkeitsverhältnisses wünschen; auch soll sich der Verbandstag mit der eventuellen Wiedererrichtung eines internationalen Sekretariats befassen.

Frankfurt a. M., 18. Mai 1908. (Fig. Ver.)

Anwesend sind Mahler, Voss und Bussé vom Vorstand und 31 Delegierte aus 28 Orten. Die Verbände der Schuhmacher, Sattler, Handschuhmacher und Portefeulier haben Vertreter geschickt, die wegen der Verschmelzungsfrage an der Generalversammlung teilnehmen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist durch Sassenbach vertreten. Die österreichischen und ungarischen Lederarbeiterverbände sandten je einen Vertreter.

Verbandsvorsitzender Mahler verweist beim Geschäftsbericht auf den gedruckt vorliegenden Bericht. Kassierer Voss-Berlin gibt einige Erläuterungen zum Kassenbericht. Der Ausschussbericht liegt ebenfalls gedruckt vor, deshalb verzichtet Christlieb-Hamburg als Vertreter des Ausschusses auf den mündlichen Bericht. Der Verbandsausschuss hat in 44 Sitzungen die Beschwerden gegen den Hauptvorstand erledigt.

Die Debatte über den Geschäftsbericht

ist sehr ausgiebig. Zunächst wird über ein Ranko des Kassierers in der verfloffenen Geschäftsperiode diskutiert. Dieses wird ihm erlassen und beschlossen, daß dem Kassierer fürderhin ein Rankogeld von 100 M. pro Jahr zusteht. Einen großen Teil der Ausführungen der Redner nimmt die Nichtteilnahme der Prehkommission zu einer Gauleiterkonferenz ein. Diese Nichtteilnahme wird von mehreren Delegierten sehr kritisiert.

Nitschky-Karlsruhe übt Kritik über das Vorgehen des Vorstandes bei dem Streik in Ringolsheim bei Stohburg. Hätte der Zentralvorstand die Gauleitung über die dortigen Verhältnisse früher benachrichtigt, so würde es den Unternehmern nicht gegliedert sein, sovieler Streikbrecher von Karlsruhe und Umgebung zu bekommen. In Ringolsheim habe der Vorstand die Genehmigung zum Streik verweigert, obgleich er die Genehmigung früher gegeben habe.

Priften-Altona meint, es würde für die Beteiligung an den Unterrichtskursen in Berlin zuviel Geld ausgegeben.

Voss-Karlsruhe wendet sich gegen diese Ansicht. Der Verband habe die Aufgabe, für die Ausbildung der Agitatoren

sein möglichstes zu tun. Deshalb sollte der Verband soviel Kollegen wie möglich an den Unterrichtskursen teilnehmen lassen.

Voss-Badnang spricht in demselben Sinne. Eine Reihe weiterer Delegierten bespricht noch örtliche Lohnbewegungen.

In der Nachmittags Sitzung wird die Debatte über den Geschäftsbericht fortgesetzt. Neue Gesichtspunkte werden nicht vorgebracht. Von mehreren Delegierten wird ganz entschieden die Ansicht der Altonaer Kollegen bezüglich der Unterrichtskurse juristisch verworfen. Für die Ausbildung der Kollegen könne man nicht genug tun.

Verbandsvorsitzender Mahler-Berlin geht dann ausführlich auf die gegen den Zentralvorstand erhobenen Einwände ein. Er bespricht die Wahlen der Beisitzer zum Zentralvorstand in Berlin und läßt die einzelnen Lohnbewegungen, bei denen der Zentralvorstand Fehler gemacht haben soll, Revue passieren. Die Mitglieder des Vorstandes hätten sich bei ihren Handlungen nur von dem Interesse für den Verband leiten lassen.

Verbandstag der Stukkateure.

Rürnberg, 18. Mai.

Anwesend sind 41 Delegierte aus 28 Wahlkreisen, außerdem Vertreter des Hauptverbandes und des Verbandsausschusses. Als Gäste sind anwesend der Vertreter des Verbands der Stukkateure Hollands G. C. de Jeeuw und als Vertreter des schweizerischen Verbandes der Maler und Gipser A. Stauder-Jürich. Die Generalkommission der Gewerkschaften ist durch G. Kube-Berlin vertreten. Im Namen der Filiale Nürnberg heißt Eger-Nürnberg die Delegierten und Gäste herzlich willkommen.

Der Vorsitzende Oberthal gibt zu dem gedruckt vorliegenden

Vorstandsbericht

noch einige kurze Bemerkungen, worauf er u. a. darauf hinweist, daß zurzeit der Ausbreitung der Organisation schwere Hindernisse entgegenstehen. Die Schuld liege an der wirtschaftlichen Krise, die seit dem großen Crash in den siebziger Jahren keinen so großen Umfang mehr angenommen habe wie jetzt. Dadurch sei die Beschäftigungsmöglichkeit der Kollegen bedeutend zurückgegangen. Auch der neue Stil mit seinen glatten Flächen habe dazu beigetragen, daß die Erwerbemöglichkeit der Stukkateure ungeheuer beschränkt wird. Dadurch seien der Ausdehnung der Organisation gewisse Schranken gesetzt. Aber wenn auch jeder, der Interesse an dem Gelingen seiner Organisation hat, die Zunahme in den letzten zwei Jahren nicht als befriedigend betrachten kann, so sei doch immerhin ein Fortwärtsschreiten zu konstatieren.

Siebler-Hamburg ergänzt den Kassenbericht in verschiedenen Punkten und verweist auf die in einzelnen Filialen bestehenden Mängel, deren Beseitigung dringender erforderlich sei.

Den Bericht über das Jahrgeschehen erstattet Thielberg-Hamburg. Für den Verbandsausschuss berichtet Hanke-Berlin, der die nachträglich eingegangenen Beschwerden erläutert. Er widmet der Tätigkeit des Verbandsvorstandes einige Worte der Kritik, von dem er den Eindruck hat, daß er in seinen Entschlüssen nicht immer ganz sicher sei, so bei der Besichtigung der Gewerkschaftsschule, bei der Ausföhrung einer Extrasteuer von 3 M. und bei der Verschiebung des Verbandstages, der ursprünglich schon 4. Mai stattfinden sollte.

Nummehr entspinnt sich eine sehr ausgedehnte und animierte Diskussion über die verschiedenen Berichte, an denen unter völliger Beseitigung der Sachlichkeit eingehende Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes geübt und auch sonst eine Menge von meist untergeordneten Punkten erörtert werden. Es ist unmöglich, an dieser Stelle auf die Ausführungen der einzelnen Redner einzugehen. Die Beratung über den ersten Punkt wird abends nach 5 Uhr abgebrochen und auf Dienstag früh vertagt.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschien soeben:

Preussischer Wahlrecht-Katechismus. Von Paul Göhre, Prediger a. D. In Form von Frage und Antwort werden die haarsträubenden Ungerechtigkeiten des Dreiklassenwahlrechts aufgerollt und gleichzeitig der Lebermut der preussischen Junker anschaulich geschildert. Zahlreiche drastische Illustrationen vervollständigen das gemeinverständlich geschriebene Schriftchen. Auch der Nichtpreuße wird durch diese Broschüre einen Einblick erhalten in die Zustände, gegen die die preussischen Proletarier jetzt mit aller Energie Sturm laufen.

Preis 15 Pf. Bei Partiebezug Rabatt.

In neuer, vermehrter Auflage kam ferner heraus:

Gegen Volkverdummung, Volksnebelung und Volksabsottung.

Der Inhalt der Flugschrift ist wesentlich erweitert worden und nimmt bereits von den Ereignissen des Jahres 1908, so z. B. von der Ansprache des Reichskanzlers Bülow vom 10. Januar d. J. Notiz. Im Wahlkampf wird die Broschüre gute Dienste leisten.

Preis 20 Pf. Bei Partiebezug Rabatt.

Kauf den Organisationen. In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Köln-Stadt und Köln-Land konnte der Parteisekretär Genosse Müller wiederum über einen sehr erfreulichen Fortschritt der Organisation im jüngsten Quartal berichten. Die Mitgliederzahl ist trotz der ungünstigen Wirtschaftslage weiter gestiegen, das finanzielle Ergebnis ist so günstig wie noch nie zuvor. Der Verein zählt jetzt 5400 Mitglieder, 800 mehr als im vorigen Quartal, wozu noch 800 Genossen kommen, die auf Karten zahlen. Die Hauptlosse hatte eine gesamte Einnahme von 8817,89 M. Von den Ausgaben ist zu erwähnen: an das Obersteinerische Agitationskomitee wurden 850 M. abgeführt, für die Landtagswahl sind 1000 M. zurückgelegt worden, an Unterstützungen wurden 244,80 M. gezahlt. Der Kassenbestand betrug am Ende des Quartals 1081,54 M. Der Verein hielt zwei General-, 51 Bezirks-, 21 Volksversammlungen und 65 Versprechungen ab. Außerdem wurden zwei Lehrkurse mit E. Bernstein als Vortragenden veranstaltet und acht Vorträge gehalten. Auf eine Anfrage, wie die Genossen, die bisher auf Karten zahlen, sich jetzt zu verhalten haben, erklärte Müller, daß sich von jetzt an jeder, der sich der Partei anschließen wolle, als Mitglied des Vereins zu melden habe. Nur in ganz dringenden Fällen, wenn es sich um Reichsausländer oder um direkte Staatsbeamte handelt, könnten Ausnahmen zugelassen werden.

Vom Fortschritt der Presse. In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Köln-Stadt und Köln-Land erstattete der Geschäftsführer der „Rheinischen Zeitung“, Genosse Gilsbach, Bericht über den Stand des Parteiblattes. Auch im Jahre 1907 hat es einen erfreulichen weiteren Aufschwung genommen. Allerdings machte sich in den letzten Monaten, wie bei den meisten gewerblichen Unternehmungen, der Einfluß der schlechteren Konjunktur bemerkbar. Das Druckgeschäft hat sich weiter entwickelt: es hätte aber noch einen größeren Umfang angenommen, wenn die gewerblichen Organisationen ihren Bedarf immer bei der Druckerei des Blattes gedeckt hätten, das ihnen auch in ihren Kämpfen beisteht. Statt dessen ist es sogar vorgekommen, daß man Drucksaften bei tarifuntreuen Firmen herstellen ließ! Der Abonnentenstand ist gut; die Einnahmen daraus waren erheblich höher als im vorigen Jahre. Es müßten aber auch bedeutend größere Summen für das Papier und den Druck gezahlt werden.

Rein „Walgstreuer Sozialdemokrat“. Die nationalliberale „Augsb. Abendztg.“ meldete dieser Tage, in Pegnitz sei der Gastwirt

Genetner, der Gastwirt der dortigen Sozialdemokratie, in das Komitee zur Begründung des Vinzeregenten gewählt worden, der demnach auf der Reise zur Wanderversammlung bayerischer Landwirte in Bamberg das Städtchen Pegnitz passiert. Daxan knüpfte das Blatt die Bemerkung: „Dem Empfang des Vinzenz wird das ja weiter keinen Eintrag tun; aber der biedere „Genosse“ Gastwirt kann sich durch seine Neigung für Vinzenzempfang sehr unverschämend ein hochnotpeinliches Parteigericht an den Hals hegen.“ — Die Befürchtung der „Augsb. Abendztg.“ ist grundlos gewesen. Genosse Genetner ist von der liberalen Mehrheit des Pegnitzer Rathhauses tatsächlich in jene Kommission gewählt worden, es geschah dies aber gegen seinen wiederholten ausdrücklichen Protest. Er hat keiner einzigen Sitzung des Komitees beigewohnt, noch sich sonst um den ganzen Empfangsummel gekümmert.

Ueberrigend hatte kürzlich auch der „Volksfreund“ zu Karlsruhe eine Veranlassung, festzustellen, daß sich sozialdemokratische Gemeindevertreter an Vinzenzempfangen nicht beteiligen. In der Behauptung der bürgerlichen Presse, es sei der Karlsruher Bürgerausschuß beim Empfang des Kaisers am Rathaus vollständig zum offiziellen Wählung versammelt gewesen, bemerkte er: „Das stimmt insofern nicht, als es die sozialdemokratischen Mitglieder des Bürgerausschusses grundsätzlich ablehnen, sich bei derartigen Empfängen zu beteiligen. Selbstverständlich waru sie also nicht dabei, was wir hiermit feststellen wollen.“

Unsere Toten. In Offenburger (Waden) starb am 18. Mai der 89jährige Parteigenosse J. J. Autenrieth, Kaufmann und Rentner, nach langer Erkrankung an einem Schlaganfall. Er ist der Veteran der badischen Partei, für deren Entwicklung er unter dem Sozialistengesetz tapfer kämpfte. Wegen Verbreitung des jüdischen „Sozialdemokrat“ erhielt er von der Offenburger Strafkammer 1883 drei Monate Gefängnis. Er war früher Mitglied des Bürgerausschusses und in der Leitung der Landesorganisation.

Soziales.

Amiierkneipen.

In seinem Vortrage: „Gibt es geborene Prostituierte“ zu Frankfurt a. M. erklärte Prof. Dr. Lessing-München am 12. Mai 1908, daß es keine geborenen Prostituierten gebe. Ganz im Einklang damit mit einem Geistlichen, der als Diskussionsredner dann auftrat, meinte der Referent, daß vielmehr „der öffentliche Tanzboden eine Zuchtstätte der Prostitution sei“. Die preussische Polizei wird daher bald die öffentlichen Tanzböden zu schließen haben, während die Reichsnachricht weiter walzen können. Professor Fleisch wies nun in der Diskussion auf das Unwesen der Amiierkneipen hin, die er als „eine Brutstätte der Ungleichheit“ bezeichnete.

Zur rechten Zeit kommt nun eine Statistik der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Frankfurt a. M., die auf Wunsch der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten diese Frage beleuchtet hat. Der Spezialarzt für Geschlechtskrankheiten Th. Vär zu Frankfurt a. M. hat diese Zahlen bearbeitet. Während in Süddeutschland der Beruf der Kellnerin ein anfänglicher ist oder gilt, so kann man dies von vielen Städten im Norden nicht sagen. Speziell in Frankfurt a. M. hat sich das Unwesen der sogenannten Amiierkneipen sehr entwickelt und dient die dort beschäftigte Kellnerin nicht wie im Süden als Arbeiterin, wie der Kellner auch, sondern als Lockvogel für gewissenlose Wirte. Die Polizeibehörde hat wohl auch das Unwesen der Amiierkneipen „erkannt“, denn sie setzte ihnen eine frühere Feterabensünde und zwar auf 11 Uhr nachts, wie auch den sozialdemokratischen Wirtschaften, die man mit den Amiierkneipen somit auf eine Stufe gestellt hat. Ja, ja, die Polizei ist gerecht und streng. Trotz der Polizeistunde blüht dieses Unwesen lustig weiter, immer neue Amiierkneipen werden eröffnet, an andere Geschäftsleute weiter vom Weisheit verpackt, sobald diese reich geworden sind. Die Ortsgruppe der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu Frankfurt a. M. hat sich, wie Dr. Vär schreibt, an die Tagesblätter mit der Bitte gewandt, doch keine Inserate dieser Kneipen mehr aufzunehmen und somit den Kampf gegen die Amiierkneipen zu unterstützen. Dies wurde auch ziemlich befolgt. Seit dieser Zeit werden diese Kneipen mittels auffälliger Plakate empfohlen, die in den belebten Straßen der Großstadt herumgetragen werden.

Interessant ist es auch, daß diese Wirte nicht Mitglieder der Annahmestellenkasse der Wirte werden können, sondern alle der Ortskrankenkasse ihr Personal melden müssen. Die Wirteinnahme weiß, daß sie durch diese Mitglieder schwer belastet werden würde und lehnt deshalb die Aufnahme ab. Nicht sittliche, sondern in erster Linie fiskalische Gründe sind also hierbei maßgebend.

So konnte nur die Ortskrankenkasse das statistische Material für diese Frage liefern und wird dies auch vom Verfasser besonders anerkannt.

Im Jahre 1905 befanden sich unter 1715 Wirtschaften Frankfurt allein 88 Amiierkneipen, die nur weibliche Bedienung hatten. Inzwischen sei die Zahl bedeutend größer geworden. Beschäftigt wurden in diesen Kneipen während des Berichtsjahres 652 Kellnerinnen und diese wiesen 1094 Arbeitsverhältnisse auf. 45 Wirtschaften beschäftigten eine Kellnerin, 16 zwei, 13 drei, 5 vier, 3 fünf, 1 sechs Kellnerinnen ständig. Der Personalwechsel war nun ein ungeheurer großer zu nennen. Wirte, die nur eine Kellnerin beschäftigten, hatten im Jahre bis 39 Wechsel. Dr. Vär schreibt hierzu:

„Es bleibt nur der einzige zwingende Schluß, daß in einem solchen Wechsel des Personals „System“ liegt, und daß es den Wirten darauf ankommt, mit ihrer „Ware“ so rasch und so häufig als möglich zu wechseln. Die beigelegte ausführliche Statistik beweist auch, daß von 1094 Arbeitsverhältnissen 630 nicht länger als vier Wochen dauerten.“

Dr. Vär meint, daß man die Schuld nicht diesen Mädchen in die Schuhe schieben dürfe, sondern in erster Linie den Wirten, „die das Weibchen haben, ihre Gäste mit immer neuer Ware zu versorgen.“ Und hinter den geschäftslustigen Wirten, die eben genau wissen, was sie ihren Kunden schuldig sind, stehen die Gäste. Daß die Kundschaft selbst einen solchen häufigen Kellnerinnenwechsel liebt, beweist aber, daß diese Amiierkneipen nicht bloß Gelegenheitsbesucher zu ihren Kunden zählen, daß sie vielmehr zum großen Teil ein Stammpublikum haben, das nach wenigen Tagen oder Wochen die alten Gesichter überbietet. Ein glänzend organisiertes Heer von Stellenvermittlern verfolgt die Wirte mit ihrer neuen Ware, bei jedem Platzwechsel macht natürlich auch der Stellenvermittler wieder sein Geschäft.“ Hinzuweisen wäre, daß die armen Mädchen gewöhnlich diese Gehälter zu zahlen haben und aus den Schulden nicht herauskommen. Vär meint weiter: „Ein Teil der Mädchen erweist sich vielleicht zum Kellnerinnenberuf überhaupt nicht geeignet, sie verstehen die Gäste nicht zu animieren, vor allem haben sie selbst keinen genügend ausgebildeten Ragen, um Alkoholenen zu verilligen, wie sie zur Erzielung eines lohnenden Geschäftes notwendig sind.“ — Die meisten Mädchen werden durch die glänzenden Versprechungen gewissenloser Vermittler angelockt und fallen dann — die einen schon nach wenigen Tagen oder Wochen, andere erst nach einigen Monaten, der Prostitution in die Arme. Und sie sind dann zu einem großen Teile schon venenisch infiziert.“

Eigentümlich ist es aber, daß nach den Krankmeldungen der Kasse nur 24 Mädchen als geschlechtskrank von den Ärzten gemeldet wurden. Dr. Vär gibt selbst zu, daß leider seine Kollegen unrichtige Diagnosen der Krankenkasse angeben, auf Witten der Patienten die Diagnose ihrer Krankheit den Kassen vorenthalten. „Ich fürchte, daß hierin nicht eher ein Wandel eintreten wird, bis das Schweizerbrot gesetzlich auch auf die Organe der Kasse ausgedehnt wird.“ Warum diese Angst? Hat der Arzt das Recht, der Krankenkasse unwahre Angaben zu machen und diese irre zu führen? Vär meint dann ferner, daß sicher ein Teil der Mädchen sich privatim behandeln ließe und so der Kontrolle der Kasse entgehen. Drittens kämen ein Teil gar nicht in ärztliche Behandlung, da Geschlechtskrankheiten auch latent (versteckt, nicht bemerkbar) verlaufen können.

Das hat nun aus der Zahl verdächtiger Krankmeldungen, wie weißer Fluss, Geschwüre oder Unterleibsbrankungen, Fälle herausgehoben, seine Kollegen gebeten, ihm unter Aufsicht der Verschwiegenheit nähere Auskunft zu geben. Und so erhielt ich über 51 verdächtige Fälle die Antwort, daß hiervon 22, also fast die Hälfte der verdächtigen Fälle sichere Geschlechtskrankheiten aufwiesen. 90 Mädchen waren also geschlechtskrank. Diese Zahlen stimmen genau überein mit denjenigen, die Dr. Maschke im Jahre 1900 aus den Büchern der Krankenkasse der Gastwirte in Berlin ermittelte — nämlich 13,5 Proz.

Das Elend der Mädchen, die in den Anstalten für Brot verdienen müssen, wird durch diese Statistik wohl beleuchtet, aber nicht gehoben. Wer die Löhne drückt, die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen drangsalirt oder bekämpft, für Erhöhung der Preise der Lebensmittel durch Hölle eintritt, den geschädigten Arbeiterinnen, insbesondere einer Herabsetzung der Arbeitszeit, entgegenwirkt, für wirtschaftliche Unterdrückung oder politische Entrechtung der Arbeiter eintritt, fördert die Prostitution.

Aus Industrie und Handel.

Berminderte Leistung.

Es gehört zu den Lieblingsbeschäftigungen der kapitalistischen Solbhaber und der Unternehmerrasse, Arbeiter der Faulheit zu denunzieren. Um der Behauptung, die Leistung der Bergarbeiter sei gesunken, nach außen den Anschein der Berechtigung zu geben, wird mitgeteilt, die Förderung pro Kopf der Belegschaft habe sich vermindert. Wer mit der Technik des Bergbaubetriebes nicht vertraut ist, muß aus dem zahllosen Rohweis über die gesunkene Kopfquote natürlich den Schluß ziehen, die Leistung der Arbeiter sei tatsächlich gesunken. Die Faulheit ist erwiesen! Und doch gibt es kaum einen größeren Schwindel als den, mit der Kopfquote einen Leistungseffekt nachweisen zu wollen. Es sei auch ausdrücklich konstatiert, daß die Nebenblätter das ganz gut wissen und gelegentlich sogar darauf hinweisen. Räumlich dann, wenn die Förderung pro Kopf gestiegen ist. Im allgemeinen gibt die Summe des Förderquantums gar keinen Aufschluß über die größere oder geringere Leistung. Es sind da viele Faktoren zu berücksichtigen. Wenn z. B. plötzlich die Konjunktur abwärts, dann werden nicht in dem Umfange der Fördererhöhung Arbeiter entlassen, vielmehr wird dann die zeitweilig unterbrochene Vorrückungsarbeit in größerem Maßstabe wieder aufgenommen; die Folge ist, daß die pro Arbeiter geförderte Menge zurückgeht. Werden bei starker Nachfrage massenhaft ungeübte Arbeiter eingestellt, dann muß naturgemäß ebenfalls die Kopfquote geringer werden. Werden dagegen ergiebigerer Flöße abgebaut, dann steigt die pro Belegschaftsmittel geförderte Kohlenmenge. So lassen sich noch viele Faktoren anführen, die die Kopfquote beeinflussen. Was das Ergebnis aber am meisten beeinflusst, das ist die Produktionsverchiebung bei den einzelnen Unternehmern. Die Neben fördern heute nicht nur Kohlen, sie erzeugen auch Stolz, Zerklets, Teer, Ammoniak, Giesesteine und noch eine Reihe sonstiger Nebenprodukte. Je mehr Arbeitskräfte für die Nebenproduktion von der Gesamtbelegschaft absorbiert werden, desto geringer muß naturgemäß die pro Arbeiter erzielte Fördermenge werden, weil eine stetig wachsende Arbeiterzahl auf die Kohlenförderung verrechnet wird, die dabei gar nicht beschäftigt ist. Mit demselben Recht, mit dem man die bei der Herstellung von Nebenprodukten beschäftigten Arbeiter der Kohlenförderung zurechnet, kann man auch alle Lügen und Verleumdungen, die in Deutschland produziert werden, dem deutschen Reichslagerverband aufhängen, weil er berufsmäßig Lügen verdringt. So oft er auch schon auf Lügenpfaden ertappt worden ist, er kann aus seiner Haut nicht heraus; er läßt weiter. Und so oft die Unterstellungen von der Faulheit der Arbeiter schon zurückgewiesen worden sind, sie kehren immer wieder. Ein neues Beispiel dafür: Im Geschäftsbericht der Zeche „Helene-Amalie“ in Bergedorf wird ausgeführt, daß der Arbeitseffekt im Jahre 1907 gegenüber dem Vorjahre pro Mann und Schicht um 1,87 Proz. gesunken sei. Diese Feststellung ist richtig, wenn man die gesamte Arbeiterzahl auf die Kohlenförderung verrecknet, sie ist aber falsch, wenn man auch die Nebenproduktion berücksichtigt. Die Kohlenzeugung ist z. B. ganz enorm gestiegen. Stellt man die Gesamtbelegschaft für die Kohlenzeugung ein, dann nahm diese pro Kopf um rund 22 Tonne gleich 36,5 Proz. zu. Nachfolgend stellen wir die Hauptziffern aus dem Bericht zusammen:

Jahr	Zahl der Arbeiter	Förderung	Kohle	Ueberschuß
1906	2 526	718 445	151 004	1 431 059
1907	2 598	718 328	218 521	2 180 337

Dennoch ist die Förderung relativ etwas gesunken, die Kohlenzeugung aber enorm gestiegen. Und diese Produktionssteigerung in Verbindung mit höheren Preisen haben den Ueberschuß ja auch ansehnlich anwachsen lassen. Trotz der angeblich ruinösen Lohnsteigerungen liegt der Ueberschuß um 749 279 M., gleich 52 Prozent. Und der Ueberschuß pro Kopf der Arbeiter hob sich von 568,52 M. auf 839,23 M. Bei solchen Resultaten wagt man noch den Anschein zu erwecken, als seien die Arbeiter faul geworden.

Neue Hasenbauten in Hamburg. Seit längerer Zeit verhandelt Hamburg mit Preußen wegen Vergrößerung seiner Hasenanlagen. Das Ende dieser Verhandlungen ist aber noch nicht abzusehen. Der Minister Dretsenbach hat auf eine Anfrage im Abgeordnetenhaus zu dieser Sache eine klassische Antwort gegeben: „daß man bis Ende dieses Jahres voraussichtlich zu Ende kommen wird — ist nicht zu erwarten“. Wegen der rückläufigen Konjunktur glaubte man auch in Hamburg, die Sache eile nicht sehr. Jetzt stellt sich aber heraus, daß der Kommerzienrat im ersten Viertel dieses Jahres doch noch um zehn Prozent gegen das erste Viertel des vorigen Jahres gestiegen ist. Hamburg will nun doch nicht solange warten, bis die Erwägungen der preussischen Geheimräte abgeschlossen sind. Man wird demnach mit der Anlage neuer Hasenanlagen auf eigenem Gebiete beginnen.

Aus der Frauenbewegung.

Achtung, Frauen Niddors! Am Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei öffentliche Frauenversammlungen statt, eine bei Thiel, Bergstraße 151/152, und eine bei Hoppe, Hermannstr. 49. In diesen Versammlungen werden die Genossinnen Dr. Weyl und Dittke Saaber über: „Die Frau und der Kampf um den preussischen Landtag“ sprechen. Frauen Niddors! Die Vorträge betreffen eure vitalsten Interessen. Agitiert deshalb überall für den Besuch dieser Versammlungen, so daß die Frauen in Massen erscheinen. Das Wahlkomitee.

Frauenrechtlerische Verschwommenheit.

Frau Minna Cauer, die Herausgeberin der bürgerlich-radikalen „Frauenbewegung“, hatte in dieser Zeitschrift kürzlich ihrem Innuit über die für den Liberalismus beschämenden Ergebnisse der Frankfurter Tagung in bitteren Worten Luft gemacht und dabei lebhaft Partei ergriffen für die „prinzipientreuen und mutigen Männer“, die mit Warth und seinen Freunden dem „veralteten, verwesterten und geschwächten Moderaliberalismus“ den Rücken lehrten. Ein in der letzten Nummer der „Frauenbewegung“ abgedruckter „offener Brief“ eines Hamburger Liberalen, der „sachlich auf Warths Standpunkt“ sieht, macht der Herausgeberin ziemlich unverblümte Bemerkungen wegen ihrer scharfen Beurteilung der Gegner Warths, warnt vor Intoleranz und bedauert im übrigen, daß ein Organ der Frauenbewegung, die über (!) den Parteien stehend, einen neutralen Boden bilden sollte, in den Fraktionsstreit eingzugreifen wagt. Es wird den bürgerlich-radikalen Frauen damit, wie auch kürzlich in Frankfurt, von neuem zu verstehen gegeben, daß der Liberalismus im Grunde von der politischen Frau nicht viel wissen will, die ihm niemals die gleichberechtigte politische Mitsprache sein wird. Grundsätzlich will

man allenfalls die Gleichberechtigung anerkennen, aber nicht praktisch, wie Kaumann in Frankfurt so schön offenbarte.

Frau Cauer's Erwiderung auf diesen offenen Brief zeigt nun klar und deutlich, bis zu welchem Grade die Verschwommenheit der Ansichten selbst in den relativ besten Elementen der bürgerlichen Frauenrechtlerin geblieben ist. Sie verteidigt zwar ihr Recht, als Führerin der radikalen Frauenbewegung auch den radikalen Liberalismus zu vertreten, versichert, daß diese einer schwächlichen und schwankenden Richtung niemals ihre Zustimmung geben, daß sie sich damit selbst verurteilen, sich selbst ihr Grab graben würde, wie der schwächliche und schwankende Liberalismus sich selbst kein Grab gegraben habe, um nach diesen und ähnlichen pomphaften Wendungen ganz ungeniert wieder mit ihrer alten Liebe zu loszettelieren, dem Liberalismus, der — nach ihren eigenen Worten — in Arbeiter- und Frauenfragen „fast durchweg mit den Parteien der Reaktion konfurierte“. Dennoch haben wir treu zum Liberalismus gestanden, weil er unserer Weltanschauung entspricht, und werden es auch weiter tun, sobald sich der Liberalismus regeneriert. An die Lebensfähigkeit des Sozialliberalismus glaubt Frau Cauer anheimelnd selbst nicht recht.

Eine kläglichere Dabtheit ist kaum denkbar. Die Frauenrechtlerinnen der Cauer'schen Richtung wissen, daß der Liberalismus seit vierzig Jahren in mancherlei Weise in allen sozialpolitischen Fragen, insbesondere in Dingen des Arbeiterinnenkampfes vollständig verlagert hat; allein sie standen zum Liberalismus, sie rechnen noch heute mit seiner Regeneration. — Die vorerwähnten „radikalen“ Damen wissen, daß in den vier Jahrzehnten seit Bestehen des Deutschen Reiches der Liberalismus völlig verlagert hat in der Erringung staatsbürgerlicher Freiheit und Gleichheit und wirklicher staatsbürgerlicher Rechte, insbesondere verlagert hat bei der Erringung eines vollkommenen Wahlrechts für die Gemeinden und den Staat, insbesondere verlagert hat bei dem Kampf um die Abschaffung aller Gesetze, die die Frau in öffentlich- und privat-rechtlicher Beziehung gegenüber dem Mann benachteiligen; trotzdem glauben sie an den Liberalismus und seine Regeneration. Dieser Frauen-Moderalismus weiß, daß der Liberalismus sich in den beiden letzten Jahrzehnten dem gouvèrnementalen und junkerlichen Konservatismus in die Arme geworfen und mit ihm Organ der wildsten Reaktion auf den Gebieten des Militarismus, Marinismus und des Kolonialismus gefeiert hat, daß er es gewesen ist, der dem Agrarierturn den Steigbügel hielt, als es 1902 den Zollgaul bestieg, um sich das ganze deutsche Volk tributpflichtig zu machen. Sie wissen, daß es dabei nicht blieb, daß der Liberalismus von Stufe zu Stufe sank und sich zuletzt noch — entgegen seinem eigenen Programm — für die Erhebung indirekter Reichsteuern erklärte. Trotzdem stehen diese guten Damen treu zu ihrem braven Liberalismus und zu seiner Regeneration. In ihrer merkwürdigen Konfusion bedrohen die Frauenrechtlerinnen zwar gelegentlich den Liberalismus mit dem roten Geistes, allein in Wirklichkeit können und wollen sie gar nicht von ihm loskommen, weil der Kern seines kapitalistischen Wesens ihrer eigenen innersten Weltanschauung entspricht. Es ist die unaufs löbliche Verbindung mit einem politischen Leichnam. Viel Glück dazu!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Freitag, den 22. Mai, abends 8 Uhr, in Prebels Alexander-Theater, Schönhauser Allee 148: Versammlung des „Allgemeinen Wahlvereins Berlins und Umgegend“. Vortrag des Genossen Bartel: „Die Landtagswahl und die Frauen“.

Reinickendorf. Mittwoch, den 20. Mai, bei Hoffmann, See- und Registrahen-Edel: Vortrag.

Brix. Donnerstag, den 21. Mai, 8 1/2 Uhr, im Lokal von Wentger, Berder Straße, Ecke der Rungiusstraße, Generalversammlung. Bericht des Vorstandes. Vortrag, Genosse Unger: „Was hat das Christentum den Armen gebracht?“

Gerichts-Zeitung.

Welches Recht auf Güter hat der hohe Adel?

Die Zivilkammer des Landgerichts in Ravensburg (Württemberg) hat am letzten Freitag ein Urteil gefällt, das in den Kreisen des hohen Adels Bestürzung hervorgerufen hat. Im Prozeß des Grafen Maximilian von Waldburg-Zeil-Lußenau-Hohenems gegen den Fürsten Georg von Waldburg-Zeil-Trauchburg um Herausgabe des färslichen Stammgutes Wurzach hat die Zivilkammer für Recht erkannt: „Der Beklagte Fürst Georg hat an den Kläger, den Grafen Maximilian das Stammgut herauszugeben und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.“ Der Wert des Streitgegenstandes ist vom Gericht auf zwei Millionen Mark festgesetzt, übersteigt diese Schätzung aber noch erheblich. Nicht weniger wie 11 Güter bilden das Stammgut Wurzach, mit dessen Besitz zugleich Sitz und Stimme in der württembergischen Ersten Kammer verknüpft ist. Fürst Georg von Waldburg-Zeil-Trauchburg hat sofort Berufung gegen das Urteil eingelegt. Im Jahre 1903 erlosch die Linie Waldburg-Zeil-Wurzach im Mannesstamm, das Haupt der Linie Waldburg-Zeil-Trauchburg legte die Hand auf die Güter. Der Stammvater des Klägers war der jüngere Sohn des ersten Fürsten Waldburg-Zeil-Trauchburg. Sollten die höheren gerichtlichen Instanzen dem Urteil des Ravensburger Gerichts beitreten, so würde zum Beispiel die überaus reiche fürstliche Familie Hohenlohe-Wartenstein, die vor ein paar Jahren die Güter der fürstlichen Linie Hohenlohe-Jagstberg sich angeeignet, wohl gleichfalls mit einem Erbchaftsprozeß ganz ähnlicher Art bedacht werden. Der Graf Maximilian v. Waldburg-Zeil, dem das Ravensburger Gericht das Stammgut Wurzach zugesprochen hat, ist ein armer Schluher, L. I. Kammerer in Prag.

Schilfwindel.

Der „Naturheilkundige“ Paul M i s t e l s i t z, der sich im Adreßbuch als „Professor an der Pariser Freien Universität (Université libre)“, korrespondierender Professor an der Universität in Toulouse, Naturheilkundiger Direktor der elektro-physikalischen Naturheilkunde“ bezeichnet und in bürgerlichen Zeitungen marktschreierische Reklamen veröffentlicht, hatte sich am Montag vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Betruges zu verantworten. Eine Frau, die an einem schweren Krebsleiden erkrankt war, hatte verschiedene Ärzte deswegen konsultiert und war auch eine Zeitlang in einer ärztlichen Klinik, aus welcher sie als unheilbar entlassen worden war. Da las die bedauernswerte Kranke die Reklamen des Herrn M i s t e l s i t z und wandte sich an diesen. Nachdem sie von dem dort amtierenden Dr. med. Fischer untersucht worden war, versprach sie die Bedingungen der Behandlung mit dem Angeklagten M i s t e l s i t z. Dieser soll ihr, wie die Tochter der Frau behauptet, die besten Aussichten auf Heilung eröffnet und ihr gesagt haben, daß es sich zwar um keinen leichten Fall handelte, die Patientin aber die Hoffnung haben könne, von ihrem Leiden befreit zu werden. Es soll ihr gesagt worden sein, daß in dem Infinitiv drei Klassen existieren, a 250 M., 150 M. und 100 M., die Frau soll aber bezwungen worden sein, um gleich die Sache energisch anzufassen, die Klasse zu 250 M. zu wählen. Die Gelder hierfür wurden von der Familie der Patientin zusammen gebracht und die „energetische Kur“ begann. Sie hatte nicht den geringsten Erfolg. Die Frau gab schließlich die Kur auf und ist bald darauf gestorben. Ein Kaufvertrag zwischen der Kur und dem Tode der Frau ist nicht nachzuweisen. Dagegen stand die Staatsanwaltschaft auf dem Standpunkt, daß ein Vertrag darin liege, daß der Angeklagte, dem die Unheilbarkeit des Leidens bekannt sein mußte, die Frau in dem Zertum erhalten habe, daß er sie gesund machen könne und infolge der Zertumserzeugung

sich den rechtswidrigen Vermögensvorteil verschaffe. Das Schöffengericht kam zu derselben Auffassung. Zur Sprache kam noch, daß der Angeklagte den Angehörigen der Frau einen Tag vor dem Termin die größere Hälfte des Betruges zurückgezahlt. — Der Staatsanwalt beantragte auf Grund der Beweisaufnahme gegen den Angeklagten ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf 1000 M. Geldstrafe.

Das Urteil dürfte in der Berufungsinanz eine Verschärfung erfahren, denn es liegt in diesem Falle nicht der geringste Grund zu einer milden Auffassung vor. Jemand, der erst durch Inferale verzwelfende Kranke anlockt und dann die Reiben einer armen kranken Frau dazu ausnützt, um der Schwerleidenden und ihren Verwandten riesige Geldsummen für ihre Leichtgläubigkeit abzunehmen, verdient keine Milde. Welches Vertrauen auf die Verzweiflung der Kranken und ihre Unkenntnis gehört zu der Verwirrung, Linderung schaffen zu können und zu der weiteren, die um 150 Mark monatlich teure „erste“ Klasse heile besser oder schneller! Die Straftat bleibt gleich schwer, ob solche Betrügereien seitens eines studierten Arztes oder seitens eines Laien vorgenommen werden. Der Verurteilte war kein Arzt. Er schädigte durch sein Vorgehen deshalb auch die Leute, die in ehrlicher Absicht bei dem Bestand Kranker zu anderen Mitteln greifen, als studierte Ärzte auf Grund ihrer wissenschaftlichen Kenntnis in der Regel anwenden. Den Naturheilkundigen in ihrer großen Mehrzahl läte man ebenso bitter unrecht, sie mit Leuten wie dem Verurteilten in einen Topf zu werfen wie aus dem unhumanen oder arbeiterfeindlichen oder kurzpaßerischen Vorgehen eines Arztes auf alle übrigen einen Mißschluß zu machen.

Wegen Entwendung elektrischer Energie

mühten sich gestern der Hotelbesitzer und Kaufmann Hermann Kammerer, der Ingenieur Paul Kettig, der Maurer Otto Perlowitz und der Installateur August Petermann vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I verantworten. — Der Erstangeklagte, Kammerer, ist Besitzer einer sog. „Blockstation“ in der Reuen Schönhauser Straße, von der aus verschiedene Geschäftsleute mit elektrischem Strom versorgt werden. Im Dezember v. J. wurde der Direktor der Berliner Elektrizitätswerke mitgeteilt, daß von Kammerer widerrechtlich aus dem Straßennetz der Elektrizitätswerke elektrischer Strom entnommen werde. Dies sollte zumeist zu Zeiten geschehen, in denen die zum Antriebe der Stromerzeugenden Dynamomachine verwendete Lokomotive nicht funktionierte. Bei einer unternommenen Revision entdeckten Deamte der Elektrizitätswerke, daß in der Blockstation des Kammerer elektrischer Strom verwendet wurde, der widerrechtlich aus den Kabeln der Elektrizitätswerke abgeleitet worden war. — Das Gericht nahm an, daß die Mitangeklagten Kettig und Petermann in gutem Glauben gehandelt hatten und sprach diese frei. Dagegen lautete das Urteil gegen Kammerer auf 100 Mark, gegen Perlowitz auf 50 Mark Geldstrafe.

Verfammlungen.

Der Deutsche Transportarbeiterverband (Verwaltungsstelle Berlin II) hielt am Donnerstag eine ordentliche Generalversammlung in den Mustertälen ab. Der Vorsitzende Uthe machte einleitend mehrere geschäftliche Mitteilungen. Hervorgehoben ist, daß die Jugendsektion, trotz der schlechten Konjunktur ziemlich stabil geblieben ist. Freudig ist zu konstatieren, daß die jugendlichen Kollegen in der Agitation erheblichen Fleiß entfaltet. Die Fensterputzer der Firma Jure besanden sich noch im Streik. Der Tarif der Holzschneider und Bodenarbeiter läuft im Herbst ab. Diese Kollegen ständen auf dem Standpunkte, dann möglichst ihre Lohnverhältnisse durch einen neuen Tarifvertrag aufzubessern und rüsteten dazu. Es werde nun ihre Aufgabe sein, recht tüchtig zu agitieren, damit der letzte Speditionsarbeiter der Organisation zugeführt werde. Die Beteiligung an der Reisefeier, die hinter der des Vorjahres zurückblieb, hatte diesmal die Aus-sperrung von nur 9 Kollegen zur Folge.

Der Kassierer Schulz erstattete dann den Kassenbericht für das erste Quartal. Einschließlich eines früheren Bestandes von 24 293,63 M. betrug die Gesamteinnahme 111 391,23 M. Dem stand eine Gesamtausgabe von 85 681,98 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 25 729,30 M. verblieb. Diese Abrechnung ist die buchmäßige. Tatsächlich befand sich in der Kasse ein höherer Betrag. Von dem Mehr von 493,10 M. ließ sich bisher nicht aufklären, woher sie stammen. — K i r c h e als Revisor konstatierte dies ebenfalls. Er glaubt, bei der nächsten Revision müsse sich der Ursprung dieses Ueberschusses herausstellen. Solange die Aufklärung fehlt, wollen die Revisoren nicht Bedauer beantragen. K i r c h e erklärte jedoch, daß die Revisoren keinerlei Mißtrauen gegen Schulz hätten. Die Kollegen brauchten sich nicht beunruhigen, Bücher und Belege sind in bester Ordnung. — Die Versammlung war damit einberstanden, abzuwarten, ob sich bis zur nächsten Abrechnung und Revision das Mehr aufklärt. Falls dies nicht der Fall ist, soll die Summe als Extraeinnahme verbucht werden. — U t h e teilte noch mit, daß sich die Bezirksleitung Groß-Berlins konstituiert hat. Sie wird ihr Hauptaugenmerk darauf richten, über kurz oder lang ein einheitliches Arbeiten der vier Ortsverbände zu erzielen. Berlin wird auch in Agitationsbezirk eingeteilt werden. Es ist für die Bezirke die Bildung von Agitationskommissionen geplant.

Berein ehemaliger Voelker (Abteilung B). Heute abend 7 1/2 Uhr bei Rulke, Brunnenstr. 3: Vortrag. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

10. Jahresbericht 1907 des Arbeitersekretariats. München. 84 Seiten. Selbstverlag.
1. Jahresbericht 1907 des Arbeitersekretariats Königsberg i. Pr. 80 Seiten. Selbstverlag.

Von der Reise zurück. 183/9
Dr. med. Davidsohn,
Lichtholzanstalt - Röntgenlaboratorium
Lustn-Ufer 32.

Gustav Lindenhayn,
Gastwirtschaft. Telefon: Amt
Ordnung Nr. 17.
Grünau, Friedrich-Str. 2.
5 Minuten vom Bahnhof.
Großer Garten. Vereinszimmer.
Fremdenlogis. 26612*
Vorzügliche Speisen und Getränke in
größter Auswahl zu soliden Preisen.

Ohne Anzahlung Gardinen,
Portieren, Decken, Federbetten,
Bettmöbel, Bilder auf Teilzahlung,
nur Postkarte erbeten.
L. Matzner, Auguststr. 50.

25 1/2 cm große, doppelseitige
beste und
billigste
der Welt.
Schalplatten

Mark 1,75. 10 Stück
15 Mark.
C. Arendt,
Charlottenburg,
Potsdamer Str. 8a.
Vorzugsweise gratis.
Engros. En détail.
Export. Versand.



**Gastwirts-
und
Kochkunst-Ausstellung**
vornachaltes vom
Verband der Gast- u. Schankwirte für
Berlin u. d. Prov. Brandenburg (K. V.)
und dem Zweigverein Berlin des In-
ternationalen Verbandes der Köche in
Berlin, Neue Welt, Hasenheide 108-114
vom 25. Sept. bis 1. Okt. 1908.

Ständiges Bureau:
Berlin N. 54, Veteranenstrasse 8.
Prospekte gratis und franko.

teppdecken
größte Auswahl, sehr
zweckmäßig, billigste b. Fabrik
Bernhard Ströbmann,
Hof 72 Wallstr. 72, Berlin
S. 14.
(zwischen Hof u. Julestr.)
und alle Teppdecken einfarbig, weiß

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Wittmoß, den 20. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus, Donna Diana.
Königl. Schauspielhaus, Ein Erfolg.

Anfang 8 Uhr.
Berliner Hoftheater Erben.
Neues. Die Hemsöer.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Erdgeist.
Neues Schauspielhaus. Der Dummkopf.
Kleines. 2 x 2 = 5.
Römische Oper. Fledermaus. Ruff et Denis.

Reibens. Der Floh im Ohr.
Leffing. Der Raub der Sabinerinnen.
Hebbel. Frau Warrens Gewerbe.
Kammerspiele. Die blaue Maus.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Ohne Gellint.

Schiller Charlottenburg. Der rote Leutnant.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Des Pastors Rieke.
Thalia. Der Selbstmörderkud.
Westen. Ein Walzertraum.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.

Vorhing. Das Langverbot.
Luifen. Der Weg ins Verderben.
Trianon. Seine erste Frau.
Bernhard Hofe. Die Loreley.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Die süßen Orisellen. Spezialitäten.

Kasino. Der Brandstifter.
Wintergarten. Spezialitäten.
Wallage. Spezialitäten. Dr. Müller.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Theater an der Spree. Der Cowboy.

Hollies Bergöre. Spezialitäten.
Blanc d'oe.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Hollies Caprice. Parfiana. Nr. 69.
Das ruhige Heim.

Urania. Fandenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte. Invalidenstr. 67/62.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:

Hoftheater Erben

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:

Die Hemsöer.
Worgen und Freitag: Die Hemsöer.
Sonabend zum erstenmal: Die ersten Menschen.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonabend: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
8 Uhr: Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr. halbe Preise:
Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Des Pastors Rieke.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Des Pastors Rieke.
Freitag: Frei ist der Dursch.
Sonabend zum erstenmal: Im weissen Höl.

Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:

Der Floh im Ohr.
Edman in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolf-Jacoby.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Hebbel-Theater. Königsplatz
Str. 57/58.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten v. Bernard Shaw.

Luisen-Theater.
Reichenberger Straße 34.
Abends 8 Uhr:

Der Weg ins Verderben.
Donnerstag: Der Weg ins Verderben.
Freitag: Mutter Erde.
Sonabend: Im Hause der Sünde.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Weg ins Verderben. Abends 8 Uhr: Der Weg ins Verderben.
Montag: Im Hause der Sünde.

Metropol-Theater
Zum 241. Male:
Das muß man seh'n.
Heute in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Das muß man seh'n.
Heute in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 49/49.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
— die Hälfte. —

Theater an der Spree.

Köpenicker Straße 63.
Täglich 8 Uhr:
Der Cowboy.

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Loreley.
Romant. Volksschausp. m. Ges. u. Tanz
in 5 Akten von Herfch.
Wochentagspreise.

WINTER GARTEN

Neues Programm.
Otto Reutter.
Orford's Elephants.
Palace Girls, Englische Gesangs- und Tanztruppe.
Niards, Akrobaten.
Hagedoras Wundergrotte.
Lilli Schreiber, Soubrette.
Ferry Corwey, Musik Clown.
Guyer und Crispi, Amerikanische Excentrics.
Perezoff-Truppe, Jongleure.
Toqud, der Hund als Reiter, Equilibrist und Jongleur.
Tambo and Tambo, Banjo-Jongleure.
Biograph.

Apollo Theater

8 Uhr: Die bedeutendsten Attraktionen.
9 Uhr: Die süßen Grisetten.
Operette von H. Reinhardt.
9 1/2 Uhr: Grete Gailus, Berlin's beste Soubrette.
10 Uhr: Berl. Bernards Compagnie:
Ein Abend in einem amerikanischen Cingel-Cangel.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Das größte Phänomen aller Zeiten!
Dr. Rückle
Das Tagesgespräch Berlins!
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Seine erste Frau.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Strumentstr. 16.
Heute: **Geichloffen.**
Sonabend: Extra-Vorstellung:
Durch Nacht zum Licht.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Kasino-Theater.

Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Der urkomische Mäler und das erstklassige Mai-Programm.
Der **Brandstifter.**
Drama von H. Heijermans jr.
Sonntag 4 Uhr: Ein Dorfroman.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Das größte Phänomen aller Zeiten!
Dr. Rückle
Das Tagesgespräch Berlins!
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Seine erste Frau.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Das größte Phänomen aller Zeiten!
Dr. Rückle
Das Tagesgespräch Berlins!
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Seine erste Frau.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Das größte Phänomen aller Zeiten!
Dr. Rückle
Das Tagesgespräch Berlins!
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Seine erste Frau.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Das größte Phänomen aller Zeiten!
Dr. Rückle
Das Tagesgespräch Berlins!
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Seine erste Frau.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Das größte Phänomen aller Zeiten!
Dr. Rückle
Das Tagesgespräch Berlins!
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Seine erste Frau.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Wittmoß, abends 8 Uhr:
Ohne Gellint.
Schauspiel in drei Aufzügen von Hedw. v. Hobelitz.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Widerspenstigen Zähmung.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Wittmoß, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
Schauspiel in 3 Akten von Eduard Goldbed und Hermann Henze.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hans Huckebein.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Herzen.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg.
Jernsprecher Nr. 8.
Frankfurter Chaussee 5.

Jeden Mittwoch und Sonntag:
Soiree der Apollo-Sänger.
Nach der Vorstellung:
Familien-Kränzchen.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr.
Die großartigen **Mai-Spezialitäten.**
Amüsantes Programm.

Im Tunnel:
KONZERTE.

Passage-Panoptikum.

Zum ersten Male in Berlin!
Die lange Dora
Das größte Riesenkind
Gesamtlänge 2 Meter 19.
:: Kunsttaucher ::
Kapit. Gröbl in seinem
Nepolitischen Briganten-Kapelle.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Strumentstr. 16.
Heute: **Geichloffen.**
Sonabend: Extra-Vorstellung:
Durch Nacht zum Licht.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Kasino-Theater.

Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Der urkomische Mäler und das erstklassige Mai-Programm.
Der **Brandstifter.**
Drama von H. Heijermans jr.
Sonntag 4 Uhr: Ein Dorfroman.

„Problem“

überall zu haben.
Kein Streik.
Keine Arbeiterdifferenzen.
Cigarrettenfabrik „Problem“.

„Problem“

überall zu haben.
Kein Streik.
Keine Arbeiterdifferenzen.
Cigarrettenfabrik „Problem“.

„Problem“

überall zu haben.
Kein Streik.
Keine Arbeiterdifferenzen.
Cigarrettenfabrik „Problem“.

„Problem“

überall zu haben.
Kein Streik.
Keine Arbeiterdifferenzen.
Cigarrettenfabrik „Problem“.

„Problem“

überall zu haben.
Kein Streik.
Keine Arbeiterdifferenzen.
Cigarrettenfabrik „Problem“.

„Problem“

überall zu haben.
Kein Streik.
Keine Arbeiterdifferenzen.
Cigarrettenfabrik „Problem“.

„Problem“

überall zu haben.
Kein Streik.
Keine Arbeiterdifferenzen.
Cigarrettenfabrik „Problem“.

„Problem“

überall zu haben.
Kein Streik.
Keine Arbeiterdifferenzen.
Cigarrettenfabrik „Problem“.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten sowie dem sozialdemokratischen Wahlverein Rixdorf und den Kollegen und Kolleginnen der Firma Girch meinen herzlichsten Dank.
31512
Luise Büttner nebst Kindern.

Dankfagung.

Allen denen, die unserem lieben, guten Vater
31502
Hermann Dacke
die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere Herrn Dr. Schütte, sowie dem Gesangsverein „Germania“, sagen wir auf diesem Wege unseren verbindlichsten Dank.
Hilf Dacke nebst Frau.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen Verwandten, Freunden und Kollegen unseren herzlichsten Dank.
Joseph Kluger nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzpenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester **Ida Zimmermann** sagen wir allen Freunden und Bekannten, dem Personal der Firma Rühl u. Söhne, dem Vorstand der Steinbräu-Arbeiter und -Arbeiterinnen herzlichsten Dank.
21485
Die trauernden Hinterbliebenen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Frankfurter Viertel.) Bezirk Nr. 292.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt **Karl Hille** (Strandstr. 52) 218/9

gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Markus-Kirchhof in Wilhelmshagen statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Verband der freien Gast-u. Schankwirte Deutschlands

Zahlstelle Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Gastwirt **Karl Hille** (Strandstr. 52) am 17. Mai d. J. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Markus-Kirchhof in Wilhelmshagen statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.** 75/4

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Karl Wagner** am 17. Mai gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Prieger Kirchhofes, Rudower Chaussee, aus statt.
84/14 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (Westk. Groß-Berlin.)

Hiermit diene den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Max Dowe**, Hufstr. 17, d. W. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 20. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Verusalemer Kirchhofes, Bergmannstr. 45/47, aus statt.
69/5 **Ortsverwaltung I.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (Westk. Groß-Berlin.)

Hiermit diene den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Max Dowe**, Hufstr. 17, d. W. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 20. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Verusalemer Kirchhofes, Bergmannstr. 45/47, aus statt.
69/5 **Ortsverwaltung I.**

Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.
Am Sonntag, den 17. Mai, verstarb unser Mitglied, der Kollege **Karl Jorasch** (Westk. G. Quiremann).

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes (Westend, Färberbrunnen Weg) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.** 157/3

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Kernmacherin **Martha Specht** an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Danes-Friedhofes in Reinickendorf, Manfestr. aus statt.
Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Kernmacherin **Martha Specht** an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Danes-Friedhofes in Reinickendorf, Manfestr. aus statt.
Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

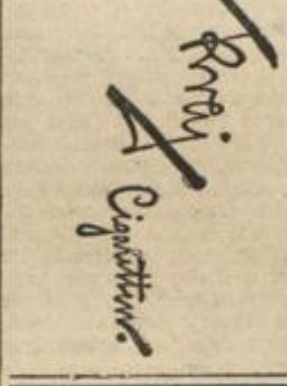
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Kernmacherin **Martha Specht** an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Danes-Friedhofes in Reinickendorf, Manfestr. aus statt.
Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Kernmacherin **Martha Specht** an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 20. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Danes-Friedhofes in Reinickendorf, Manfestr. aus statt.
Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.** 2147b



Gustav Behrens-Theater.

Berlin W., Goltzstr. 9.

Des großen Erfolges wegen prolongiert die jahne Wih Belvorhö mit ihren dreifertigen Bären. Neu! **Unsere Marine.** Neu! Lebensbild mit Gesang und Tanz. Neu! Graf Zappelin mit seinem leibaren Luftballon Modell 1909. Außerdem **Qued's Biograph** und **20 Spezialitäten.**
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Wir verkaufen

jeht noch billig
 R 4 Mark am
in Petershagen, Ostbahn,
 R 8 Mark am
Zeegefeld, am Bahnhof,
 R 10 Mark am
Kaulsdorf, am Bahnhof,
 R 10 Mark
Bahnhof Sadowa, Rieddorf-
Kaulsdorf-Züd,
 R 30 Mark am
Rieddorf, Stadtbahn, a. Bahnhof.
Verkaufsstell. a. d. Bahnhöfen.
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16.

Westmanns Konfektionshaus

Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 87a, an den Kolonnaden; kein Eckhaus,
und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115, an der Andreasstraße; kein Eckhaus.
Um Irrtümer zu vermeiden, genaue Beachtung der Firma und Hausnummer dringend erwünscht!
Ich verkaufe jetzt, um total zu räumen, mein Lager im Werte von ca. 1/2 Million Mark.
Kostüme! Röcke! Blusen!
Diesjährige letzte Moderscheunungen!

Noch etwas vom „elendesten aller Wahlsysteme“.

Aus den Listen der Landtagswähler Berlins haben wir gestern einige Angaben gebracht, um zu zeigen, zu wie trassen Gegenständen das dreiklassige Wahlsystem führt. Beachtung verdient aber auch die Ungleichheit der Urwahlbezirke, durch die die Wunderlichkeiten und Ungerechtigkeiten dieses Wahlsystems noch vermehrt und gesteigert werden.

Für die Abgrenzung der Urwahlbezirke wird nicht die Wählerzahl, sondern die Bevölkerungszahl zu Grunde gelegt. Bemut wird dabei das Ergebnis der jeweils letzten Volkszählung, so daß alle inzwischen eingetretenen Veränderungen unverändert bleiben. In einer Stadt wie Berlin können aber innerhalb weniger Jahre in manchen Bezirken sehr einschneidende Veränderungen zustande kommen. Bezirke, die erst teilweise bebaut waren, können beim Fortschreiten der Bebauung ihre Bewohnerzahl rasch auf das Vielfache steigern. Andere Bezirke, die in älteren Stadtteilen liegen, können infolge massenhafter Hausabbrüche plötzlich einen großen Teil ihrer Bevölkerung verlieren. Beispiele für die erstgenannte Möglichkeit sind zahlreich vorhanden. In Bezirken z. B. des nördlichen Teiles der Schönhauser Vorstadt und des nordwestlichen Teiles vom Wedding ist seit der letzten Volkszählung so viel gebaut worden und die Bevölkerungszahl so rasch gestiegen, daß dort heute mehr Landtagswähler vorhanden sind, als damals Bewohner in ihnen vorhanden waren. Nur zwei Beispiele, die trassesten, seien hier genannt. Für Urwahlbezirk 1337 (Teil vom Stadtbezirk 310, zum Wedding gehörend, nahe dem Virchow-Krankenhaus) ist die frühere Bevölkerungszahl 1324 zugrunde gelegt, aber in den letzten Jahren 1882 Wähler, nämlich für die erste Abteilung 69, für die zweite Abteilung 450, für die dritte Abteilung 1363. Urwahlbezirk 1003 (Teil vom Stadtbezirk 249 B, zur Schönhauser Vorstadt gehörend, außerhalb der Ringbahn) wird behandelt nach seiner früheren Bevölkerungszahl 903, hat aber jetzt schon 2417 Wähler, nämlich für die erste 165, für die zweite Abteilung 644, für die dritte Abteilung 1608. Ein Gegenstück hierzu ist z. B. Urwahlbezirk 814 (Teil vom Stadtbezirk 202, zum Scheunenviertel gehörend), der bei einer früheren Bevölkerungszahl von 1131 Personen jetzt nur noch ganze 25 Wähler hat, 8 in der ersten Abteilung, 8 in der zweiten Abteilung, 14 in der dritten Abteilung. Ähnlich liegen die Dinge in anderen Bezirken des Scheunenviertels; es ist das eine Folge der Massenabbrüche, die dort stattgefunden haben. Aber auch in anderen Stadtteilen, wo diese Ursache nicht vorliegt, finden sich Bezirke, deren Wählerzahl ganz außerordentlich hinter der für sie angegebenen Bevölkerungszahl zurückbleibt. Urwahlbezirk 344 (Teil vom Stadtbezirk 106, nahe dem Schießfeld Tor) hat bei angeblich 1749 Bewohnern nur 107 Wähler, 2 und 27 und 78 in den drei Abteilungen. Dort liegt nämlich eine Kaserne (Brangelstraße), deren Zusassen für die Abgrenzung des Bezirkes berücksichtigt werden, obwohl sie selber das Wahlrecht nicht haben. Dieselbe Erscheinung fällt auf in allen anderen Bezirken mit Kasernen. Erwähnen wollen wir hier auch noch den Urwahlbezirk 760 (Teil vom Stadtbezirk 193E, an der Prenzlauer Allee), der trotz der ihm zugeschriebenen Bevölkerungszahl 1633 nur 31 Wähler hat, 2 und 7 und 22 in den drei Abteilungen. Dort liegt das Siedehaus, dessen Zusassen als aus öffentlichen Mitteln unterstützt gelten.

Solche Ungleichheiten der Wahlbezirke könnten uns gleichgültig sein bei den Reichstagswahlen, wo ja direkt gewählt wird und nur eine Ungleichheit der Wahlkreise sich fühlbar macht. Bei den Landtagswahlen aber muß auch die Ungleichheit der Wahlbezirke sich schon sehr unangenehm bemerkbar machen, weil hier jeder Bezirk, ob er viel oder wenig Wähler hat, je nach seiner Bevölkerungszahl seine bestimmte Zahl Wahlmänner wählt. Die 25 Wähler jenes Scheunenviertel-Bezirk wählen für seine angeblich 1131 Bewohner vier Wahlmänner. Im Siedehaus-Bezirk mit seinen 1633 Bewohnern werden von seinen 31 Wählern sogar sechs Wahlmänner gewählt. Dagegen darf der oben erwähnte Bezirk 1337, dem nur „1324 Bewohner“ zugewiesen sind, von seinen 1882 Wählern nur 5 Wahlmänner wählen lassen. Und der Bezirk 1003, der angeblich erst „903 Bewohner“ haben soll, darf gar von den 2417 Wählern, die er nun schon hat, nur 3 Wahlmänner wählen lassen. Im Scheunenviertel werden 25 Wähler durch 4 Wahlmänner vertreten, in der Schönhauser Vorstadt darf eine rund 100fache Wählerzahl, 2417 Wähler, nur durch 3 Wahlmänner ihren Einfluß auf die Abgeordnetenwahl ausüben. Das sind die prächtigsten Blüten des indirekten Wahlsystems, die uns bei der Durchsicht der Bezirke aufgestoßen sind. Ist es auch Tollheit, hat es doch Methode! Im Zusammenhang mit der Dreiklassigkeit dieses „elendesten aller Wahlsysteme“ führt die Ungleichheit der Urwahlbezirke zu wahrhaft ungeheuerlichen Gegenständen. In dem mehrfach erwähnten Bezirk 1003 haben 1608 Wähler dritter Abteilung einen einzigen Wahlmann zu wählen, während z. B. im Bezirk 1388, der zu demselben Wahlkreis (dem neunten) gehört, die erste Abteilung einen einzigen Wähler hat, der zwei Wahlmänner „wählen“ darf. Dieser „Einzige“ hat also 3216 mal soviel Einfluß auf die Wahl des Abgeordneten seines Kreises wie jeder Wähler dritter Abteilung des 1003. Bezirkes.

Die Unsinnglichkeit des Dreiklassenwahlrechts

haben wir gestern an zahlreichen Beispielen illustriert. In einem Falle bezogen wir uns auch auf den Urwahlbezirk, in dem der Reichskanzler Fürst Bälou in der zweiten Wählerklasse wählt. Dieser Bezirk ist der 40. Urwahlbezirk. Die Zahlen der Wähler in den drei Abteilungen sind: 8, 8 und 107. Der letzte Wähler der ersten Abteilung zählt 30 250,10 M., der letzte der zweiten Abteilung 15 688,83 M. Steuer. Der ersten Abteilung gehören an der Bankier Wilhelm v. Krause und zwei Privatiers, der zweiten Abteilung zwei Kommerzienräte, ein Großkaufmann, und dann folgen Fürst Bälou, Fürst Ferdinand Radziwill und ein Fabrikbesitzer. In der dritten Abteilung finden wir zunächst einen Professor, einen Fabrikbesitzer, später den Oberstaatskammerer des

Kaisers, Grafen v. Perponcher-Sedlnitzky, den Wirkl. Geheimen Rat v. Derenthall, den Staatsminister v. Bethmann-Hollweg, den Staatssekretär Rieberding, den Justizminister Weseler, den Geh. Kabinettsrat v. Lucanus, Haupttreibschafftsdirektoren, Unterstaatssekretäre, Präsidenten, Konteradmirale usw. usw.

Alle diese „armen Teufel“ müssen mit ihrem Kutscher oder Stiefelpußer in derselben Klasse wählen, was gewiß kein Unglück ist, was sie aber doch dann etwas weniger freudig stimmen wird, wenn ihre in einem anderen Bezirke wohnenden Angehörigen zufällig in der zweiten oder ausnahmsweise gar in der ersten Klasse wählen können.

Zur Landtagswahlbewegung.

Rixdorf-Schöneberg.

Schöneberg. Heute, Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 Uhr, findet die Aufstellung der Wahlmänner statt. Die Urwähler werden daher ersucht, an diesen Versammlungen sich zahlreich zu beteiligen. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Landtagswahl 1908. 2. Die Aufstellung der Wahlmänner.

Es treffen sich die Wähler der Urwahlbezirke: 1-24 in den Auguste-Viktoria-Sälen, Lutherstr. 81/82; 28-30, 32-34 im Lokal J. Wieloch, Grünwaldstr. 110; 25-27, 31, 36-46, 48, 49, 53 und 54 im Lokal E. Großer, Reininger Str. 8; 35, 55, 58-64 im Klubhaus, Hauptstr. 5; 65-71, 74-76 und 79-82 im Lindenpark, Hauptstr. 16; 66, 77, 78, 47, 50-52 und 57 im Wilhelmshof, Ebersstr. 80; 72 und 73 im Lokal A. Michaelis, Gustav-Müller-Str. 15; 83-90 im Lokal Bergemann, Sponholzstr. 34.

Die Parteigenossen wollen für die Versammlungen agitieren, damit diese überall zahlreich besucht werden. Das Wahlkomitee.

Charlottenburg.

Die Abteilungslisten zur Landtagswahl für die 176 Urwahlbezirke in Charlottenburg werden am nächsten Donnerstag, Freitag und Sonnabend von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends öffentlich ausliegen, und zwar a) für die Urwahlbezirke 1 bis 116 (Stadtbezirke Westend, Spanbauerberg, Schloßviertel, Liegnitzsee, Kolowiswerder, Ronnendamm, Königsdamm nördlich und südlich, Martinikenselde, Lützow, Halbinsel und innere Stadt) in unserem Statistischen Amt, Berliner Straße 71, rechter Seitenflügel, Erdgesch. Zimmer 1; b) für die Urwahlbezirke 117 bis 176 (Stadtbezirke Hochschulviertel, Kurfürstendamm und Ostviertel) im Feuerwehrgeschäft, Kurfürstendamm 10, 1 Treppe (im Oberfeuerwehrgeschäft). Etwaige Einsprüche gegen die Richtigkeit der Abteilungslisten können nur innerhalb der genannten drei Tage schriftlich bei dem Magistrat oder zu Protokoll in den Ausgelegten angebracht werden.

Veräume niemand diese kurze Frist. Das Wahlkomitee.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Fünftes Wahlkreis. Die zweite Abteilung hält heute, Mittwoch, gemeinsamen Jahlabend mit Frauen bei Berde, Neue Königsstr. 7, ab. Allezeitiges Erscheinen erwartet Der Abteilungsführer.

Johannisthal. Donnerstag, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr findet bei Senfichen, Friedrichstr. 48, eine Wählerversammlung für beide Urwahlbezirke statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Riech-Charlottenburg über: „Die Bedeutung der preussischen Landtagswahl“. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Wahlmänner. Pflicht aller Parteigenossen ist es, zu erscheinen. Der Vorstand.

Stralau. Die Abteilungslisten liegen am 20., 21. und 22. Mai im Rathaus, Zimmer Nr. 5, während der Amtsstunden öffentlich aus. Pflicht eines jeden Wählers ist es, dieselben einzusehen, ob er richtig eingetragen ist.

Am Donnerstag, den 21. Mai, abends 8 Uhr, findet in den Markgrafensälen eine öffentliche Frauenversammlung statt. Die Parteigenossen und ihre Frauen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Reinickendorf. Die Abteilungslisten liegen vom 20. bis 22. Mai von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr im Rathaus, Zimmer 11 zur Einsichtnahme aus.

Reinickendorf-Ost. Heute abends 8 Uhr erfolgt im „Restaurant zur Eisenbahn“ (Weber), Nordbahnstraße 22, Ecke Provinzialstraße, für den 13. bis 17. Urwahlbezirk (Provinzialstraße mit ihren Nebenstraßen und Hausotterplatz) die Aufstellung der sozialdemokratischen Wahlmänner.

Wir erwarten zahlreiche Beteiligung der wahlberechtigten Mitglieder des Wahlvereins. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Heute Mittwoch findet eine Handzettelverteilung von den bekanntesten Stellen aus statt. Um rege Beteiligung der Genossen bittet Das Wahlkomitee.

Waldmannslust. Donnerstag, den 21. d. M., abends 7 Uhr: Handzettelverteilung. Die Genossen treffen sich im „Schweizerhaus“. Zahlreiche Beteiligung notwendig.

Berliner Nachrichten.

Die Treptow-Sternwarte,

die bisher sich mit durchaus unzulänglichen Räumen hat begnügen müssen, wird nun bald ein größeres und würdigeres Heim bekommen. Das alte Haus aus Holz, das längst klapperig geworden war und nachgerade zusammenzufallen drohte, ist beseitigt. Zur Errichtung eines neuen Gebäudes an derselben Stelle sind die Vorarbeiten in Angriff genommen worden. Stehen geblieben ist das riesige Fernrohr; seine Benutzung wird während des Baues keine Unterbrechung erleiden. Der steinerne Unterbau, auf dem es mit seinem Gewicht von mehr als 6000 Zentnern ruht, präzentiert sich jetzt nackt und bloß. Zu dem neuen massiven Hause, das um das Fernrohr herum erbaut werden soll, wurde am Sonntag in der Mittagstunde der Grundstein gelegt. Die Verwaltung der Sternwarte hatte sich bemüht, die Grundsteinlegung zu einer eindrucksvollen Feier zu gestalten.

Unter den zahlreichen Ehrengästen, die daran teilnahmen, befanden sich als Vertreter des Magistrats von Berlin der Stadtkammerer Steiniger, als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung von Berlin der Stadtverordnete Haberland, als Vertreter der zentralorganisierten freien Gewerkschaften Groß-Berlins der Gewerkschaftssekretär Körsten, ferner Vertreter Treptows rund anderer Vorortgemeinden, sowie Vertreter verschiedener Körperschaften. Auf dem festlich geschmückten Bauplatz gegenüber der für die Einmauerung des Grundsteins bestimmten Stelle, über der das Fernrohr anfragte, wurden

von Herrn Archonold, dem Direktor der Treptow-Sternwarte, die Gäste begrüßt. In seiner Ansprache hob er hervor, daß der Neubau ermöglicht worden sei durch die freiwilligen Spenden von über 500 Freunden des Instituts, sowie durch das Entgegenkommen der Stadt Berlin und der Gewerkschaften. Berlin hat unentgeltlich den Bauplatz gewährt und außerdem Bürgschaft geleistet für ein bei der Preussischen Pfandbriefbank aufgenommenes Darlehen von 100 000 M.; die Gewerkschaften haben im voraus 100 000 Doppel-Eintrittskarten gekauft und dadurch sehr wirksam beigetragen zur Sicherung des Unternehmens.

Die Festrrede, die dann von Direktor Archonold gehalten wurde, gab einen Rückblick auf die Geschichte der Treptow-Sternwarte. Im Jahre 1896 wurde diese Sternwarte eröffnet, mit den Mitteln privater Freunde war sie errichtet worden, sie bildete eine der Sehenswürdigkeiten der Berliner Gelehrtenstadt. Neu war die von Archonold ausgegangene Idee, das Fernrohr freizumachen von der Stuppel. So wurde es möglich, hier den größten Refraktor der Erde aufzustellen, der mit seiner Länge von 21 Metern bis heute unbertroffen geblieben ist. Die alte provisorische Holzhalle, die damals unterhalb des Fernrohrs errichtet wurde, hat zwölf Jahre gestanden. Sie war zuletzt so baufällig, daß der Regen durch die Decke drang und die dort aufgestellten Sammlungen des Instituts gefährdete. Eng und dürrig bis zum Skandal war auch der „Vortragssaal“, der einen Teil dieser jammervollen Bretterbude bildete. Der neue Vortragssaal wird so groß werden, daß er 500 Personen fassen kann. Herr Archonold schilderte die Schwierigkeiten und Widerstände, die überwunden werden mußten, bis der Plan eines Neubaus ausführbar wurde.

Auf die Festrrede folgten Ansprachen der Ehrengäste, die ihre Glückwünsche darbrachten. Körsten, der gleichfalls das Wort ergriff, berührte die Beziehungen der Arbeiterschaft zur Treptow-Sternwarte. Von der Arbeiterschaft, der man so gern nachsage, daß sie keinen Sinn für Kunst und Wissenschaft habe, sei diesem Institut das lebhafteste und tatkräftigste Interesse entgegengebracht worden; sie werde vielleicht „die beste Kundin“ der Sternwarte sein. Die Feier schloß mit der Einmauerung von Urkunden, die sich auf die Treptow-Sternwarte und diesen Neubau beziehen. Nacheinander traten die Festteilnehmer heran und taten jeder seine drei Hammerschläge.

Am grünen Tisch.

In Mühlendamm an der Anthe war außerordentliche Amtsstunde anberaumt. Wegen der ungeheuren Wichtigkeit des Gegenstandes hatte man es den wohlweisen Räten und sonstigen maßgebenden Altkennern auf die Seele gebunden, ausnahmsweise so pünktlich zu erscheinen, als ob sich darum handelte, Zwangsmäßig gegen das verbotene Spazierengehen friedlicher Bürger zu treffen. Trotzdem war zur festgesetzten Stunde noch kein einziger Staatsreiter auf seinem Plage. In Erwartung der langen Sitzung und der großen Dinge, die da kommen sollten, hatten sie alle gut gefrühstückt und langten in einer Laune an, die eher zum Besuche eines Prudentempels als zur Entscheidung einer wichtigen Volksfrage paßte. Der Gewaltige am Ehrenplatz rangelte nicht mal die Sitze. Solche Stimmung war ihm gerade recht. Das ist der Anfang jener weltberühmt gewordenen Geistesverfassung, in der freisinnige Reichsratsmitglieder, die den Vielmay gebührend begossen haben, im grauesten Elend nach den verloren gegangenen Grundfragen suchen.

„Meine Herren,“ begann der Direktor von's Ganze, „meine Herren... Sie sollen heute helfen, das Volk auf's Rad zu stellen... ah, pardon, wollte sagen... einen neuen Kranz zu flechten zum Staatswohle und zum Wohle des Volkes...“

„Bravo, bravo!“ erscholl es im Chorus, „ah, kapitaler Wig... auf's Radflechten hat er gesagt... ah, jrohartige Idee...“ Mit Würde nur legte der Vorsitzende der spontanen Begeisterung die Fägel der Amtswürde an.

„Meine Herren,“ fuhr er mit donnernder Stimme fort, „können Sie gut knebeln? Das heißt, nicht etwa Sie selbst sollen sich die Hände schmutzig machen. Bewahren, dazu haben wir unsere Leute, die drausgehen wie der alte Müller aus Preußen. Mir ist der ehrenvolle Auftrag geworden, das Volk zu knebeln... ah, pardon, wollte sagen... dem Volke so ein neues Stückchen Verfassung zu geben...“

Nicht endenwollender Beifall belohnte die glänzende Redeleistung. „Knebeln... drausgehen... Verfassung...“ hallte es wüst durcheinander, daß der grüne Tisch spiritistische Anwandlungen bekam.

Energisch schwang der Gewaltige die wie hohles Blech klingende Staatsglocke. „Zur Sache, meine Herren. Pfänden Sie Ihre Lorbeeren zu Hause, wenn ich bitten darf. Also... Sie kennen doch alle das neue Gesetz zum Wohle des Volkes, ich meine das... Maulkorbgesetz...“

Erneutes bröhnendes Gelächter. „Maulkorbgesetz hat er gesagt. Einfach jottvoll! Unser Präsident soll leben, vivat...“ Weiter kam der begeisterte Patriot nicht. Einer der Räte war in einen so anhaltenden Lachkrampf gefallen, daß die Sitzung für eine Stunde vertagt werden mußte...“

Mit einstündiger Verspätung wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Die Stimmung war auf den Siedepunkt der Begeisterung gestiegen.

„Meine Herren, wo waren wir stehen geblieben? Wichtig... beim Maulkorb. Den hätten wir also. Nun müssen wir ihn aber auch anlegen. Sind es nicht Prachtwerke, diese Freisinnshelden? Ohne sie wäre der russische Staat jetzt vielleicht verloren. Und wie billig ist das Vergnügen gewesen! Für ein paar Piepögelchen haben diese großherzigen Volksmänner ihre Lieberzeugung und ihre... hahaha... Grundzüge dem großen Staatsfad gepfeert... ah, pardon, wollte sagen... dem Volkswohle...“

Jetzt hielt sich die ganze Korona den Bauch. Einer der Sitzungsteilnehmer stellte den Antrag, der freisinnigen Reichsratsfraktion eine Guldigungsadresse zu überreichen, in Einband aus Efelleder. Wiederum wurde der Antrag einstimmig angenommen.

„Meine Herren, kommen wir bald zum Schluß. Amtsdienet Krummbeutel melbet foeben, daß die Statistische schon zurechtgerichtet sind und die Witwe Utiot die nötige Temperatur erreicht hat. Also... das neue Gesetz bestimmt, damit ich es Ihnen noch einmal ins Gedächtnis rufe, daß der russische Plebs öffentlich nicht mehr russisch, sondern nur noch hindostanisch sprechen darf. Mit diesem Gesetz, meine Herren, hat unser herrlicher Staat die höchste Potenz der Kultur erreicht. Noch nach Jahretausenden wird die Nachwelt uns dafür auf's Rad stellen... ah, Pardon, wollte sagen... uns Ruhmeskränze flechten. Und daß die siebzehnjährigen sogenannten Staatsbürger, solche grünen Laufsejungen, die gerade gut genug sind, Steuern zu bezahlen und ihre Knochen dem ersten Manne des

Staates zu weichen, an der Staatsmaschinerie nichts mitzuarbeiten...
... das Maul zu halten haben — na, das finden Sie doch alle auch ganz an der Ordnung? Sehr schön... aus-
gezeichnet! Freut mich, meine Herren, daß Sie so gesinnungstüchtig
sind. Und damit kommen wir zum letzten und wichtigsten Punkt
unserer Tagesordnung. Nach dem neuen Gesetz, das wir der Ver-
scheidenheit und Weisheit des edelmütigen, wahrhaft volks-
liebenden Freisinnigen danken, sollen öffentliche politische Ver-
sammlungen unbedenklich gestattet sein, wenn sie vorher irgendwie
genügend bekannt gemacht sind. Na, nach meinem Geschmack
ist ja das nun gerade nicht. Der Gesetzgeber hätte gleich
reinen Tisch machen und dem ganzen dreißigen Volke überhaupt das
Redenhalten verbieten sollen. Also nicht wahr, meine Herren,
Sie sind doch einstimmig damit einverstanden, daß alle solche Versammlungen
nur dann abgehalten werden dürfen, wenn sie vorher im
Regierungs-Amtsblatte angezeigt worden sind? ... Aber ich bitte
Sie, Herr Staatsrat Stäcker, was sagen Sie da? Wir haben noch
eine andere Presse? Ei, ei, Herr Staatsrat, das sind doch recht
revolutionäre Gedanken. Wir von der Regierung kennen nur eine
amtliche Presse. Und die übrige sogenannte Presse kann uns den
Amtsblättern herunterschreiben. Da bin ich ganz einer Meinung mit
dem seligen, berühmten Landgerichtsrat aus der preussischen Hochburg
der Reaktion, der einst den berühmten Ausspruch tat, daß es eine
öffentliche Meinung nicht gibt. Je weniger das dumme Volk liest,
desto besser wachsen seine Knochen. Nur wir in Amt und Würden
sind die geistigen Führer der Nation. Alles andere ist Wesch...
Schund... Dred. Haben Sie mich verstanden, Herr Staatsrat
Stäcker? Uebrigens kann ich Ihnen die erfreuliche Mitteilung
machen, daß ich Ihren Namen auf die neue Ordensliste setzen werde.
Also die Herren sind sämtlich mit meinem Vorschlage einverstanden?
Abgemacht... Punktum... die Sitzung ist geschlossen. Auf
Wiedersehen, meine Herren, bei der lustigen Witze auf Eis...!

Das war die Amtssitzung am grünen Tisch, in der das Volk
nach dem Sinne des neuen Gesetzes geknebelt wurde. Und eine
Viertelstunde später knobelte man am Sektisch, wer in der Korona
für die eben begangene Heldentat zum Wohle des Volkes als erster
den russischen Sankt Stanislausorden vierter Güte kriegen werde...

Verkehrsstörungen.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation
wurde zunächst ein Antrag des Freisinnigen Bezirksvereins des
Schillerparkviertels, die Große Berliner Straßenbahn zu veranlassen,
die Linien 23 oder 24 von der Fennstraße die Müllerstraße entlang
zu führen und an der Seestraße bezw. dem Virchow-Krankenhaus
endigen zu lassen, nach kurzer Debatte abgelehnt. — Ein Antrag
des Verkehrsvereins auf Bestellung von Vertretern für die Mit-
glieder des Ausschusses wurde angenommen. — Die Große Straßen-
bahn beabsichtigt eine neue Linie — die Linie 50 — einzurichten,
welche im Anschlußbetrieb vom Ringbahnhof Schönhauser Allee
bis Schöneberg geführt werden soll. Die neue Linie wurde
als im Verkehrsinteresse liegend anerkannt und mit der Maßgabe
genehmigt, daß sie für 10 Pf. gefahren werden soll.

Von Herrn Stadtbaurat Krause wurde der Deputation Mit-
teilung von der Eingabe der Firma Siemens u. Halske an den
Minister der öffentlichen Arbeiten gemacht, nach der durch die
Tunnelentwürfe der Großen Berliner Straßenbahn die zwischen der
Wannseebahn und dem Stettiner Bahnhof geplante Verbindungsbahn
abgeschnitten wird. Bekanntlich hat Siemens u. Halske schon seit
1903 mit den Staatsbehörden wegen Herstellung der erwähnten
Untergrundbahn, die nach Ueberschreitung des Potsdamer Platzes die
Königsgräber Straße, Brandenburger Torplatz und die Sommerstraße
verfolgen soll, verhandelt. Die Große Straßenbahn, die stets vorgibt,
mit allen ihren Plänen nur die Verkehrsinteressen von Berlin fördern
zu wollen, hat in ihren Tunnelentwürfen auf diese so überaus
wichtige Schnellbahnverbindung keinerlei Rücksicht genommen, ob-
schon die formelle Konzession der Staatsbehörde für das Unter-
nehmen von Siemens u. Halske bereits unterm 5. April 1903,
also lange vor dem Bekanntwerden des Tunnelprojekts der Großen
Straßenbahn nachgeschickt war, und ohnehin ohne weiteres ein-
zugehen ist, daß die Ausführung der Straßenbahnentwürfe, besonders
des Radtunnels vor dem Brandenburger Tor, von einschneidender
Bedeutung für das Siemens'sche Projekt ist, ja dessen Ausführung
an einzelnen Stellen, wie z. B. am Brandenburger Tor, technisch
nahezu unmöglichbar und wirtschaftlich minderwertig macht. Bei
der Prüfung der Straßenbahnentwürfe hat die Verkehrsdeputation
auch diese Nachteile der Tunnelprojekte erkannt und in ihren Berichten
an die Aufsichtsbehörden auf die große Beeinträchtigung hingewiesen,
welche die Durchführung des Tunnelprojekts der Großen Straßenbahn
auch nach dieser Richtung hin für die Förderung des Verkehrs im
Gesamten haben würde. Mehr zu tun, war die Deputation nicht in
der Lage.

Aus einem „Kranken- und Genesungsheim“.

Das in Nieder-Schönhausen-Nordend von einem Arzt
Dr. Dosquet betrieben wird, wurden in einer Gerichtsverhandlung
allerlei Dinge zur Sprache gebracht, die bei den Umständen
dieser Anstalt, den jetzigen wie den früheren, Interesse erwecken
werden. Ein Kollereibeitzer S., der für die Anstalt die
Milch zu liefern gehabt hatte, war angeklagt der wissent-
lichen Nahrungsmittelverfälschung; er sollte die
Milch mit Wasser aus seinem Brunnen verlängert haben. Auf
den Gedanken, daß S. eine tüchtige Portion Wasser zusetzte, waren
Herr Dr. Dosquet und seine Gattin gekommen, weil — so be-
lauteten sie beide vor Gericht — die Klagen der Patientin-
nen über die mangelhafte Qualität der Milch sich immer wiederholten. Eines Tages, Mitte Mai 1907,
wurden in der Anstalt der von S. gelieferten Milch zwei Proben
entnommen, die eine aus einer Kanne frischer Milch, die eben an-
gekommen war, die andere aus einem Topf gekochter Milch, die
schon lange auf dem Herd gestanden hatte. Beide Proben wurden
dem Chemiker Prof. Judenack übergeben. Dieser stellte fest, daß
die eine mit salpetersäurehaltigem Brunnenwasser versetzt worden
sei, während die andere frei von solchen Beimengungen zu sein
schien. S. hatte hiermit seine Rolle als Milchlieferant des
„Kranken- und Genesungsheims“ ausgespielt, aber Dr. Dosquet
ließ die Milchverfälschung, die er nach Judenack's Gutachten als
erwiesen ansehen mußte, zunächst auf sich beruhen. Erst nach
Monaten — S. meint: nachdem er mit Dr. Dosquet noch um eine
Geldforderung hatte streiten müssen — fiel es dem Dr. Dosquet
ein, gegen S. Anzeige zu erstatten, und am 19. Mai d. J. stand S.
nun als Angeklagter vor den Schöffen des Amtsgerichts Berlin-
Pankow.

S. beteuerte, unschuldig zu sein, und sein Verteidiger suchte
gläubhaft zu machen, daß die Milch in der Anstalt
selber verdünnt worden sei. Demgegenüber wurde von
Dr. Dosquet und seiner Gattin sowie von Angestellten, die gleich-
falls als Zeugen vernommen wurden, aufs bestimmteste erklärt,
ihnen sei nichts davon bekannt, daß in der Anstalt eine Ver-
dünnung der Milch vorgekommen oder gar üblich gewesen sei.
Nun haben aber Patientinnen der Anstalt über die Qualität der
Milch auch noch zu einer Zeit geklagt, wo S. dort längst nicht
mehr lieferte. Noch im August 1907 wurde über das „Kranken-
und Genesungsheim“ im „Vorwärts“ ein Artikel veröffentlicht,
der auf Grund eingegangener Klagen eine Reihe von Mängeln
und Mängeln besprach. Darin wurde auch erwähnt, daß die den
Patientinnen gereichte Milch von ihnen als unzulänglich angesehen
werde, unzulänglich nach Quantität und auch nach Qualität. Dem
Gericht lag dieser Artikel vor. Als der Vorsitzende die Frau Dr.
Dosquet hieran erinnerte, bekam er die Antwort, allerdings sei
von Patientinnen auch nachher noch geklagt worden, doch das sei
nun mal nicht anders in solchen Anstalten, auf Klagen dieser Art
könne man nicht viel geben. Dr. Dosquet selber, dem der Artikel
gleichfalls vorgelesen wurde, erklärte lähn, der „Vorwärts“ habe

die Veröffentlichung hinterher „sehr bedauert“. Dr. Dosquet
hat das dann auch bestritten; er und seine Gattin sowie die An-
gehörigen wurden sämtlich erst nach ihrer Aussage verurteilt. Wir
stellen fest, daß dieser Teil der Aussage des Herrn Dr. Dosquet
der Wahrheit widerspricht. Er selber wird für wahr
gehalten haben, was er bestritt. In Wirklichkeit aber ist seine
Behauptung, daß der „Vorwärts“ den Artikel „sehr bedauert“ habe,
objektiv unwahr. Frau Dr. Dosquet hat im Jahre 1908, sechs
oder sieben Monate nach Erscheinen jenes Artikels, ganz plötzlich
in unseren Redaktionsräumen vorgeprochen und uns erzählt, sie
höre, daß eine neue Veröffentlichung im „Vorwärts“ geplant sei.
Bei dieser Gelegenheit äußerte sie sich auch zu jenem Artikel vom
August vorigen Jahres. Wir beruhigten die Dame, daß uns von dem
„Plan einer neuen Veröffentlichung“ nichts bekannt sei.
Gleichzeitig erklärten wir ihr ohne Umschweife, daß jener Artikel
von uns in allen Punkten aufrecht erhalten werde. Hat
Frau Dr. Dosquet uns nicht verstanden? Oder ist sie von ihrem
Gatten, dem sie darüber zu berichten hatte, nicht verstanden
worden? Vor Gericht hörte sie übrigens die Aussage ihres Gatten
mit an — und sie meldete sich nicht, um sie zu korrigieren!

Bedauert wird von und nur heute etwas: Das näm-
lich, daß wir in dem Artikel vom August vorigen Jahres unsere
Gewissenhaftigkeit zu weit getrieben haben. Und war damals unter anderem auch gesagt worden, in Herrn
Dr. Dosquets Anstalt werde aus Sparsamkeit das gehackte Fleisch
mit Wasser vermengt und so auf die Stullen gebraten. Wir
hielten das für kaum glaubhaft, für eine bloße Annahme unserer
Gewährspersonen. Zu unserer Ueberraschung wurden aber vor
Gericht auch diese Dinge zur Sprache gebracht, weil die Verteidigung
zeigen wollte, wie es in der Anstalt zugehe. Und Herr
Dr. Dosquet und seine Gattin mußten zugeben, daß gehacktes
Fleisch tatsächlich mit Wasser vermengt worden,
daß sogar auch der Butter eine Beimischung von
Wasser gegeben worden sei; doch sei, so erklärten sie, beides
nur geschah, weil so das Brot besser damit bestrichen werden
könne. Nach wie vor versichert Dr. Dosquet und Gattin, daß
in ihrer Anstalt nicht etwa ebenso auch mit der Milch verfahren
worden sei. Hiernach blieb dem Gericht nur übrig, anzunehmen,
daß nur Herr S. die festgestellte Verdünnung vorgenommen haben
könne! Der Sachverständige Prof. Judenack konnte zwar nicht
angeben, welche der beiden Proben, ob die frische Milch oder die
schon gekochte, sich als salpetersäurehaltig erwiesen habe. Da aber
die salpetersäurehaltige Probe bereits genommen war, als sie ihm
übergeben wurde, so wurde geschlossen, das müsse die ungekochte
gewesen sein — und so wurde S. schuldig gesprochen und
zu einer Geldstrafe zu 100 M. (eventuell 30 Tagen Haft) ver-
urteilt.

Änderung einer Straßenbahnlinie. Die Straßenbahn ist ge-
nötigt, wegen Asphaltierung der Pariser Straße in Wilmersdorf,
zwischen dem Ludwigskirchplatz und dem Olivaerplatz, die Wagen der
Linie 78: Frankfurter Allee—Wilmersdorf vorübergehend zu
verkürzen. Die Wagen gehen nur bis zum Ludwigskirchplatz. Die
Arbeiten oder die Verkürzung beginnt am Mittwoch, den 20. Mai.
Die Zeit der Verändigung steht noch nicht fest.

Eine gefährliche Luftballonfahrt hatten gestern zwei Herren
bei Friedrichshagen zu bestehen. Der Ballon schwebte in dem
Augenblick, als er niederkam, gerade über der Mitte des Müggelsees.
Nimmer tiefer sank die Gondel und schließlich trennte nur noch eine
Entfernung von einer Armeslänge die Oberfläche des Sees von
dem Ballon. Die zahlreichen Zuschauer, die vom Ufer aus den
Vorgang mit Spannung beobachteten, glaubten nichts anderes, als
daß der Ballon in die Fluten des Müggelsees sinken werde. Nach
längerer Zeit konnte er endlich durch Auswerfen von Ballast vom
Steigen gebracht werden.

Die reellen Kartoffelhändler hatten vor einiger Zeit schwer zu
leiden durch die Mitteilung, daß gewisse Leute beim Verkauf von
Kartoffeln zu recht schwindelhaften Manipulationen griffen. Eines
Tages erschien bei dem Generalmajor Gebert ein gewisser Paul
Steifen und erklärte dem öffnenden Dienstmädchen, er sei der In-
spektor der Domäne Dahlem und solle 1½ Zentner Kartoffeln ab-
liefern, welche die Herrschaft bestellt habe. Das Dienstmädchen
begabte auch den verlangten Betrag von 6 M. und nahm die Kar-
toffeln in Empfang. Später stellte sich heraus, daß gar keine
Kartoffeln bestellt waren, die angeblichen 1½ Zentner auch nur
knapp 100 Pfund waren. In ähnlicher Weise legte der Angeklagte
als angeblicher Domäneninspektor den Rentier Kuhbaum in Char-
lottenburg hinein, dem er zwei Zentner Kartoffeln verkaufte, die
später aber nur 140 Pfund wogen. Diese Verrätereien verübte
Steifen in mehreren Fällen, weshalb er angeklagt wurde. Als
der Staatsanwalt in Anbetracht des dreifachen Schwindels und der
vielfachen Vorstrafen des Angeklagten eine Zuchthausstrafe von
1½ Jahren beantragte, begann Steifen zu schimpfen und zu toben.
Das Gericht verhängte deshalb gegen ihn eine sofort zu vollstreckende
Geldstrafe von drei Tagen wegen Ungebühr vor Gericht. Das
Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis.

Sechzehn Fernsprecheinrichtungen zerstört. Durch das gefährliche
Treiben von Drahtmastern sind gestern bei Heinersdorf nicht
weniger als 16 Fernsprecheinrichtungen zerstört worden. Die Täter
schnitten von den Leitungspfählen große Mengen Bronzeblech los
und schlepften ihre Beute unbehelligt davon. Für die Ermittlung
der Diebe, die der Postverwaltung ganz empfindliche Schäden zu-
fügen, ist eine Belohnung ausgesetzt worden.

Eine traurige Aufräumarbeit hat jetzt das Verschwinden des
Rentenempfängers Friedrich Rette aus der Reßlitzstr. 17 gefunden.
Der bereits im 60. Lebensjahre stehende Mann wurde seit einigen
Tagen vermißt. Gestern wurde seine Leiche an der Friedrichsbrücke
aus dem Blutgraben gelandet. Aus Furcht vor der Zukunft hatte
sich der Lebensmüde ins Wasser gestürzt und den Tod gesucht.

Die Leiche eines Unbekannten wurde gestern an der Nonn-
brücke aus der Spree gezogen. Der Tote dürfte etwa 30 Jahre alt
gewesen sein, und seiner Kleidung nach zu urteilen hat er den mitt-
leren Ständen angehört. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe
gebracht.

Brandstifter waren gestern, Dienstag, vormittag in dem Hause
Karlstr. 33 an der Arbeit. Sie legten an drei verschiedenen
Stellen Feuer an, auf dem Wascheboden und in zwei Wohnungen.
Die Gefahr wurde aber schnell bemerkt, so daß größerer Schaden
nicht verursacht wurde. Die polizeiliche Sonderkommission war
sobald an Ort und Stelle und zog von den Hausbewohnern Er-
kundigungen ein, während der 13. Wöschzug aus der Linienstraße
die drei Brände ablöschte.

Radrennen zu Steglitz. Das auf Montagabend verschobene
„Große goldene Rad“ sah den Franzosen Paul Guignard
als Sieger, der das ganze Rennen hindurch die Führung hatte und
seine Gegner nach Belieben überwandte. Das in Sportkreisen so
sehrlich erwartete Zusammenreffen des Franzosen mit Demke,
dem augenblicklich besten deutschen Fahrer, entfiel Guignard zu
seinem Gunsten. Demke wurde von seltenem Besch heimgeführt, da
er dreimal sehr Rad wechseln mußte und als vierter landete. Gleich
zu Beginn des Rennens wurden Robl, Goor und Didentmann über-
rundet, während sich Demke bis zur 9. Runde hielt, als Guignard
im Fluge an ihm vorbeiging und gleichzeitig auch Goor überwandte.
Dieses Ereignis gab einem Teil des Publikums Veranlassung, seinem
Kerger Lust zu machen und durch Pfeifen und Johlen kundzutun,
bis endlich an der Tafel bekannt gegeben wurde: Guignard ist
diskantiert, d. h. wird auf den letzten Platz verwiesen. So
mit hatte Demke die Anwartschaft auf den Sieg, als in der
105. Runde sein Reifen platzt und er durch Radwechsel seinen Platz an
Robl verliert. Dieser fuhr zeitweilig ausgezeichnet und überrundet auch
den sehr schnell fahrenden Goor und nähert sich bis auf circa 50 Meter
dem Franzosen. Doch das Tempo ist ihm zu schnell, er läßt nach
und muß Goor wieder vorbeilassen. Der fünfte Teilnehmer Dident-
mann fuhr während alledem gemächlich die Bahn herum und
spielte gar keine Rolle. So ging das Rennen seinem Ende zu und

nicht viel fehlte, so hätte Robl auch seinen Platz gegen Goor ein-
gebußt. — Als das Resultat bekannt gegeben wurde, erhob sich ein
Tumult sondergleichen und der „süße Pöbel“ erging sich nach Herzens-
lust an Dummheitenstreichchen. Und warum? Weil der Nenn-
ausdruck unterließ bekanntzugeben, ob die Distanzierung Guignard's
zu Recht bestehen blieb oder nicht und kein Mensch wußte, woran er
war. Das Resultat ist folgendes: „Große goldene Rad“
Dauerrennen über 100 Kilometer. 2500, 2000, 1500, 1200
und 1000 M. Dem Sieger eine goldene Medaille im Werte von 500 M.
1. Paul Guignard (Paris) 1 Std. 11 Min. 20¹/₂ Sek.;
2. Th. Robl, 4090 Meter; 3. J. Goor, 6480 Meter; 4. W. Demke,
12 060 Meter; 5. P. Didentmann, 16 880 Meter.

In dem vorangegangenen Tandem-Rennen regten
Audela—Vader vor Scheuermann—Begerer, Peter—Kochner
und Messeri—Carrapezi.

Arbeiter-Samariterkolonne. Morgen Donnerstag, abends 9 Uhr,
Fortsetzung des Kuriums in folgenden Abteilungen: 3. Abteilung
in Schöneberg bei Wieloch, Grunewaldstr. 110, 4. Abteilung in Lichter-
berg bei Beckmann, Samariterstr. 10, 5. Abteilung in Nixdorf bei
Thiel, Bergstr. 181/182. Vortrag über Physiologie (Lebenstätigkeit
des menschlichen Organismus.) Neue Mitglieder werden noch auf-
genommen.

Straßensperrungen. Die Vorfahrtstraße von der Invalidenstraße
bis zur Kaiserstraße (einschließlich der Kreuzung) behufs
Ausführung der städtischen Straßenbahn und der nördliche Damm
der Danziger Straße an der Kreuzung der Greifswalder Straße
behufs Ausführung eines Rotaufstufkanals werden sofort bis auf
weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung.

Zu Beginn der Sitzung erfolgte die Einführung der neue-
wählten Stadtverordneten Damborg, Brunhuber (lib. Fr.)
und Wenking, Heyne (Unabh. Vg.). Lekturer, der früheren
Stadtverordnetenborsther, war bekanntlich bei den allgemeinen
Wahlen, trotzdem er in mehreren Bezirken kandidierte, unterlegen.
Zum Brandenburgischen Städtetage werden die Stadtverord-
neten Vohausen und Reinbacher delegiert.

Sodann machte der Hämmerer die Mitteilung, daß das Stadt-
jahr 1907 einen erfreulichen Abschluß gebracht habe. Die ordent-
liche Verwaltung hat einen Ueberschuß von 232 000 M. ergeben.
Auf eine aus der Versammlung gestellte Anfrage teilte der Häm-
merer mit, daß dieser Ueberschuß nicht durch Mehreinnahmen, son-
dern durch Ersparnisse erzielt worden ist.

Der Ausschuss betreffend Errichtung eines Krematoriums
empfiehlt der Versammlung folgenden Antrag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat,
der Versammlung ein Projekt wegen Errichtung eines Kremato-
riumsvorzulegen und die königliche Staatsregierung zu er-
suchen, unserer Gemeinde die Erlaubnis zur fakultativen Feuer-
bestattung zu erteilen;

2. in Erwägung zu ziehen, ob und in welchem Umfange die
Uebernahme des Bestattungswesens in städtische Regie erfolgen
könne.

In der Begründung des Antrages wurden die Vorgesüge der
Feuerbestattung gegenüber der Erdbestattung hervorgehoben.

Stadtv. Reinbacher (lib. Fr.) sucht die Unhaltbarkeit
des jüngst erlassenen Urteils des Oberverwaltungsgerichts gegen die
Feuerbestattung nachzuweisen und spricht seine Verwunderung dar-
über aus, wie ein derartiges Urteil ergehen konnte, nachdem alle
Widerstände gegen die Feuerbestattung beseitigt waren. Würde
auch die Schöneberger Polizei Einspruch erheben, so empfiehlt es
sich, das Krematorium erst gar nicht zu bauen.

Stadtv. Friedemann (lib. Fr.) weist als Arzt darauf hin,
daß die juristischen Bedenken gegen die Feuerbestattung nicht zu-
treffen. Eine Statistik habe ergeben, daß bei 400 Ausgrabungen
von Leichen immer nur eine einzige ihren Zweck erfüllt habe.

Stadtv. Hoffmann (Soz.) hätte erwartet, daß gegenüber
der Feuerbestattung mehr Beunruhigung als Voreingenommenheit ge-
waltet hätte. Preußen könne unmöglich auf den Standpunkt des
Oberverwaltungsgerichts beharren. Im Interesse der Allgemeinheit
ist die Feuerbestattung durchaus notwendig. Redner geht dann
noch ausführlich auf das Bestattungswesen anderer Länder und
Städte ein und empfiehlt die Annahme des Antrages.

Stadtv. Klerium (lib. Vg.) beantragt, die Angelegenheit
nochmals an den Ausschuss zurückzuverweisen. Durch die Annahme
des Antrages komme man nicht einen Schritt weiter. Der Ausschuss
müsse einen praktischen Weg vorschlagen, um die Errichtung eines
Krematoriums bewerkstelligen zu können.

Stadtv. Kolleneubur (Soz.) wundert sich keineswegs über
das Urteil des Oberverwaltungsgerichts. Ein anderes Erkenntnis
wäre in Preußen gar nicht möglich gewesen, denn alles, was die
Ruder wollen, das geschieht. Mit dem Schulmeistern steht es genau
ebenso, weshalb sollte nicht auch hier dem Wächter der Natur
Folge geleistet werden. Aber man hätte wenigstens eine bessere Be-
gründung des Urteils erwarten können. Die rückwärts Verren-
nung sei doch gestattet, da habe man keine juristischen Bedenken.
Auch sei die Erdbestattung gar nicht etwas Selbstverständliches, denn
im Verufe des Seemanns sei es ein alter Brauch, die Leichen in
das Wasser zu werfen. Auch hiergegen seien niemals Einwände
erhoben worden. Es habe den Anschein, als seien die wahren
Gründe zurückgehalten worden; durch die gegebene Begründung
habe man sich jedoch nur blamiert.

Nach Ablehnung des Antrages, die Angelegenheit nochmals an
den Ausschuss zurückzuverweisen, werden beide Teile des Ausschuss-
antrages angenommen.

Ein Antrag der Stadtv. Gremser u. Gen. verlangt, daß die
Versammlung das Ersuchen an den Magistrat richtet, in den Jahres-
berichten des Statistischen Amtes eine Uebersicht der Säugling-
sterblichkeit nach der sozialen Stellung der Eltern (die in
Fabriken beschäftigten Mütter besonders aufgeführt) zu bringen.
— In der Diskussion wurde noch verlangt, den Antrag auch auf
den Gesundheitszustand der Mütter und die Einkommen- und Woh-
nungsverhältnisse auszudehnen. Der Antrag wird darauf ein-
stimmig angenommen.

Eine Petition um Errichtung eines Wochenmarktes im
Friedenauer Ortsteil wird dem Magistrat als Material überwiesen.
Eine Petition der Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-
innung verlangt eine Unterstützung ihrer Fachschule. Stadtv.
Hoffmann (Soz.) beantragt im Namen des Ausschusses die
Ablehnung der Petition, da eine Notwendigkeit des Bestehens dieser
Schule nicht vorliegt. Der Antrag soll empfohlen werden, ihre
Lehrlinge in die städtische Pflichtfortbildungsschule zu schicken.
— Stadtv. Gottheiner (lib. Fr.) tritt für das Bestehen der An-
nungsschule ein und verlangt eine Beihilfe von der Stadt. Werde
diese Beihilfe abgelehnt, so beantrage er, die Annungsschule seitens
der Stadt zu übernehmen. — Stadtv. Jöbel (lib. Fr.) wendet
sich gegen seinen Fraktionskollegen in energischer Weise und tritt
für Annahme des Ausschussantrages ein. Die Annungsschule habe
keinerlei Berechtigung zum Weiterbestehen. — Nach Ablehnung des
Antrages des Stadtv. Gottheiner beschließt die Versammlung gemäß
dem Ausschussantrage.

Ein Antrag des Magistrats, zu der in Jena stattfindenden
Versammlung deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte den Vor-
sitzenden und je einen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbevollmächtigten
des hiesigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichts zu entsenden, wird nach
einer längeren Diskussion angenommen.

Die Armenverwaltung wurde sodann um ein weibliches Mitglied
vermehrt.

Brix-Budow.

In der letzten bei Klein in Budow abgehaltenen, auch von
Frauen gut besuchten Wahlvereinsversammlung hielt Genosse Hündel

einen 1/2 stündigen eingehenden Vortrag über „Die Landtagswahlen“, der von den Anwesenden mit lebhaftem Interesse angehört wurde. Nachdem in der Diskussion noch die Genossen Beutmann und Hofmann gesprochen, wurde zur Aufstellung der Wahlmänner geschnitten. Leider konnten für die erste und zweite Klasse geeignete sozialdemokratische Wahlmänner nicht gewonnen werden. Genosse Trebus forderte dann noch zu reger Agitation für unsere Kandidaten auf. Dem schloß sich der Vorsitzende an, indem er an die zahlreich Versammelten die Mahnung richtete, dafür zu sorgen, daß am 3. Juni unsere Kandidaten der dritten Abteilung als Sieger hervorgehen mögen.

Landwig.

Verstümmelt ist seit vergangener Sonnabend der 16 Jahre alte Mechanikerlehrling Hermann Strobel, der sich am 16. d. Mts., morgens aus der in der Vietenstr. 8 befindlichen Wohnung seiner Eltern entfernte, um sich nach seiner Arbeitsstätte zu begeben. Dort ist er aber nicht eingetroffen. Der Vermißte ist ein durchaus ordentlicher, fleißiger junger Mann, dem sowohl von den Eltern als auch von den Lehrherren das beste Zeugnis ausgestellt wird. Daß er etwa Selbstmord verübt haben könnte, erscheint ausgeschlossen, auch ein Unfall liegt, wie Nachfragen in den Krankenhäusern und bei den Unfallstationen ergeben haben, nicht vor. Der Verstümmelte war bekleidet mit dunkelgrauem Anzug und blauer Sportmütze.

Mariendorf.

Ein Wochenmarkt für Mariendorf. Der in einer der letzten Gemeindevorsteherwahlen von unseren Genossen gestellte und auch gleich genehmigte Antrag, einen Wochenmarkt in Mariendorf zu errichten, ist schneller, als vermutet wurde, zur Tatsache geworden. Am heutigen Mittwoch wird der Wochenmarkt zum erstenmal abgehalten. Der Wochenmarkt soll in den Sommermonaten regelmäßig Mittwochs und Sonnabends von 6-12 Uhr, in den Wintermonaten von 7-12 Uhr stattfinden. Als Platz für diesen Markt wurde die Kaiserstraße gewählt (zwischen Chaussee- und Rathausstraße).

Friedrichsfelde.

Die Sammelliste Nr. 16001 zu den Landtagswahlen ist verloren gegangen. Sollte dieselbe in Umlauf gesetzt werden, so wird gebeten, dieselbe anzuhalten. Gezeichnet war bisher nichts auf der Liste.

Einschreier haben gestern abend um 7 Uhr das Haus Pallasstraße 70 beunruhigt. Hausbewohner bemerkten Feuer in einer Pfandkassendachwohnung. Qualm und Flammen drangen aus demselben heraus. Sie benachrichtigten die Feuerwehr, die bei ihrem Eintreffen die Türen und Schränke erbrochen fand. Leider usw. sagen umher, alles war auseinander gerissen und dann angezündet. Die Feuerwehr löschte den Brand. Die Ermittlungen ergaben, daß in Abwesenheit der Wohnungsinhaber, die nicht versichert sind, die Wohnung aufgebrochen und der Brand vorsätzlich an mehreren Stellen angelegt worden war. Von dem Täter fehlt wieder jede Spur. Alle Nachforschungen waren bis jetzt vergeblich.

Vermischtes.

Der mysteriöse Tod des russischen Studenten v. Jewlowsky in Dresden, der, wie wir gestern berichteten, in der Wohnung eines seiner Bekannten erschossen aufgefunden wurde, hat noch keine Auf-

klärung gefunden. Dresdener Blätter berichten zu der Angelegenheit: Der Erschossene hatte die Nacht zum Sonntag in Begleitung seiner zwei Freunde Wassinsky und Andressen durchgezogen, und die drei waren dann früh in der achten Stunde in angetrunkenem Zustande in eine an der Sebanstraße liegende Restauration gekommen. Hier hat sich nun zwischen den dreien ein Streit entsponnen, der mit einem gegenseitigen Kartenschwengel endigte. Nach Auslage des betreffenden Restaurauteurs ist auch ein Los zwischen ihnen gezogen worden, wie es bei amerikanischen Duellen üblich ist. Als der Getötete das Los gezogen habe, sei er sichtlich erbläht in die Stieghierhalle gegangen und habe dort bitterlich geweint. Gegen 11 Uhr begaben sich die drei Freunde in die Wohnung des Wassinsky; dort hat sich nach Auslegen eines gegenüberwohnenden Studenten nochmals ein kurzer Streit entsponnen, russische Flüche wurden gehört, und kurz darauf fiel ein Schuß. Gegen 1 Uhr kam d. Wassinsky zu dem Wirt der Restauration und erzählte ihm, scheinbar außerst befürtzt, sein Freund sei tot. Dem Wirt, der die Sache nicht glauben wollte und fragte, wie denn das möglich sei, entgegnete er, er habe geschlafen, und in der Zwischenzeit müsse es geschahen sein.

Briefkasten der Redaktion.

Die literarische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 100 Fahrstuhl wochentäglich abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Vorschlag und eine Zahl aus der Sprechstunde beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Hilferufen trage man in der Sprechstunde vor.

2. N. 21. Wenden Sie sich an einen Arzt, zu dem Sie Vertrauen haben. — O. 3. 500. Der Vertrag wäre ungültig, die Rechte des Patentes gehen vor. — G. 79. Für den Fall der Klage hat der Richter zu ermitteln, wie viel zum Landesgemäßen Unterhalt der Familie nötig ist; erst von dem Ueberrest würde ein angemessener Teil als Unterstüttung gefordert werden können. — S. 8. Der Nachlaß geht in zwei Teile, den einen erhält der kinderlose Witwer, aber dieses erhält er als Voraus die hochzeitliche Gelder und die Handlungsgeldgegenstände. — S. 2. 18. 1. Sie müssen bei dem Landgericht, das geschlossen hat, um Dispens vom Eheverbot einkommen. 2. Sie könnten ohne weiteres künden. — S. H. 10. Klagen, die einem gehören, zu vernichten oder dergleichen, ist nicht strafbar, aber eine Dummheit.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin. Und usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen und wegen der Uebermittlung von Zeitungsnummern sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestätigung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleistet werden.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktkauf-Direktion. (Großhandel). Ochsenfleisch Ia 66-68 pr. 100 Pfd., Ia 60-65, Ia 54-58, Bullenfleisch Ia 62-66, Ia 50-60, Kälber, fett 48-56, da. mager 30-40, Ferkel 48-58, Rindfleisch, dünne 40-58, Kalbfleisch, Doppellender 110-120, Mastlamm Ia 88-95, Ia 76-86, Kalber ger. 65-70, da. hal. 50-55, Hammelfleisch, Rastlamm 71-74, Hammel Ia 65-67, Ia 57-62, ungar. 0,00, Schafe 50-55, Scheweinefleisch 53-59, Rebhölzer Ia per Pfd. 0,60-0,75, Ia 40 bis 55, Rotwild per Pfd. 0,58, Damwild per Pfd. 0,00, Wildschweine, per Pfd. 0,25 bis 0,30, Stämmchen, Stück 0,90-0,60, Hühner, Ia per Stück 14,0-2,25, da. II Stück 0,80-1,30, da. III Wolga, Stück 1,20-1,75, Hamburger Küken, Stück 0,75-0,90, Ferkel 0,00, Kapaunen, deutsche, per Stück 0,00, Lauben, junge, Stück 0,50-0,60, da. alte 0,30-0,43, da. Italien, 0,00, Enten, per Pfd. 0,00, da. der Stück 1,00-1,60, da.

Hamburger, per Stück 2,50-4,00, Gänse per Pfd. junge 0,75-1,05, Puten per Pfd. 0,60-0,72, da. Ia und alte 0,00, Gänse, per 100 Pfd. 80-88, da. matt 76-77, da. groß 50, da. groß-mittel 0,00, da. klein 95-101, Kanari, groß-mittel 0,00, da. matt, groß 0,00, Schleie, groß 0,00, dito unfortiert 128-133, dito klein Ia 90-100, Karpfen, groß-mittel 113, groß 117-121, unfort. 0,00, da. klein 80, Karpfen 0,00, Kuddow 0,00, Klingen, klein 35-42, da. matt 0,00, Klab 47, Starksalzen 68-85, Weiss 0,00, Sunde Röhre 0,00, da. matt, klein 0,00, Barle 0,00, da. klein 0,00, Weile 0,00, klein 0,00, Steische 0,00, Knappen klein 0,00, Winter-Rheinlaß, p. 100 Pfd. 0,00, Amerikan. Laß Ia, p. 100 Pfd. 110-130, da. IIa 90-100, Zerlaß, p. 100 Pfd. 10-15, Pfundern, Kiefer, Stiege Ia 2-6, da. mittel, Riste 0,00, da. Hamb. Stiege 3-6, halbe Riste 2-3, unfort. Ia Schod 0,75-2,50, IIa 0,00, Hälflinge, dünne der Weil 2,00, Kiefer 0,00, englische 0,00, Straalunder 2,00-2,50, Sprotten, Danziger, Riste 0,00, da. Kagenmaider, 0,00, Kala, groß per Pfd. 1,10-1,50, da. mittelgroß 0,90-1,10, klein 0,60-0,90, Deringe per Schod 0,00-0,60, Eschweide, Riste 3,00-5,00, da. 1/2 Riste 2,50-3,00, Cardellen, 1902 er per Anker 98, 1904er 98, 1906er 98, 1908er 96, Schottische Polsterlinge 1905 0,00, large 40-44, full. 38-40, med. 35-42, deutsche 30-40, Deringe, neue Ristee, per 1/2, Lo. 0,00, Sardinen, russ., Ristee 1,50-1,60, Bratsche Ristee 1,20-1,40, da. Ristee (4 Alter) 1,40-1,70, Kernaugen, Schodlag 8, da. kleine 4-5, da. Risten, 10, Krebse per Schod 0,00, große 0,00, da. mittelgroß 1,00-1,50, da. kleine 4,50-6,50, da. umf. 7-16, Galtzer, klein 0,00, Seemuscheln 100 St. 1,00, Eier, Laub, unfortiert per Schod 3,00-3,25, da. große 3,75, Butter per 100 Pfd. Ia 120-122, IIa 115-120, IIIa 110-115, abfallende 106-110, Saure Curken Schod 4,50-5, Pfefferkörner Schod 4,50-5, Kartoffeln per 100 Pfd. Daberger 3,25-3,60, weisse runde 3,00-3,25, mag. bon. 3,00-3,50, Porree, per Schod 1,00-1,50, Meerrettich, Schod 8-14, Spinat per 100 Pfd. 4-6, Sellerie, per Schod 8-20, Rindfleisch per 100 Pfd. 8-8,50, Peterfille, grün, Schod 20,80 bis 1,00, Rettich, bayrischer, per Stück 0,60, junge, 100 Pfd. 8-12, Kohlrabi, 100 Pfd. 3,00-5,50, Petersilienwurzel, per 100 Pfd. 5,00-6,00, Schod 0,00, Schnittlauch, Schod 0,50-0,75, Tomaten, lanar., per Riste 3,00-5,00, Habacker 100 Pfd. 1,90-3,00, Habstuten 10 St. 20, Kabischen 0,00, Radesschen, Schod 0,50-0,80, Waldmeister, Rindfleisch 0,30-0,50, Rorchen 35-50, Salat, Schod 3-3, da. Gubener 1,25-2,50, Kohlrabi, Rindfleisch 0,70-1,25, Spargel, Weiß, 100 Pfd. 45-55, da. II 30-44, da. III 15-30, da. unfort. 20-40, Spargel, Weißer, 1 45-60, da. II 30-40, da. III 15-30, da. unfort. 40-45, Champignons, per Pfd. 0,60-0,80, Kiesel, Broder in Risten 120 Pfd. 30-50, Koch- 5-12, Lauch, Ia 15-23, da. IIa 0,00, Amerikaner, per Ristee 18-25, Nollener, Lofe, 100 Pfd. 0,00, da. in Risten per 100 Pfd. 0,00, da. in Risten 20-24, Ananas I, per Pfd. 0,75-0,85, da. II 0,50-0,60, Bonanen, lanar., per 100 Pfd. 23-25, Jamaica 25,00-29,00, Feigen, in Risten 35-40, Zitronen, Messina, 800 Stück 6,00-9,00, da. 360 Stück 5,00-8,00, da. 200 Stück 0,00, da. 150 Stück 0,00, Apfelsinen, Blau- 200 Stück 9,00-11,00, da. Blau- 300 Stück 10,00-13,50, da. Valencia 420 Stück 17,00-22,00, da. 714 Stück 25-30,00, da. Messina 160 Stück 9-12,00, da. 200 Stück 10-14,00, da. 300 Stück 12-14,00, da. Blau- 100 Stück 5-7,25, da. 150 Stück 6,50-7,50, da. 80 Stück 5-6,50, da. 160 Stück 10-15, da. 200 Stück 11-14, da. Rastl. 0,00, Datteln, Rastl. 100 Pfd. 28-30.

Witterungsübersicht vom 19. Mai 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. p. d. W.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. p. d. W.
Stinems	770,75	3	heiter	14	Caparanda	753,05	2	wolfig	7		
Lamburg	772,95	2	wolfig	13	Petersburg	750,00	2	Regen	8		
Berlin	772,95	2	heiter	14	Ceily	772,95	1	bedeckt	12		
Frankf. a. M.	773,90	2	molkelt	17	Aberdeen	769,05	2	bedeckt	11		
Wandern	771,0	1	molkelt	17	Paris	772,9	2	molkelt	14		
Wien	772,95	1	heiter	20							

Weiterprognose für Mittwoch, den 20. Mai 1908. Günstig warm, vielfach heiter bei meist schwachen südlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern. Berliner Wetterbureau.

Große Berliner Straßenbahn.

Bericht des Vorstandes an den Aufsichtsrat.

In der Stadtverordnetenversammlung und in verschiedenen Veröffentlichungen des Magistrats wurden in letzter Zeit wieder Angriffe gegen die Große Berliner Straßenbahn unternommen. Wiederum wurde behauptet, daß durch Eingriffe der Staatsbehörden einerseits und vertragswidriges Verhalten der Straßenbahn andererseits die Rechte Berlins in unzulässiger Weise geschädigt seien. Wir sehen uns genötigt, den aufgestellten Behauptungen nachstehendes entgegenzusetzen:

1. Bei Abschluß des Vertrages war das preussische Kleinbahngesetz bereits seit mehr als 6 Jahren in Kraft, also den Vertretern der Stadt nicht unbekannt. Dieses Gesetz legt mit klaren Worten das Recht, die Lebensdauer eines Kleinbahnunternehmens zu bestimmen, allein in die Hand der staatlichen Genehmigungsbehörden, ohne sie an die Anträge der Interessenten zu binden. Mit Rücksicht auf die Einführung des elektrischen Betriebes war die Große Berliner Straßenbahn gemäß § 2 des Gesetzes verpflichtet, eine neue staatliche Genehmigung nachzusuchen. Hieraus folgt einmal, daß es sich nicht um eine willkürlich von der Straßenbahn beantragte Verlängerung der Konzession, vielmehr um die Nachsuchung einer nach dem Gesetz erforderlichen neuen Konzession handelte. Beiden Teilen war also bei Vertragsabschluß bekannt, daß die Stellung eines Genehmigungsantrages unumgänglich war, beide Teile mußten mithin mit der Möglichkeit rechnen, daß die Dauer der Konzession über 1920 hinaus erstreckt werden würde, ebenso wie sie auch auf einen Zeitraum vor 1920 hätte begrenzt werden können.

Hätte angelehnt dieser Sachlage die Stadt die Straßenbahn hindern wollen, eine über 1920 hinausgehende Genehmigung zu beantragen, so hätte sie die Aufnahme einer entsprechenden Verpflichtung der Straßenbahn in den Vertrag verlangen müssen, wie dies z. B. bei der Hoch- und Untergrundbahn geschehen ist. Ein solches Verlangen ist aber nicht gestellt worden.

Es war der Stadt vor Erteilung der staatlichen Genehmigung wohl bekannt, daß die Straßenbahn eine über das Jahr 1920 hinausgehende Genehmigung anstrebe. Aus einer kürzlich von der Stadt selbst veröffentlichten Registratur des damaligen Stadtsyndikus Neubrind geht hervor, daß sich Herr Neubrind und Herr Dr. Nide schon 8 Monate vor der Erteilung der Konzession über diesen Punkt eingehend unterhalten haben. Es trifft also nicht zu, daß der Antrag auf Genehmigung über 1920 hinaus „hinter dem Rücken“ der Stadt erfolgt sei.

Es entspricht ferner nicht den Tatsachen, daß die Stadt bei Abschluß des Vertrages mit der Uebernahme des Betriebes im Jahre 1920 rechnete; der Gedanke, Straßenbahn in eigener Regie zu betreiben, entstammt vielmehr, wie die Stadt noch in einer ganz kürzlich eingereichten Prozesschrift anerkannt hat, einer weit späteren Zeit.

Die Stadt konnte auch gar nicht mit der Betriebsübernahme im Jahre 1920 rechnen. Denn sie wußte, daß die Straßenbahn damals bereits mit anderen Gemeinden längere Zustimmungsverträge und Betriebsverpflichtungen teils fest vereinbart hatte, teils wegen solcher verhandelte. Sie

hat auch unmittelbar vor Abschluß des Vertrages dem Vertreter der Straßenbahn auf seine Frage erklärt, daß die Gesellschaft und die Vorortgemeinden in ihren Abmachungen über die Zustimmungsdauer nicht beschränkt seien. Dem entsprechend wurde auch in den Vertrag — abweichend von dem kurz vorher mit der Hoch- und Untergrundbahn geschlossenen Vertrage — eine Verpflichtung, mit den anderen Gemeinden übereinstimmende Abkommen abzuschließen, nicht aufgenommen.

Das einzige Mittel, sich den Uebergang des ganzen Unternehmens im Jahre 1920 zu sichern, wäre bei dieser Sachlage die Ausbedingung des im Kleinbahngesetz vorgeschriebenen Erwerbsrechtes gewesen. Ein solches Erwerbsrecht dürfte aber nur an dem Gesamtunternehmen zugunsten der Gesamtheit der Wegeunterhaltspflichtigen und gegen angemessene Entschädigung vorbehalten werden. Daß die Bestimmungen des Vertrages ein solches Erwerbsrecht enthalten, behauptet die Stadt selbst nicht. Hätte sie es aber, wie jetzt behauptet wird, wirklich angestrebt, so hätte sie sich selbst den Vorwurf zu machen, einen hierfür gänzlich ungeeigneten Weg gewählt zu haben. Denn sie schloß das ihr wiederholt bei den Vertragsverhandlungen von den Vertretern der Straßenbahn angebotene dem Gesetz entsprechende Erwerbsrecht aus und beschränkte sich nur den unentgeltlichen Uebergang einzelner Vermögensstücke des Unternehmens vor.

Sollte die Stadt geglaubt haben, daß ihr durch den Erwerb des Eigentumsrechts an diesen Vermögensstücken auch die übrigen ungleich wertvolleren Vermögensstücke des Unternehmens gegen geringes Entgelt in den Schoß fallen würden, so wäre diese Absicht auf eine Umgehung der Gesetzesvorschrift hinausgelaufen, daß die Gemeinden den Erwerb der Bahn nicht ohne angemessene Entschädigung bewirken dürfen.

Der Vorkörper im Reichsbild der Stadt, zu dessen Uebernahme die Straßenbahn verpflichtet wurde, bildet nur einen im Verhältnis zum Werte des Gesamtobjekts geringeren Bestandteil des Unternehmens. Insofern dieses Recht überhaupt mit Rücksicht auf das Kleinbahngesetz und das seit 1895 geltende Bahnheitsgesetz aufrechterhalten ist, könnte die Stadt höchstens einen Anspruch auf Entschädigung geltend machen. Diese Entschädigung würde sich, da das Pfander bereits in das Eigentum der Stadt übergegangen ist, auf die Schienen- und Oberleitungsanlagen beschränken.

2. Die Vorwürfe bezüglich der Ausübung des Akkumulatorenbetriebes sind völlig unzulässig. Mit der Behauptung, daß in Rücksicht auf das von der Stadt geforderte löstliche Betriebssystem die Abgaben der Straßenbahn geringer bemessen seien, mutet die Stadt der Straßenbahn zu, sie hätte, als dieses Betriebssystem später auf Erfordern der Aufsichtsbehörden wegen Unzulässigkeit durch ein anderes billigeres ersetzt wurde, „freiwillig“ die Erhöhung der vertraglichen Abgabe anbieten müssen. Die Stadt überließ hierbei, daß die Straßenbahn die nach Millionen zählenden Anschaffungskosten für das Akkumulatorenbetriebssystem tatsächlich im vollen Umfange verausgabt hat, Aufwendungen, die mit Rücksicht auf den

Besitz des Betriebssystems zwecklos hinausgeworfen sind.

Im übrigen wäre es Aufgabe der städtischen Vertreter gewesen, der Stadt in dem Vertrage für den Fall der Einführung eines billigeren Betriebssystems ein Recht auf Erhöhung der Abgabe vorzubehalten, wenn die Stadt eine solche Vereinbarung für gerechtfertigt gehalten hätte.

3. Die Stadt behauptet, daß die Straßenbahn ihren Geldbedarf statt durch Obligationen durch Ausgabe von Aktien vom Pariser Markt gedeckt und hierdurch den städtischen Gewinnanteil zugunsten der Aktionäre gesämälert habe. Es war das selbstverständliche Recht der Aktionäre, denjenigen Weg der Geldbeschaffung zu wählen, der für sie der vorteilhafteste war. Für jeden unsichtigen Geschäftsmann aber war dieser Weg auch der durch die Sachlage bedingte. Hätte die Stadt sich einen Einfluß auf die Art der Aufbringung der Geldmittel verschaffen wollen, so hätte sie, wie es andere Stadtverwaltungen getan haben, darauf abzielen müssen, eine solche Bestimmung in den Vertrag hineinzubringen.

4. Die Behauptung, daß die Straßenbahn den ausbedingten Zehnpennistaxi nicht einhalte, weil auf Anfangsbetriebslinien mit anderen Bahnen ein höherer Gesamtpreis erhoben wird, ist erstens unzulässig. Unzulässig wäre die Straßenbahn berechtigt, für jede Bahn den vollen Tarif zu erheben und die Fahrgäste am Treppunkte umsteigen zu lassen. Inwiefern sollte dieses klare Recht durch den im Interesse des Publikums geschaffenen Durchgangsverkehr eine Änderung erfahren?

Wir glauben auch, daß in den Kreisen der Bürgererschaft durchaus anerkannt wird, daß es der Straßenbahn trotz des Ueberhandes der Stadtvertragsabteilung gelungen ist, durch Angliederung der Vorortbahnen an ihrem Teile die Eingemeindung der Vororte Groß-Berlins zu vollziehen.

Was demgegenüber die Verkehrspolitik der Stadt Berlin geleistet hat, ist nicht unsere Aufgabe zu erörtern. Wir erinnern nur daran, wie sich verschiedene Vorortgemeinden — beispielsweise Nummernburg — zwecks Herstellung dringend nötiger Bahnverbindungen zunächst an die Stadt Berlin wandten, um dann nach langjähriger ergebnislosen Verhandlungen mit dieser an die Lär der Straßenbahn zu klopfen und in denkwürdiger Frist ihr Ziel zu erreichen.

5. Hinsichtlich der Tunnelentwürfe der Gesellschaften werden von der städtischen Verkehrsdeputation Behauptungen verbreitet, die geeignet erscheinen, den Wert der Entwürfe und die Art ihrer Bearbeitung in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Unter anderem wird behauptet, die Gesellschaften hätten bereits sieben neue Entwürfe zur Prüfung vorgelegt, sie seien auf Grund der von der Stadt Berlin erteilten Gutachten gänzlich umgearbeitet worden und wären auf die städtische Verkehrsdeputation von demdem Einfluss. Diese Behauptungen entsprechen nicht den Tatsachen. Die Bedeutung und Schwierigkeit der Aufgabe sowie das widersprechende Verhalten der Stadt Berlin würden es durchaus verständlich erscheinen lassen, wenn mehrfache völlige Neubearbeitungen stattgefunden hätten. Tatsächlich

aber wurden wesentliche Veränderungen bezw. Ergänzungen des ersten Entwurfes nur hinsichtlich der Tunnelabmessungen vorgenommen; sie waren bedingt durch die Änderungen der Entwürfe der städtischen Nord-Süd- und der Siemens-Untergrundbahn sowie durch den Wunsch der Aufsichtsbehörden, die wesentliche Zimmereinbindung von der Potsdamer Brücke nach der Kurfirstenstrasse und dem Magdeburger Platz zu verlegen. In dieser Form ist der Entwurf bis zur Ministerialkonferenz im April d. J. gediehen und erfährt neuerdings erst in seinem Hauptteile die wesentliche Veränderung, daß die Haltestellen mit Mittelbahnsteigen ausgerüstet werden. Diese Maßnahme entspringt indes lediglich einer schon im August 1907 gegebenen Anregung des Herrn Ministers, den Straßentunnel von vornherein so zu gestalten, daß er die eventuelle Einführung eines zukünftigen Schnellverkehrs nicht unmöglich mache. Die von der Stadt beantragten und erst später veröffentlichten Kritiken stehen mit dieser Entwurfsänderung in keinerlei ursächlichem Zusammenhange; diese Einwendungen wurden in der Konferenz hinsichtlich der Schleifen und Verzweigungen und der Bemessung der Bahnsteige als unzutreffend bezeichnet. In bezug auf den angeblich hemmenden Einfluß der Entwürfe auf die städtische Verkehrsdeputation soll hier nur kurz darauf hingewiesen werden, daß während der Prüfungszeit der Entwürfe von Ende 1905 bis Oktober 1907 die Gesellschaften zu den Änderungen ihres Entwurfes insgesamt nur 3 Monate Zeit verbrauchten, während die ganze übrige Zeit von 1 1/2 Jahren von der städtischen Verkehrsdeputation benötigt wurde, um die Entwürfe zu prüfen und sich zu demselben zu äußern. Hieraus dürfte sich zur Genüge ergeben, wie unberechtigt die Kritiken der Stadt an unseren Verkehrsprojekten sind.

Kunnt man noch hinzu, daß die Stadt in dem Sündenregister, das sie in dem kürzlich veröffentlichten „Braunbuch“ der Straßenbahn vorhält, als wichtiges Glied die Erhebung der Schadenersatzansprüche wegen der Nord-Süd-Bahn figurieren läßt, obwohl inwischen das Schiedsgericht rechtskräftig festgestellt hat, daß nicht der Standpunkt der Straßenbahn, sondern derjenige der Stadt der vertragswidrige war, so glauben wir, es der Beurteilung der Öffentlichkeit getroßt überlassen zu können, wer an den herrschenden Verkehrsschwierigkeiten Berlins die Schuld trägt. Wir haben in allen Fällen nur von den uns nach Gesetz und Vertrag zustehenden Rechten Gebrauch gemacht und weisen den wiederholt erhobenen Vorwurf der Inoyalität auf das entschiedenste zurück.

Die Direktion.

Dr. Rüd. Kochler. Reher.

Vorliegendes Bericht des Vorstandes der Großen Berliner Straßenbahn hat der Aufsichtsrat in seiner heutigen Sitzung zu veröffentlichten beschlossen.

Berlin, den 19. Mai 1908.

Der Aufsichtsrat. Arnold. B. H. Hauens.

Die Heimarbeits-Ausstellung in Frankfurt a. M.

(Töpferei, Safranindustrie und Korbflechterei.)

Der Ausstellung wird es als ein Verdienst angerechnet werden müssen, daß sie die Qualitätsleistungen in der Hausindustrie...

Die technische Herstellung des irdenen Gefäßes zerfällt im allgemeinen in folgende Arbeiten: 1. Bearbeitung des gebrannten Tons...

Über den Nettoverdienst werden verschiedene, zum Teil stark voneinander abweichende Angaben gemacht. Während im Vogelsberg beispielsweise der Stundenlohn auf 27 Pf. angegeben wird...

Da die Töpfer in dieser Gegend zugleich Landwirte sind, wird ihre materielle Lage nicht allein durch die hausindustriellen Verhältnisse bedingt.

Eine wenig bekannte Heimarbeitsart ist die Safranindustrie, die nichtdeutlicher oder, vielleicht richtiger, deswegen so viele traurige Merkmale der Hausindustrie in sich vereinigt.

Zum Schluß sei noch auf eine Heimindustrie hingewiesen, die in einem Orte für sich den Charakter der „Wohltätigkeit“ in Anspruch nimmt: die Korbflechterei.

es in den letzten Jahren gelungen sei, für die Angestellten auf den Seeschiffen eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen.

Forderungen wurden gestellt in 83 Fällen, 52 Orten, 683 Betrieben mit 34 725 Beschäftigten. Ohne Arbeitseinstellung wurden Verhandlungen erfolgreich erledigt in 53 Fällen...

Über das Kost- und Logiswesen, welches in kleinen Betrieben noch vorherrscht, soll in diesem Jahre eine Statistik aufgenommen werden...

Der Kassenbericht zeigt von einem guten Stande der finanziellen Lage des Verbandes. Ende 1907 war ein Kassenbestand von 141 378,88 M. zu verzeichnen.

An den Bericht des Vorstandes knüpfte sich eine lange Diskussion, in welcher mancherlei Wünsche geäußert und das Verhalten des Vorstandes einer scharfen Kritik unterzogen wurde.

Der Punkt

Organfrage und Bericht der Prekommission

rief ebenfalls eine rege Debatte hervor. Die Schreibweise und Stellungnahme des Redakteurs der „Schmiede-Zeitung“ wurde vielfach bemängelt.

Nach einem Schlußwort des Redakteurs Schmidt-Hamburg wurden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

II. Schmiede-Verbandstag.

Dresden, 18. Mai.

Im Dresdener Volkshaus traten am Sonntagmorgen die Schmiede zu ihrem 11. Verbandstag zusammen. Anwesend sind 39 Delegierte und 9 Gauleiter.

Nachdem am Montag die Mandatsprüfungskommission alle Mandate für gültig erklärte, nahm die Versammlung den Bericht des Vorstandes entgegen.

Lange-Hamburg verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht und macht dazu einige Ausführungen. Die Mitgliederzahl ist in den letzten zwei Jahren von 17 191 auf 18 798 gestiegen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 18. 5., seit 17. 5., and another set of columns for different locations like Saale, Elbe, etc.

+) bedeutet Hoch, -) Fall, -) Unterpegel. -) Höchster Wasserstand: 276 cm in der Nacht vom 17. zum 18.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE 109-111

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend:

Vorzugs-Preise

soweit Vorrat reicht:

Kaffeeservice

- 9 teilig, für 6 Pers. 2.95 3.25 3.75 4.25 4.65 5.65
9 teilig, mit dünnen Tassen 5.25
16 teilig, für 12 Personen 7.95 8.45 9.75 10.45

Tafelservice

- Fayence für 6 Personen . . . Mk. 9.25 9.85
apart dekor. für 12 Personen Mk. 15.65 16.75
Echtes Porzellan, elegant dekoriert
für 6 Personen 12.50 18.50
für 12 Personen 39.50 48.50 72.50

Waschgarnituren

- Marta 4 teilig, Fonddekoration . . . 1.45
Richard 5 teilig, Fonddekoration . . 2.65
Gertrud 5 teilig, blau schabloniert . 2.95
Carl oder Ella 5 teilig 3.25
Olga Goldstaffage, 5 teilig 3.95
Ortrud Goldstaffage 4.65
Houblon Druckmuster, 5 teilig . . . 5.25

Grosse Posten echtes Porzellan weiss

- Teller 10 Pf.
Suppenschüssel 85 Pf.
Fleischplatten von 18 Pf. ab
Salatiären von 9 Pf. ab
Sauciären 45 Pf.
Beilageschalen 18 Pf.
Kaffee- und Teekannen . . 45 Pf.
Milchgiesser 28 Pf.
Zuckerboxen 10 Pf.
Tassen 9 Pf.

zu ganz bedeutend ermässigten Preisen.

Emaile

- Schmortöpfe ohne Ring 35, 40, 48, 65, 75 Pf.
Kasserollen ohne Ring 25, 30, 35, 40, 50 Pf.
Eimer grau, ca. 28 cm Durchmesser 65 Pf.
Eimer dekoriert 1.85 1.75
Eimer dekoriert, mit Messingbügel 2.45
Toiletteneimer weiss, gerade Form 2.25 2.50
Toiletteneimer weiss, Porzellan-Form 3.25
Aufwaschwannen oval 1.10 1.25 1.40 1.75
Spargelkocher 2.75 3.15 3.45
Schüsseln flach weiss-weiss 25, 30, 35, 40, 50 Pf.
Wasserkessel ohne Sack 45, 55, 65, 90 Pf.
Wasserkessel mit Sack 55, 65, 90 Pf., 1.10
Kaffeekannen 25, 30, 35, 40 Pf.
Brotkapseln lackiert, innen emailliert 2.50 2.75
Brotkapseln innen u. aussen emailliert 3.00 3.50
Konsole mit Mass, 1/2 Liter 35 Pf.
Seifnäpfe für die Leitung 15 Pf.
Töpfe für den Herd 25, 30, 35, 40 Pf.

Eisschränke

- Innen Zink
Höhe 70 cm, Breite 60 cm, Tiefe 45 cm 22.50
Höhe 73 cm, Breite 70 cm, Tiefe 52 cm 28.50
Höhe 80 cm, Breite 80 cm, Tiefe 54 cm 37.50
Innen Glas
Höhe 81 cm, Breite 61 cm, Tiefe 50 cm 43.50
Höhe 89 cm, Breite 77 cm, Tiefe 58 cm 54.00
Höhe 94 cm, Breite 80 cm, Tiefe 62 cm 65.00

Press-Kristall „Kohinoor“

- Salat-u. Kompotschal. rund 10, 14, 20, 32 b. 70 Pf.
Salat-u. Kompotschal. vier-eckig 15, 20, 35, 45 b. 75 Pf.
Compotiären oval 35, 45, 60 Pf.
Kuchenteller rund 42, 55, 70 Pf.
Compotteller 10 Pf.
Zuckerschalen auf Fuss 23 Pf.
Marmeladendosen 18 Pf.
Sardinendosen mit Teller 90 Pf.
Butterdosen 42, 65 Pf.
Käseglocken mit Teller 75 Pf.
Obst- od. Blumenkübel 25, 55, 70, 95 Pf.
Fruchtschalen auf Fuss 95 Pf. 1.95

- Bowlenkannen 38, 68, 75, 85 Pf.
Bowlen, geschliffen 6.25 6.75 7.85
Bowlenkelche, Kristall 30 Pf.
Selterbecher mit Bordüre . . . Stück 10 Pf.
Satz Milchtöpfe, echt Porzellan, dekoriert, per Satz, 6 Stück 98 Pf. 1.65
Kaffee- od. Teetasse, Goldstempel 28 Pf.
Tasse, Schalenform, Rosendekoration 32 Pf.
Speiseteller, Mignon dekoriert 20 Pf.

